



# HESSISCHER LANDTAG

26. 09. 2001

## 82. Sitzung

Wiesbaden, den 26. September 2001

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	5619	8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Umstellung von Rechtsvorschriften auf Euro (Euro-UmstellungG)</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	5619	– Drucks. 15/2902 – . . . . .	5651
Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	5619	<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5654
6. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und zur Änderung des Gesetzes über staatliche Sportwetten, Zahlenlotterien und Zusatzlotterien in Hessen</b>		Minister Karlheinz Weimar . . . . .	5651
– Drucks. 15/2885 – . . . . .	5619	Hartmut Holzapfel . . . . .	5651
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5649	Roland von Hunnius . . . . .	5652
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Finanzausgleichsänderungsgesetz 2002</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	5653
– Drucks. 15/2886 – . . . . .	5619	Dr. Peter Lennert . . . . .	5654
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5649	Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5654
c) Antrag der Landesregierung betreffend <b>Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2001 bis 2005</b>		9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz)</b>	
– Drucks. 15/2909 – . . . . .	5619	– Drucks. 15/2929 – . . . . .	5654
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5649	<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5655
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	5619	Ministerin Karin Wolff . . . . .	5654
Reinhard Kahl . . . . .	5627	Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5655
Roland von Hunnius . . . . .	5632		
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	5637	4. <b>Wahlen</b>	
Frank Lortz . . . . .	5643	a) <b>Hauptausschuss</b>	
Rupert von Plottnitz . . . . .	5644	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds	
Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5649	– Drucks. 15/2869 – . . . . .	5655
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über die Vergütung von Berufsvormündern</b>		<i>Gewählt als stellvertretendes Mitglied: Abg. Michael Siebel</i> . . . . .	5655
– Drucks. 15/2891 – . . . . .	5649	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds	
<i>Nach erster Lesung dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5651	– Drucks. 15/2906 – . . . . .	5655
Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	5649, 5650	<i>Gewählt als ordentliches Mitglied:</i>	
Manfred Schaub . . . . .	5649, 5650	<i>Abg. Klaus Dietz</i> . . . . .	5655
Stefan Grüttner . . . . .	5650	Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5655
Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5651	b) <b>Landespersonalkommission</b>	
		Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds	
		– Drucks. 15/2870 – . . . . .	5655
		<i>Gewählt als stellvertretendes Mitglied:</i>	
		<i>Abg. Bernhard Bender</i> . . . . .	5655
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	5655

	Seite		Seite
c) <b>Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz</b>		12. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes</b>	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds		– Drucks. 15/2894 zu Drucks. 15/2782 und zu Drucks. 15/2673 –	5674
– Drucks. 15/2871 neu –	5655	<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gewählt als stellvertretendes Mitglied:</i>		<i>Gesetz beschlossen</i>	5678
<i>Abg. Günther Becker (Gießen)</i>	5655	Armin Klein	5674
Präsident Klaus Peter Möller	5655	Heinrich Haupt	5675
d) <b>Kuratorium der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung</b>		Tarek Al-Wazir	5675
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds		Jörg-Uwe Hahn	5677
– Drucks. 15/2872 –	5656	Minister Volker Bouffier	5677
<i>Gewählt als ordentliches Mitglied:</i>		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5678
<i>Abg. Heike Habermann</i>	5656	13. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>falsche Rechnungslegung durch die Hessen-CDU und den Ministerpräsidenten</b>	
Präsident Klaus Peter Möller	5656	– Drucks. 15/2801 –	5678
e) <b>Theaterbeirat beim Staatstheater Darmstadt</b>		<i>Abgelehnt</i>	5685
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds		Rupert von Plottnitz	5678, 5684
– Drucks. 15/2907 –	5656	Stefan Grüttner	5679
<i>Gewählt als stellvertretendes Mitglied:</i>		Norbert Schmitt	5680
<i>Abg. Ilona Dörr</i>	5656	Nicola Beer	5682
Präsident Klaus Peter Möller	5656	Günther Becker (Gießen)	5683
11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz</b>		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
– Drucks. 15/2905 zu Drucks. 15/2757 –	5656	37. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Sicherheitslücken beim Verfassungsschutz</b>	
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>		– Drucks. 15/2895 zu Drucks. 15/2844 –	5685
<i>Gesetz beschlossen</i>	5656	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	5685
Evelin Schönhut-Keil	5656	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
Präsident Klaus Peter Möller	5656	38. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Europäisches Jahr der Sprachen 2001</b>	
5. <b>Vereidigung eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 1 und 2 StGHG und Hinweis auf den bereits geleisteten Eid eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 und 2 StGHG durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>	5656	– Drucks. 15/2896 zu Drucks. 15/2583 –	5685
<i>Vollzogen</i>	5657	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	5685
Präsident Prof. Dr. Klaus Lange	5656	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
Ekkehard Bombe	5656	43. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>verlässliche Festlegung der maximalen Zahl an Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt</b>	
Präsident Klaus Peter Möller	5657	– Drucks. 15/2938 zu Drucks. 15/2656 –	5685
32. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hessen – die Jobmaschine Deutschlands</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	5685
– Drucks. 15/2928 –	5657	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
<i>Angenommen</i>	5669	44. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>zügiger Ausbau der A 66</b>	
Clemens Reif	5657	– Drucks. 15/2939 zu Drucks. 15/2810 –	5685
Bernd Riege	5659	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	5685
Michael Denzin	5662	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
Rupert von Plottnitz	5664	45. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>integriertes Verkehrskonzept für den Verkehrskorridor Frankfurt – Wiesbaden/Mainz</b>	
Michael Boddenberg	5665	– Drucks. 15/2940 zu Drucks. 15/2848 –	5685
Minister Dieter Posch	5667	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	5685
Präsident Klaus Peter Möller	5669	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	5685
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>kommunales Entlastungsgesetz</b>			
– Drucks. 15/2934 –	5669		
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	5674		
Günter Rudolph	5669, 5674		
Rudolf Haselbach	5670		
Tarek Al-Wazir	5670		
Jörg-Uwe Hahn	5671		
Minister Volker Bouffier	5672		
Präsident Klaus Peter Möller	5674		

Seite	Seite
46. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Beteiligung des Landtags bei der Reform der föderalen Finanzverfassung</b> – Drucks. 15/2942 zu Drucks. 15/85 – . . . . . 5685 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5685 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5685	49. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>unverzögliche Vorlage eines Nachtrags Haushaltes 2001</b> – Drucks. 15/2945 zu Drucks. 15/2798 – . . . . . 5685 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5685 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5685
47. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Abg. Kahl, Fischer (Hohenroda), Fuhrmann, Hartmann, Pawlik, Wagner (Angelburg), Haupt und des ehemaligen Abg. Karwecki (SPD) und Fraktion betreffend <b>Maßstabgesetz zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs</b> – Drucks. 15/2943 zu Drucks. 15/1253 – . . . . . 5685 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5685 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5685	51. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>drastische Schwächung des Naturschutzes durch geplante Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes (HeNatSchG)</b> – Drucks. 15/2947 zu Drucks. 15/2805 – . . . . . 5686 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5686 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5686
48. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Rekordzahlung im I. Quartal 2001 in den Länderfinanzausgleich – der Strick um den Hals Hessens wird immer enger</b> – Drucks. 15/2944 zu Drucks. 15/2678 – . . . . . 5685 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5685 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5685	41. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b> – Drucks. 15/2892 – . . . . . 5686 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . . 5686 Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . . 5686

## Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller  
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Udo Corts  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet  
Staatssekretär Frank E. Portz  
MinDirig Dr. Ekkehard Kurth  
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach  
Staatssekretär Ulrich Thurmann  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

## Abwesende Abgeordnete:

Uwe Frankenberger  
Gerold Reichenbach



(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich eröffne die heutige 82. Sitzung des Hessischen Landtages und stelle fest, dass das Haus beschlussfähig und von einer überraschenden Heiterkeit erfüllt ist. Das kann aber auch einmal sein.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Ergebnis der Fußballmannschaft!)

Dazu besteht aber gar kein Grund, denn wir haben von der Tagesordnung erst die Punkte 1, 2 a, 2 b, 3 und 31 erledigt. Wir tagen heute trotzdem nur bis 18 Uhr und nehmen uns wegen vieler Veranstaltungen zwei Stunden Mittagspause.

Wir beginnen gleich mit dem Tagesordnungspunkt 6 in allen Variationen, dem Haushalt für das Jahr 2002, und werden kurz vor Eintritt in die Mittagspause mit Tagesordnungspunkt 5 die Vereidigung bzw. den Hinweis auf den bereits geleisteten Eid der heute Morgen vom Wahlausschuss gewählten richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofes vornehmen lassen. Diese Wahl ist erfolgreich erledigt, um das einmal so zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wegen einer Lagebesprechung, zu der der Bundeskanzler einlädt, wird Herr Ministerpräsident Koch zumindest im späteren Verlauf der Sitzung fehlen.

Um 13 Uhr eröffnet Frau Vizepräsidentin Winterstein die Ausstellung des Karikaturwettbewerbs „Sucht“ im Umgang des Plenarsaals.

Der rote Kalender ist verteilt. Die Termine sind schon lange bekannt.

Ich darf darauf hinweisen, dass Staatssekretär Thurmann heute zum letzten Mal an einer Plenarsitzung des Hessischen Landtags teilnimmt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Staatssekretär! – Gerhard Bökel (SPD): Der kann als Abgeordneter immer wiederkommen!)

65 Jahre – also bis zuallerletzt gearbeitet, ohne Urlaub, direkt sozusagen vom Dienst, morgen noch einmal auswärts, in den Ruhestand: Das verdient allein schon Dank. Ich glaube, der Dank sollte sich sehr viel mehr auf die erfolgreiche, effiziente und im Interesse aller liegende Tätigkeit erstrecken.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatssekretär, ganz herzlichen Dank von hier aus.

Das Geschäft beginnt.

**Tagesordnungspunkt 6:**

**a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und zur Änderung des Gesetzes über staatliche Sportwetten, Zahlenlotterien und Zusatzlotterien in Hessen – Drucks. 15/2885 –**

**b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2002 – Drucks. 15/2886 –**

**c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2001 bis 2005 – Drucks. 15/2909 –**

Für die Aussprache ist eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vorgesehen. Das Wort hat Finanzminister Karlheinz Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die christlich-liberale Landesregierung bringt heute im Parlament den Landeshaushalt 2002, das Finanzausgleichsänderungsgesetz und die mittelfristige Finanzplanung ein. In diesen Wochen und Monaten der extremen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit muss man eine Entscheidung treffen, ob man auf Wachstum und Wohlstand setzt oder rezessive Tendenzen sachpolitisch und emotional hinnimmt. Die Landesregierung setzt – wie bisher extrem erfolgreich umgesetzt – auf Wachstum und Zukunft des Hessenlandes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es kann dabei nicht um neue Konjunkturprogramme und Geldspritzen gehen, sondern um die Verstärkung der Ausgaben und Aufgaben in unserem Land. Damit erreichen wir zwei Ziele gleichzeitig: erstens die Verfestigung des Weges des Landes Hessen an die Spitze in Deutschland und zum Zweiten die Ermutigung der Bürger und der Wirtschaft, die Zukunft positiv anzugehen.

Daneben wäre es auch ein schwerer Fehler, die Investitionen in die Köpfe der jungen Menschen, in die innere Sicherheit und die Wirtschaft zu unterbrechen oder abbrechen. Dies sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die großen Ertrag bringen werden und bereits bringen. Wir investieren trotz aller von außen an uns herangetragenen Probleme weiter in die Zukunft dieses Hessenlandes.

Damit unterscheiden wir uns auch fundamental von der rot-grünen Vorgängerregierung, die auf finanzpolitisch schwere Zeiten mit Bildungsabbau, Abbau der inneren Sicherheit und der Investitionen in den Wirtschaftsstandort reagiert hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Konzept hat Hessen in zweieinhalb Jahren Regierungstätigkeit von einem hinteren Mittelplatz an die Spitze in Deutschland geführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie selber nicht!)

An diesem Weg werden wir auch in diesen Zeiten nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Es ist daher eine außerordentliche Kraftanstrengung und Leistung, dass wir in Hessen unsere politischen Schwerpunkte für eine positive Zukunft Hessens und seiner Bürger auch im Jahre 2002 umsetzen können.

Es werden z. B. weitere 625 Stellen im Schulbereich und darüber hinaus 400 zusätzliche Stellen für Referendare etatisiert. Erstmals wird es in Hessen einen Hochschulpakt mit gesicherten Finanzgrundlagen für unsere Hoch-

schulen geben. Wir investieren in die Köpfe und machen Hessen zum Bildungsland Nummer eins.

(Beifall bei der CDU)

Die Mittel für den Landesstraßenbau werden erneut aufgestockt. Konsequenterweise verbessern wir die innere Sicherheit für Hessen. Die Kommunen erhalten von der Landesregierung noch größere Gestaltungsfreiheit bei den ihnen vom Land überlassenen Finanzmitteln.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP) – Widerspruch bei der SPD)

Obwohl es äußerst schwer gefallen ist, weist der Haushaltsentwurf 2002 die geringste Nettoneuverschuldung bei Haushaltsaufstellung seit 22 Jahren aus.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Dieser Haushalt ist geprägt vom Willen dieser Landesregierung, die Erfolgsbilanz der beiden letzten Jahre fortzuschreiben und auszubauen. Dabei sind wir uns völlig bewusst, dass die bundespolitischen Rahmenbedingungen, für die im Wesentlichen die Bundesregierung sorgt, außerordentlich schwierig sind.

Da ist das Eingeständnis des Bundeskanzlers in der Sommerpause, dass er die versprochene Rückführung der Arbeitslosigkeit nicht einhalten kann. Jeder nicht zurückgeführte Arbeitslose belastet unsere Sozialkassen, führt zu Einnahmeausfällen bei den Sozialversicherungsträgern und zu Steuerausfällen.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Da sind die wirtschaftlichen Wachstumsraten, die von den Wirtschaftsforschungsinstituten ständig nach unten korrigiert werden und inzwischen nicht mehr das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist im zweiten Quartal zum Stillstand gekommen. Deutschland ist – das muss man außerordentlich beklagen – inzwischen Schlusslicht beim Wachstum in Europa.

(Frank Lortz (CDU): Hausgemacht!)

Da ist die Steuerreform Eichels, mit der völlig falsche Signale gesetzt werden. Der Mittelstand als wirtschaftliches Rückgrat unserer Gesellschaft muss erhalten, um die Unternehmensteuerreform zugunsten großer Kapitalgesellschaften zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mit dem neuesten Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Fortentwicklung des Unternehmensteuerrechts soll dem Mittelstand zwar wieder ein Teil der Umstrukturierungsmodalitäten zurückgegeben werden, die ihm durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2001 genommen wurden – wohlgemerkt, es hieß Steuerentlastungsgesetz. Von einer Entlastung per saldo zugunsten des Mittelstandes ist jedoch weit und breit nichts zu sehen.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Im Gegenteil!)

Dies ist etwas, was unsere Volkswirtschaft ganz außerordentlich belastet. Bundesweit ernten wir im Moment das, was in den letzten zwei Jahren gesät wurde. Einen Push durch Steuerentlastungen zu initiieren versuchen und gleichzeitig die jährliche Anhebung der Ökosteuern sowie die zusätzlichen Belastungen des Mittelstandes, z. B. durch die nicht erfolgte Deregulierung der Arbeitsmärkte bzw. den umgekehrten Weg, das Betriebsverfassungsge-

setz, die 630-DM-Regelung und vieles mehr, das belastet unsere Volkswirtschaft.

(Hans Michael Maus (SPD): Quatsch!)

Das sind Signale, die der Steuerreform genau entgegengesetzt waren. Sie haben sie dadurch nicht nur neutralisiert, sondern ins Gegenteil verkehrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gerade im mittleren Bereich bei den Leistungsträgern unserer Volkswirtschaft, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einem Einkommen zwischen 5.000 und 12.000 DM brutto pro Monat, passiert unter dem Strich quasi nichts.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Weg, von dem von Anfang an klar war – und wir haben immer darauf hingewiesen –, dass solche unterschiedlichen Signale in die Volkswirtschaft und solche unausgewogenen Steuerreformüberlegungen nicht dazu führen können, dass eine Volkswirtschaft wächst. Der Beweis wird leider – man muss fast unglücklich darüber sein, dass man bestätigt worden ist – in diesen Tagen nachhaltig angetreten.

(Beifall bei der CDU)

Große Verunsicherungen herrschen in der Bevölkerung – das ist ein Teil der Probleme, die wir derzeit haben, dass nicht nur die objektiven Rahmenbedingungen schlecht sind, sondern auch die psychologische Seite grübelnd missachtet wird – bezüglich der nächsten Belastungen, die auf sie tatsächlich zukommen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch auf die Zwischenrufe hin: Es kann doch nicht wahr sein, dass Sie jetzt erklären, dass z. B. eine Steuerreform positive Impulse setzt, wenn gleichzeitig die Frage der Krankenversicherung völlig ungeklärt ist, wenn die Leute nicht wissen, was bei der Rentenversicherung auf sie zukommt, und damit natürlich auch der private Konsum an der Stelle einbricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Die täglich neuen Meldungen über die Fortsetzung der Ökosteuern, nun auch noch getoppt durch Tabaksteuer- und Versicherungssteuererhöhungen, tragen auch nicht dazu bei, dass die Menschen in diesem Land positiv in die Zukunft sehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, vieles ist eine Frage der gesamtwirtschaftlichen Psychologie und damit des langfristigen Vertrauens in eine Politik. Daran krankt es gerade bei der Bundesregierung derzeit an allen Ecken und Enden. Konsequenz ist, dass die Steuereinnahmen in den Bundesländern von Monat zu Monat noch nie da gewesene Kapriolen schlagen.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zuwächse bei den Steuereinnahmen wechseln mit erheblichen Steuereinbrüchen in den folgenden Monaten, und die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern verläuft untereinander so unterschiedlich wie selten zuvor. Im Mittelpunkt bei diesem Auf und Ab stehen immer wieder die monatlich dramatischen Einbrüche bei der Körperschaftsteuer als Beleg für den Misserfolg der schröder'schen Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Die Körperschaftsteuer ist mittlerweile zu einer Reststeuer in unserem Staat verkommen. Die großen Unternehmen beteiligen sich praktisch nicht mehr an der Finanzierung dieses Staates, und der Anschlag, der daraus kommen sollte, ist offenkundig nicht erwachsen, während der Mittelstand die Lasten dieser Steuerreform zu tragen hat.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich denke, wir sollten noch mehr entlasten?)

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass Sozialdemokraten eine solche Reform durchgeführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen kein Flickwerk, sondern ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftslage Hessens im Vergleich dazu. Eindrucksvoll sind die Auswertungen des Statistischen Landesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit über die Wirtschaftslage Hessens im Ländervergleich und gegenüber dem Bund. Hessen ist es gelungen, sich in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren positiv von der bundesweiten Entwicklung abzuheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Erwerbstätigkeit in Hessen nahm im Jahr 2000 um netto 73.700 Personen gegenüber dem Vorjahr zu. Mit 2,99 Millionen Erwerbstätigen in Hessen wurde der Höchststand von 1992 um rund 63.000 Erwerbstätige übertroffen. Erstmals seit 1996 verlief damit der Anstieg der Erwerbstätigkeit in Hessen mit einem Plus von 2,5 % wieder günstiger als im Durchschnitt der alten Bundesländer mit einem Plus von 2,2 %. – Das hat ausdrücklich etwas mit der positiven Politik dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Im Jahr 2000 war der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Hessen doppelt so hoch wie in Deutschland. Meine Damen und Herren, merken Sie bitte auf: Doppelt so groß wie in Deutschland war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Einem bundesweiten Rückgang von 5,1 % und von 8,2 % in den alten Bundesländern stand ein Rückgang in Hessen von 10,2 % gegenüber.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Hört, hört!)

Damit dies ganz klar ist: Diese positive Entwicklung setzt sich auch 2001 fort. Während im August im Bundesgebiet die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat wieder anstieg, konnte Hessen erneut einen Rückgang um 5,3 % vermelden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit festigte Hessen seine Spitzenposition unter den Bundesländern. Gleiches gilt übrigens für die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, bei der im letzten Vergleichsmonat ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, also auch einschließlich der ersten Monate des Jahres 2001, um 48.700 oder plus 2,2 % zu verzeichnen war.

Meine Damen und Herren, seit 15 Monaten steht das Land Hessen Monat für Monat an der Spitze der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ich denke, dass ist eine Sache, auf die man nachdrücklich hinweisen muss.

(Beifall bei der CDU)

Mit einem realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem von 59.479 Euro belegte Hessen den ersten Platz aller Flächenländer. Der bundesweite Wert belief sich auf 51.042 Euro. Damit konnte Hessen im Jahre 2000 gegenüber 1999 einen Zuwachs von 3,3 % gegenüber einer bundesweiten Veränderungsrate von 3,1 % verzeichnen, und das auf sehr hohem Niveau. Auch hier ist ein Anhaltspunkt dafür, wie die Wirtschaftskraft und der Wohlstand in Hessen in den letzten beiden Jahren gewachsen sind.

Noch 1998 lag Hessen hinter der bundesweiten Entwicklung. Ganz aktuell veröffentlichte das Statistische Landesamt in dieser Woche, dass Hessen beim realen Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2001 mit einem Plus von 2,1 % den höchsten Zuwachs aller 16 Bundesländer erzielte, während sich das durchschnittliche Wachstum in Deutschland lediglich auf plus 1,0 % belief.

Die Wachstumsrate von Hessen würde ausreichen, das Jahresziel der Bundesregierung insgesamt zu erreichen. Aber es ist nur in Hessen erreicht worden, und auch das hat etwas mit Landespolitik zu tun, mit der positiven Landespolitik, die hier gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen ist damit ein entscheidender Wachstumsmotor für die Entwicklung in Deutschland. Während sich das nominale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahre 2000 in Deutschland auf knapp 25.000 Euro belief, steht für Hessen ein nominales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 29.962 Euro zu Buche.

Unter den EU-Staaten haben lediglich Dänemark und Luxemburg höhere Inlandsprodukte zu verzeichnen. Damit ist Hessen eine der wohlhabendsten Regionen in Europa.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist ganz neu! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur dank Weimar!)

Immer mehr Hessen wagen den Sprung in die Selbstständigkeit. Die Zahl der selbstständigen Erwerbstätigen hat sich 1990 bis 2000 um rund 25 % auf 292.000 erhöht.

Ebenfalls Platz eins aller Flächenländer ist für Hessen bei Existenzgründungen zu verzeichnen. Auf 10.000 Einwohner gab es im letzten Jahr 106 Gewerbeanmeldungen. Auch das hat etwas mit der Politik dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das Fazit: Hessen vollzieht eine gravierende gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung unter dieser Landesregierung. Während die Kanzlerpolitik des gemächlichen Nichtstuns und der ruhigen Hand im Bund ganz offensichtlich gescheitert ist, ist unser Bundesland durch engagiertes Handeln bundesweit Spitze beim Abbau der Arbeitslosigkeit und beim Beschäftigungszuwachs.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung geht davon aus, dass die bundesweite konjunkturpolitische Talfahrt in den kommenden Monaten gestoppt wird. Wir setzen daher auch im dritten Haushalt nach dem Regierungswechsel unsere Politik der Zurückführung der Nettoneuverschuldung fort und veranschlagen mit 651,1 Millionen Euro die niedrigste Nettokreditaufnahme bei Haushaltsaufstellung seit 1980.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch höchstens ein Stolperschrittchen!)

Gegenüber dem unrühmlichen Höchststand unter der Vorgängerregierung, als im Ist 1997 eine Nettokreditaufnahme von 1,4784 Milliarden Euro getätigt wurde, bedeutet dies einen Rückgang um stolze 56 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich: Selbst wenn die Konjunktur nicht so, wie von der Bundesregierung geplant, wieder anspringt, bleiben wir immer noch weit unter dem Verschuldensrekord der Vorgängerregierung. Durch die Rückführung der Nettoneuverschuldung konnte im hessischen Haushalt Stabilität bei den Zinsausgaben, der Zinssteuer- und der Zinsausgabenquote erzielt werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist aber auch auf den Länderfinanzausgleich hinzuweisen. Nicht nur die soeben beschriebene Rückführung der Nettoneuverschuldung im Vierjahreszeitraum um insgesamt knapp 2 Milliarden Euro bzw. durchschnittlich knapp 500 Millionen Euro pro Jahr musste mit den aktuellen Haushalten aufgefangen und gedeckt werden. Auch der Länderfinanzausgleich expandiert mit einem Ansatz im Jahr 2002 von 2,9 Milliarden Euro – das sind fast 5,7 Milliarden DM – auf einen neuen Höchststand. Dies sind rund 270 Millionen Euro – also 528 Millionen DM – mehr, als im laufenden Jahr angesetzt waren, und sogar 1,204 Milliarden Euro mehr als im Jahr 1998.

Als Ministerpräsident Eichel sein Amt 1991 als hessischer Regierungschef antrat, waren es gerade einmal 526,5 Millionen Euro. Das bedeutet, dass sich seither die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich fast versechsfacht haben. Fast 2,4 Milliarden Euro – also über 4,6 Milliarden DM – mehr müssen hierfür im Haushalt 2002 gegenüber 1991 erwirtschaftet werden.

Die zunehmenden Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sind gleichzeitig Beleg für die im Verhältnis zu anderen Bundesländern gewachsene Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Hessen. Wenn sich Hessen, wie ich zuvor betont habe, bei vielen Wirtschaftsindikatoren vom Bund und von anderen Bundesländern positiv abhebt, dann sind die rasant gestiegenen LFA-Zahlungen Hessens leider die negative Begleiterscheinung. Damit wird das dokumentiert, was wir immer gesagt haben – dass sich in dem derzeit und noch bis zum 31.12.2004 geltenden System des Länderfinanzausgleichs Leistung nicht lohnt; man wird dafür bestraft, wenn man besonders gute Leistungen erbringt, wie wir hier in Hessen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da besteht keine Gefahr, denn die bringen Sie nicht!)

Auch andere Fakten unterstreichen die prosperierende Entwicklung Hessens seit dem Regierungswechsel bei der letzten Landtagswahl: Mussten 1998 lediglich 12,9 % der Steuereinnahmen in den Länderfinanzausgleich abge-

führt werden, so werden es mit dem Haushaltsentwurf 2002 18,8 % sein – ein Zuwachs von 53 %, der Ausdruck der bundesweit hervorragenden Wirtschaftsentwicklung Hessens ist.

Meine Damen und Herren, im Jahre 2001 haben wir im ersten Halbjahr fast 3,6 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Dies ist so viel wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zusammen. Damit wird die ganze Dramatik dieser Situation klar. Praktisch ist dies die Hälfte aller Zahlungen in den Länderfinanzausgleich durch das Land Hessen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, damit die Relationen klar werden: Das Land Nordrhein-Westfalen mit dreimal so vielen Einwohnern wie Hessen, knapp 18 Millionen, hat in dem gleichen Zeitraum, in dem wir 3,6 Milliarden DM gezahlt haben, gerade 184 Millionen DM in den Länderfinanzausgleich gezahlt.

(Norbert Schmitt (SPD): Nehmen Sie doch Bayern!)

Meine Damen und Herren, das ist ein unerträglicher Zustand, der auf die Dauer so überhaupt nicht aufrechterhalten werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Hessen wird aufgrund dieses verfassungswidrigen – so das Bundesverfassungsgericht – und noch bis zum 31.12.2004 geltenden Systems des Länderfinanzausgleichs in einem nicht mehr erträglichen Maße ausgesaugt. Diese Zahlungen haben zunehmend erdrosselnde Wirkung für uns,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Weimar, bleiben Sie doch auf dem Teppich!)

ohne dass Nehmerländer daraus Wachstum entwickeln.

Meine Damen und Herren, die Systematik würde ich noch akzeptieren – wenn aufgrund dieser exorbitanten Zahlungen des Landes Hessen an die anderen Bundesländer dort Wirtschaftswachstum generiert würde. Tatsache aber ist, wenn Sie sich die Wachstumszahlen des ersten Halbjahres ansehen, dass die größten Nehmerländer im Grunde die niedrigsten Wachstumsraten aller Bundesländer haben. Daraus ergibt sich klar, dass die Höhe der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich auf der einen Seite für uns eine erdrosselnde Wirkung hat, auf der anderen Seite aber keine positiven Wirkungen bei den anderen entfaltet.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Nach weiterer Sichtung der aktuellen Zahlen muss ich daher in Kürze darüber entscheiden, ob wegen der dramatisch gestiegenen und steigenden Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, ohne dass wir dadurch mehr Steuern einnehmen, für das Jahr 2001 ein Nachtragshaushalt aufzustellen ist.

Meine Damen und Herren, bei den dramatischen Zuwächsen der LFA-Zahlungen wird häufig vergessen, dass Hessen an andere Länder auch Umsatzsteuerausgleich, Beiträge zum Fonds Deutsche Einheit und die Zerlegungszahlungen bei bestimmten Steuerarten leisten muss. Auch diese Zahlungen sind seit 1998 explodiert: Mussten im letzten rot-grünen Regierungsjahr in Hessen für LFA, Umsatzsteuerausgleich, Fonds Deutsche Einheit und Steuererlegungen noch 3,9368 Milliarden Euro, also etwa 7,7 Milliarden DM, geleistet werden, so waren es im

Jahre 2000 mit 5,5611 Milliarden Euro, also fast 10,9 Milliarden DM, über 1,6 Milliarden Euro, also rund 3 Milliarden DM, mehr – in zwei Jahren 3 Milliarden Mark mehr an Zahlungen.

Während somit 1998 lediglich 34,6 % der hessischen Steuereinnahmen nach LFA im Zahlungsverkehr an andere Bundesländer flossen, so waren es im Jahre 2000 bereits 45,7 % der Steuereinnahmen. Wenn ich mich richtig erinnere, ist diese Zahl im ersten Halbjahr 2001 weiter angestiegen, auf 52,1 % – meine Damen und Herren, 52,1 % der in Hessen nach LFA verbleibenden Steuereinnahmen über Länderfinanzausgleich und die Steuererlegungen.

Diese Zahlungsabflüsse an andere Länder steigen auch im ersten Halbjahr 2001 rapide an, ich hatte es schon gesagt. Damit Sie auch hier die Zahlen haben: Im ersten Halbjahr 2001 waren es 3,139 Milliarden Euro, also über 6,1 Milliarden DM – in einem halben Jahr. Es wird offenkundig klar, dass dies mit den normalen Mitteln eines Haushalts in einem Bundesland so nicht mehr zu tragen ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir mussten also mehr als die Hälfte unserer Steuereinnahmen im ersten Halbjahr an andere Bundesländer abführen, und zwar nur – ich sage dies in Klammern dazu – weil Hessen sich so blendend im Vergleich zu anderen Ländern entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Nicht nur die absolute Höhe der Einnahmen ist eine Einflussgröße des Länderfinanzausgleichs, sondern auch die Frage, wie sich die einzelnen Bundesländer entwickeln. Wir haben dieses Problem, da sich Hessen so fantastisch entwickelt.

Hier wird es auch in den kommenden Jahren bis zum 31.12.2004 keine Veränderungen geben. Da darf sich niemand etwas vormachen. Das alte verfassungswidrige System des Länderfinanzausgleichs gilt weiter. Erst mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ab dem Jahr 2005 wird es bei diesen Zahlungen durch die zähen und erfolgreichen Verhandlungen des Ministerpräsidenten zu einer Entspannung kommen. Diese Tatsache macht uns Mut, positiv in die Zeit nach 2004 zu blicken, auch wenn die nächsten drei Jahre für uns außerordentlich hart werden.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige zentrale positive Punkte ansprechen, die wir bereits im Haushalt unter Kostengesichtspunkten geregelt haben. Die Personalausgabeneinsparungen liegen inzwischen bei 184 Millionen Euro gegenüber der Basis 01.01.2000. Das bedeutet, dass von uns im nächsten Jahr bei den Personalkosten 360 Millionen DM eingespart werden. Die Hessische Landesregierung setzt ihre vor zwei Jahren begonnenen Konsolidierungsbemühungen bei den Personalausgaben fort. Mit der dritten Einsparrate von über 60 Millionen Euro per anno, also jetzt insgesamt 360 Millionen DM im nächsten Jahr, hat sich der Einsparerfolg auf inzwischen rund 184 Millionen Euro erhöht. Mit diesen Einsparungen können die Schwerpunktprogramme im Bereich Bildung und innere Sicherheit finanziert werden.

Ausdruck des Sparerfolgs ist die Tatsache, dass sich die Ausgaben für das aktive Personal und Beihilfen um lediglich 1,9 % erhöhen, während der aktuelle Besoldungs-

und Tarifabschluss eine Steigerungsrate von plus 2,4 % vorsieht. Dies bedeutet, dass wir jetzt tatsächlich auf dem Wege sind, nominal und real Einsparungen unterhalb der Tarifabschlüsse vorzunehmen.

Die Versorgungsausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr um 88 Millionen Euro oder 6,1 %. Gemeinsam mit den Überhängen aus den Besoldungs- und Tarifierhöhungen aus dem Jahr 2001 machen sie insgesamt mehr als 150 Millionen Euro des Personalkostenzuwachses aus und sind damit die Haupttriebfeder für den Anstieg der Personalausgaben in Höhe von 185 Millionen Euro.

Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit – Herr Suchan, ehemaliger Leiter der Staatskanzlei, hat es schon versicherungsmathematisch errechnen lassen –: Die Versorgungslasten in der öffentlichen Verwaltung, die wir eingegangen sind, sind aus mittlerer Sicht das eigentliche Problem der Haushalte. Damals wurde festgestellt, dass im Jahre 2015 statt jetzt 2,8 Milliarden DM Versorgungsausgaben im Jahr etwa 8,5 Milliarden DM Versorgungslasten zu zahlen sind – mit steigender Tendenz. Meine Damen und Herren, ich weise ausdrücklich – wie praktisch alle meine Vorgänger – darauf hin: Der zweite Grund, aus dem Haushalte neben der Verschuldung in Zukunft scheitern können, ist, dass wir diese Versorgungsausgaben einfach nicht mehr bezahlen können. Die im Jahr 2000 eingeführte dezentrale Veranschlagung der Personalkosten wird daher ab dem kommenden Jahr durch die dezentrale Veranschlagung der Versorgungsausgaben ergänzt und der Einzelplan 14 aufgelöst. Damit streben wir künftig auch im Versorgungsbereich eine verursachungsgemäße Zuordnung an. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, dass klar ist, wie diese Versorgungsbezüge entstehen, wie sie gebucht werden. In einem weiteren Schritt werden wir dazu kommen, dass die Personalkostenbudgetierung gleichzeitig auch die Versorgungskosten beinhaltet.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Monaten hat die renommierte Ratingagentur Standard & Poor's das Triple-A für Hessen bestätigt. Da der Agentur nicht der Ruf vorauseilt, regierungsfreundliche Bewertungen abzugeben, erlaube ich mir, aus der Pressemitteilung von Standard & Poor's vom 14. August 2001 zu zitieren:

Im Triple-A-Rating spiegeln sich das ausgezeichnete wirtschaftliche Profil sowie die sehr solide Haushaltslage des Landes wider. Die Steuerreform wirkt sich auf die Haushalte aller deutschen Bundesländer negativ aus. So ist auch der Haushalt in Hessen für das Jahr 2001 durch Einnahmeausfälle gekennzeichnet. Der laufende Haushaltsüberschuss in Hessen betrug im vergangenen Jahr robuste 3,2 % der laufenden Einnahmen. Damit hat das Land im dritten Jahr in Folge einen laufenden Überschuss erwirtschaftet, nachdem die laufenden Haushaltsergebnisse noch Mitte der Neunzigerjahre defizitär waren. Auch ist es dem Land gelungen, sein Defizit nach Investitionsausgaben auf 2,4 % der Gesamteinnahmen im Jahre 2000 zu reduzieren. In den vergangenen fünf Jahren betrug das Defizit durchschnittlich noch 5,1 %.

Ausblick: stabil. Der Ausblick basiert auf der robusten Wirtschaft des Landes und dem anhaltenden Engagement der Regierung zur Ausgabenkontrolle, um die soliden Haushaltsergebnisse aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen nicht großartig darüber diskutieren, wenn dies eine Ratingagentur feststellt. Ich sage allerdings dazu: Wenn wir durch den Länderfinanzausgleich weiter so in die Mangel genommen werden, wird es auch hier mittelfristig ein Problem geben. Ich denke, es wird uns gelingen, die Beteiligten davon zu überzeugen, dass wir ab dem Jahre 2005 bei dem Länderfinanzausgleich mit wesentlich besseren Ergebnissen rechnen können.

Meine Damen und Herren, sehr zufrieden kann erneut die kommunale Ebene mit dem vorliegenden Kommunalen Finanzausgleich sein. Zwar sinken die Gesamtleistungen im kommenden Haushaltsjahr rein rechnerisch um etwa 16 Millionen Euro oder 0,6 % auf 2.685,7 Millionen Euro. Im Rahmen der KFA-Ausgleichsmasse muss jedoch die verminderte Abführung der Kommunen für den Fonds Deutscher Einheit im Jahre 2002 in Höhe von 20 Millionen Euro hinzugerechnet werden.

(Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wem ist dies zu verdanken?)

Diese im Zug der Verhandlungen um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs durch die Hessische Landesregierung erzielte Entlastung wächst bis zum Ende des Jahres 2005 auf 160 Millionen Euro an.

(Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Armin Clauss (SPD))

Dadurch erhalten die Kommunen im Jahre 2002 gesichert praktisch die Summe wie im Jahr 2001.

Meine Damen und Herren, das ist aufgrund der Steuerergebnisse und der Entwicklung im Länderfinanzausgleich eine ganz außerordentliche Leistung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht wahr!)

Ich sage noch dazu, dass die Kommunen mit sehr großer Zufriedenheit, übrigens aller Parteien, die in den Kommunen vertreten sind, zur Kenntnis genommen haben, dass ich das System geändert habe, wonach den Kommunen im laufenden Jahr nichts abgezogen wird, auch wenn sich der Länderfinanzausgleich oder Steuereinnahmen negativ verändern. Mein Vorgänger hatte eingeführt, dass das Geld den Kommunen im selben Jahr abgezogen werden kann, wenn die Zahlen schlechter werden. Wenn die Zahlen besser wurden, hat er es erst im übernächsten Jahr mit den Kommunen spitz abgerechnet und ihnen das Geld gegeben. Das war nicht fair. Das war nicht ordentlich. Das haben wir geändert. Darauf können sich die Kommunen auch verlassen. Wir erfahren allergrößten Zuspruch, auch wenn die Opposition versucht, dies anders zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Gleichzeitig werden den Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich 2002 so viele freie Mittel wie noch nie zur Verfügung gestellt. Nachdem sich der Anteil der Schlüsselzuweisungen und der allgemeinen Investitionspauschale am Kommunalen Finanzausgleich noch im Jahre 1998 auf 54,1 % belief, so werden es im Jahre 2002 bereits 60,3 % frei verfügbare Mittel sein. Damit erfüllen wir gleichzeitig eine Zusage aus der Koalitionsvereinbarung, die Gestaltungsfreiheit der Kommunen in eigener Verantwortung zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu den politischen Schwerpunkten in den

Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kunst machen. Diese Landesregierung ist angetreten, die Unterrichtsgarantie in Hessen zu verwirklichen. Nachweislich und völlig unstrittig sind wir auf dem Weg, dies zu erreichen und Hessen zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe in anderem Zusammenhang schon darauf hingewiesen, dass wir im Haushalt einen klassischen statischen Investitionsbegriff haben, der im Wesentlichen mit Beton und Asphalt umschrieben wird, und dass sich Haushalte immer daran haben messen lassen müssen, wie viel davon umgesetzt worden ist. Meine Damen und Herren, ich wage sehr zu bezweifeln, ob alles das, was wir den nachwachsenden Generationen an Beton und Asphalt überlassen, für diese so erfreulich ist, und dass die Begründung trägt, dass das eine positive Investition in die Zukunft ist.

(Beifall der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Den einzigen Wert, den wir in diesem Lande haben, um in Zukunft unseren Wohlstand zu sichern, ist die gute Ausbildung, die Leistungsbereitschaft und das Engagement der jungen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wer dafür kein Geld ausgibt, wird in diesem Land in Zukunft scheitern.

Damit das ganz klar ist: Hier unterscheidet sich diese Landesregierung fundamental von der Vorgängerlandesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es war so, dass der Haushalt unter dem Diktat des Finanzministers gegen den Kultusminister so gestaltet war, dass dann, wenn Geld fehlte, zuerst im Bildungsbereich gespart wurde – an den Schulen und Hochschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit hat dieses Land Hessen seine Zukunft verspielt. Wir sind angetreten, dies zu ändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen ist dies eine Investition in die Zukunft, auch wenn es klassischerweise als konsumtive Ausgabe eines Haushalts gesehen wird. Wir wissen, was wir diesem Land und den jungen Leuten schuldig sind. Das sind wir übrigens nicht nur den jungen Leuten schuldig, sondern auch den alten Menschen. Denn wer soll später die Renten und die sozialen Leistungen bezahlen, wenn wir nicht in der Lage sind, international mithalten? International können wir nur dann mithalten, wenn wir höchsten Bildungsstandard haben. Deswegen ist jede Mark, die in die Bildung investiert wird, eine gute Mark für die Zukunft. Diese Landesregierung steht dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allgemeinplätze! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat keiner etwas dagegen!)

Mit dem Haushalt 2002 stellen wir die Finanzierung von weiteren 625 Stellen für die Unterrichtsversorgung und von weiteren 400 Referendarstellen sicher. Damit wird die Unterrichtsgarantie zu erfüllen sein. Seit dem Regierungswechsel 1999 wird es damit gelungen sein, 2.925 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und 1.600 zusätzliche Referendarstellen, in der Summe also 4.525 zusätzliche Stel-

len, bereitzustellen. In der Geschichte Hessens ist dies ein einzigartiger finanzieller Kraftakt.

Flankierend werden wir im kommenden Jahr die Mittel für Vertretungsverträge um 11,4 Millionen Euro auf 31,9 Millionen Euro steigern. Die erfolgreichen Betreuungsangebote an Grundschulen werden auf selbstständige Sprachheilschulen und Schulen für Lernhilfe ausgedehnt. Mit der Veranschlagung der zweiten Rate von 5,1 Millionen Euro des Programms Schule@Zukunft wird ein weiterer Meilenstein zum vermehrten Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken an Schulen gesetzt.

Ebenso kann sich die Bilanz der hessischen Hochschulen mehr als sehen lassen. Das Hessische Statistische Landesamt hat in diesen Wochen mitgeteilt, dass an hessischen Hochschulen im Sommersemester 2001 rund 10.300 Studierende ein Studium begannen. Dies sei die höchste Anfängerzahl in einem Sommersemester überhaupt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich die hessischen Hochschulen in großen Schritten zu den attraktivsten Hochschulen in Deutschland entwickeln. Denn die individuelle Entscheidung der jungen Leute für unsere Hochschulen ist ein Signal dafür, dass unsere Hochschulen auf einem außerordentlich guten Weg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gleichzeitig wurden im abgelaufenen Jahr 160 Habilitationen an den dafür zugelassenen fünf hessischen Hochschulen erfolgreich abgeschlossen – ebenfalls ein neuer Rekord in Hessen. Und unsere zuständige Ministerin Ruth Wagner setzt auch alles daran, den Wissenschaftsstandort Hessen weiter auszubauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daher wurde jetzt ein Hochschulpakt bis zum Jahre 2005 geschlossen, um über diese Legislaturperiode hinaus allen Hochschulen verbesserte finanzielle Planungssicherheit zu geben. Bis 2005 werden die Landeszuschüsse für Sach- und Investitionskosten um jährlich rund 7,7 Millionen Euro, und damit um 3,6 % jährlich, erhöht. Gleichzeitig sollen die Hochschulen ein Innovationsbudget in Höhe von insgesamt 61,4 Millionen Euro aus der Zukunftsoffensive Hessen erhalten. Gehen Sie nach der gestrigen Diskussion bitte davon aus, dass sie sie erhalten werden.

Der Theaterlastenausgleich, seit 1985 auf unverändertem Niveau, wird um über 3 Millionen Euro gesteigert, um notwendige Renovierungslasten an den Bühnen in Angriff nehmen zu können. Darüber hinaus diskutieren wir mit den Städten darüber, dass das, was über einen langen Zeitraum unter Rot-Grün überhaupt nicht getan worden ist, nämlich unsere Staatstheater in einen vernünftigen Zustand zu bringen, jetzt von uns erledigt wird. Wir werden dies auch erledigen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch der Ansatz für Museen, Bibliotheken und Musikschulen wird 2002 um 400.000 Euro gesteigert.

Die Polizei kann sich darauf verlassen, dass sie in der Landesregierung einen verlässlichen Partner für die täglichen und oftmals nicht ungefährlichen Herausforderungen des Alltags findet. Im kommenden Jahr werden erhebliche Mittel von rund 46 Millionen Euro für die Modernisierung der Funk-, Einsatz- und DV-Technik, die raschere Umsetzung der IT-Planungen, das Programm zur Verbes-

serung der Arbeitsplatzausstattung und für neue Einsatzanzüge und Schutzwesten bereitgestellt. Darüber hinaus wird die Entwicklung der zweigeteilten Polizeilaufbahn planmäßig mit der Umwandlung von weiteren 750 Planstellen fortgeführt. Ich sage dazu: Bis auf einen kleinen Rest ist damit diese Umwandlung auch erledigt – und zwar durch diese Landesregierung, vertragstreu, Jahr für Jahr, mit 750 Stellen.

(Zuruf von der SPD: Nichts anderes als Ihre Pflicht!)

Die Modernisierungsoffensive der Justiz, die in diesem Jahr erfolgreich angelaufen ist, wird um 1,1 Millionen Euro auf 6,75 Millionen Euro aufgestockt. Für die Opfer von Straftaten von Gefangenen wird es als Soforthilfe erstmals einen Entschädigungsfonds des Landes geben.

Zu Wirtschaft und Straßenbau. Ein zentrales Ziel der Koalitionsvereinbarung, die Verdoppelung der Mittel für den Landesstraßenbau, kann die Landesregierung bereits jetzt und damit vorzeitig als erfüllt ansehen. Hatte die rot-grüne Vorgängerregierung 1999 noch ganze 19,9 Millionen Euro, also 39 Millionen DM, für den Landesstraßenbau hinterlassen – damit konnte man noch nicht einmal die Schlaglöcher auf den hessischen Landesstraßen ordentlich beseitigen –, so werden es 2002 46 Millionen Euro sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Sprechblase nach der anderen!)

– Das ist keine Sprechblase, Herr Al-Wazir, sondern es ist die bittere Realität in diesem Lande, dass wir infrastrukturell weit zurücklagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Armin Clauss (SPD): Nur Sprechblasen!)

Sehen Sie sich bitte die Wachstumszahlen des Landes an. Wir kranken immer noch unter acht Jahren rot-grüner Vorgängerregierung, weil die Infrastruktur, das Thema Landesentwicklung, die Durchführung von Baugenehmigungsverfahren bis hin zu Dachbegrünungen, diejenigen Unternehmen im gewerblich-industriellen Bereich aus Hessen hinausgetrieben haben, die wir jetzt mühsam wieder nach Hessen zurückholen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben doch den wenigsten Anlass, dazu auch nur ein Wort zu sagen. Sie haben doch die Zukunft Hessens mit dieser Art von Haushaltspolitik sträflich aufs Spiel gesetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wurden die Mittel für den Straßenbau bereits in drei statt in vier Jahren nicht nur verdoppelt, sondern sogar um 130 % gesteigert. Da auch die Planungsmittel für den Straßenbau gegenüber diesem Jahr um 3,4 Millionen Euro erhöht werden, stehen für den gesamten Landesstraßenbau im kommenden Jahr 14 Millionen Euro mehr als 2001 zur Verfügung. Damit auch das klar ist: Wir hatten von 10 Millionen DM zusätzlich gesprochen. Im nächsten Jahr werden es 27,4 Millionen DM sein, die für den Straßenbau zusätzlich ausgegeben werden. Sie sehen also, dass wir unsere Koalitionsvereinbarung nicht nur Punkt für Punkt abarbeiten, sondern in vielen Bereichen übererfüllen, weil dieses Land es notwendig hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Loch für Loch – und das im wahrsten Sinne des Wortes –, das uns die Vorgängerregierung mit ihrer Streichorgie hinterlassen hat, schließen wir mit dieser sinnvollen Investition. Auch die Fortführung der Wirtschaftsförderprogramme und die Unterstützung des Mittelstands tragen entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hessen bei und werden für diesen Haushalt vom Wirtschaftsminister sehr stark unterstützt.

Der Sozialhaushalt sinkt nominal gegenüber 2001 um rund 0,6 Millionen Euro. Das war immer Gegenstand von Diskussionen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Allerdings muss dabei, ungeachtet der zahlreichen sonstigen Etatverschiebungen, berücksichtigt werden, dass allein die Erstattungen nach dem Landesaufnahmegesetz um 54,3 Millionen Euro, also 106 Millionen DM, abgesenkt werden. Es ist übrigens ein Ergebnis – das muss man hier auch einmal sagen – der früheren Bundesregierung, dass im Asylbewerberbereich entsprechende Veränderungen vorgenommen worden sind, die uns jetzt finanziell zugute kommen. Wir brauchen hier diese Mittel nicht mehr zu zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Mittel sind hier also um 106 Millionen DM abgesenkt worden. Das müsste dann eigentlich eine deutlich höhere Absenkung um diesen Betrag im Sozialhaushalt ergeben. Das ist aber nicht so, sondern es sind nur 0,6 Millionen Euro. Damit werden für die zentralen Aufgabenstellungen der Sozialpolitik deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen. Auch das ist das Signal an die Bevölkerung: Wir sparen bei dem Landesaufnahmegesetz an Asylbewerberkosten und stecken dies in die Bereiche hinein, die zu den zentralen Aufgabenstellungen unseres Sozialministeriums und unserer Politik gehören.

Das Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik „HARA“ wird um 57 % aufgestockt: um knapp 1,5 Millionen Euro auf 4 Millionen Euro. Insgesamt stehen für das integrierte arbeitsmarktpolitische Programm der Landesregierung damit über 10 Millionen Euro bereit. Für die Offensive „Familie und Kinder“ wurden zusätzlich 1,9 Millionen Euro veranschlagt. Gleichzeitig wird es eine neue Förderung der Maßnahmen zur Erhöhung der Sprachkompetenz von Vorschulkindern, ausgestattet mit knapp 1,3 Millionen Euro, geben.

Der Ansatz für die Ausbildung von Altenpflegekräften, also Schulgeld, erfährt eine Erhöhung um 1,2 Millionen Euro auf über 6 Millionen Euro. Das ist übrigens auch eine Altlast der Vorgängerlandesregierung, die von uns erledigt wird, damit wir im Land Hessen auch in Zukunft Pflegekräfte für die alten Menschen haben. Hier stocken wir auf und tragen unseren Teil dazu bei, dass in Hessen auch in Zukunft genügend Pflegekräfte zur Verfügung stehen.

Um dem unbefriedigenden Mittelabfluss beim Krankenhausbauprogramm zu begegnen, wird die Investitionsplanung künftig auf einen Zeitraum von fünf Jahren ausgedehnt. Bisher war es so, dass ein Zeitraum von vier Jahren zur Verfügung stand. Dann waren die Maßnahmen in dem Plan für diese vier Jahren enthalten, und wenn eine Maßnahme nicht fertig war oder in dem Jahr nicht durchgeführt werden konnte, gab es eben riesige Haushaltsreste.

Obwohl Geld da war, wurden keine Krankenhäuser gebaut.

Dieses alte System haben wir jetzt umgestellt. Es wird zunächst ein Vorlaufjahr und dann vier Jahre für eine mittelfristige Planung geben. In diesem einem Vorlaufjahr wird für die Folgejahre jeweils entschieden, welche Krankenhäuser zum Bau anstehen und wo die Planung so weit ist, dass das Geld ausgegeben werden kann und die Maßnahmen durchgeführt werden können. Wir erwarten davon eine dramatische Erhöhung des Mittelabflusses und eine bessere Reaktion auf die konkrete Situation der Krankenhäuser, insbesondere im ländlichen Raum.

Ich glaube, das ist eine sehr kluge Entscheidung, die bei den Krankenhäusern in Hessen dauerhaft einiges bewegen wird. Ich bin sehr stolz darauf, dass es uns gelungen ist, dieses Programm umzustellen, denn bisher waren die drei Verwaltungsgrundsätze: „Das haben wir schon immer so gemacht“, „Das haben wir noch nie so gemacht“, „Da könnte ja jeder kommen“. Ich war als Finanzminister nicht damit zufrieden, dass die Mittel nicht abgeflossen sind.

(Zuruf von der SPD)

Ich lege großen Wert darauf, zu betonen, dass wir das alte System, das wir übernommen haben, jetzt zum Positiven hin geändert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dadurch werden der verzögerte Abfluss von Mitteln abgebaut und die Umsetzung im Programm erleichtert.

Neben zahlreichen weiteren Zuwächsen ist es ein wichtiges Anliegen dieser Landesregierung, den unter der rot-grünen Vorgängerregierung fördermäßig ins Abseits gestellten Vertriebenen- und Flüchtlingsbereich wieder angemessen auszustatten.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Aus diesem Grunde werden auch 2002 die Mittel angehoben, und dies ist gleichzeitig mit einem Dank der Landesregierung für die erfolgreiche Arbeit des Landesbeauftragten verbunden, des hier im Parlament sitzenden Landtagskollegen Rudi Friedrich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu Umwelt und Landwirtschaft. Die Mittel für die Altlastensanierung werden von 34,6 Millionen Euro auf 41,2 Millionen Euro aufgestockt.

(Reinhard Kahl (SPD): Aus der Grundwasserabgabe!)

Daneben sieht es die Landesregierung als eine wichtige Maßnahme an, die Deichverstärkungsmaßnahmen finanziell besser auszustatten: Um 1,4 Millionen Euro wird der Ansatz gegenüber 2001 daher erhöht. Das Landschaftspflegeprogramm erfährt eine Mittelerhöhung um 1,5 Millionen Euro, und zur Bündelung von FFH-Aktivitäten stehen 1,6 Millionen Euro mehr bereit. Das Kulturlandschaftsprogramm wird gleichzeitig auf dem hohen Niveau von über 11 Millionen Euro fortgeführt.

Meine Damen und Herren, zu den Finanzen. Die Umstellung der kameralen Haushaltspraxis auf die kaufmännische Buchführung mit der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware SAP/R 3 wird im kommenden Jahr auf 117 Dienststellen ausgedehnt. Damit investiert Hessen im Jahr 2002 rund 53 Millionen Euro in diese Systemumstel-

lung: eine beispiellose Investition in die Zukunft einer modernen, kostengünstigen und bürgerfreundlichen Verwaltung.

Das ist Mark für Mark gut angelegtes Geld, das uns in der Zukunft helfen wird, Geld zu sparen, aber jetzt investiert werden muss. Ich bin um keinen Millimeter bereit, diese Investition in die Zukunft, die auf mehrere Jahre angelegt ist und die, wie gesagt, dem Land in dieser finanziellen Situation zugute kommen wird, abzubrechen. Hier wird weiter investiert, und Hessens Verwaltung wird zu einer der modernsten in Deutschland und in Europa gemacht. Dies ist unser Programm.

Über das im vergangenen Jahr gegründete Hessische Immobilienmanagement wird mittels eines Pilotprojekts „Mieter-Vermieter-Modell“ die Unterbringung von Dienststellen in 41 Behördenzentren des Landes mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung neu strukturiert. Das heißt, auch hier gehen wir ganz neue Wege, um das Kostenbewusstsein auch innerhalb der Verwaltung deutlich zu erhöhen. Das mag nur ein Beleg für eine große Zahl von Maßnahmen sein, die wir hier ausführen und die im Haushalt etatisiert sind.

Bei der Steuerverwaltung werden die Maßnahmen zur schrittweisen Verbesserung der dortigen Stellenstruktur fortgeführt. Durch eine Änderung des Sportwetten- und Lotterieggesetzes wird 2002 die Deckelung des Mittelaufkommens für die Destinatäre um 3 % angehoben. Damit erhalten der Landessportbund, die Sozialverbände der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und die Jugendverbände erstmals seit sechs Jahren wieder einen Mittelzuwachs, nachdem damals die Vorgängerregierung die finanziellen Zuwendungen gekappt und damit eingefroren hatte.

(Manfred Schaub (SPD): Das habt ihr aber genauso mitgetragen! Was sülzt ihr jetzt für einen Kram?)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2002 steht im Zeichen einer äußerst erfolgreichen Politik dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich danke insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und der anderen Ministerien, die in monatelanger Arbeit dazu beigetragen haben, dass die Landesregierung heute diesen Etat einbringen und dem Parlament zur weiteren Beratung übergeben kann. Ich bedanke mich ganz besonders herzlich bei den Kabinettskolleginnen und -kollegen, die es mir erneut – völlig anders, als das in der Vergangenheit der Fall war – möglich gemacht haben, diesen Haushalt ohne Nachtsitzungen, ohne Tränen und in ruhiger, konstruktiver und unstreitiger Art und Weise aufzustellen. Meine Damen und Herren, es ist ein Vergnügen, in dieser Landesregierung Finanzminister zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Sie wissen gar nicht, wie schön Nachtsitzungen sein können! Nachtsitzungen haben etwas! Als wir noch Nachtsitzungen gemacht haben, war etwas los! Was macht ihr denn nachts?)

Ansonsten ist es manchmal kein Vergnügen, aber in diesem Fall schon.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie als Abgeordnete dazu auf, die kommenden Wochen intensiv zu nutzen, um über die Einzelheiten dieses Werkes zu beraten. Dieser Haushalt wird einen wichtigen Beitrag leisten,

zweieinhalb prosperierende und aufstrebende Jahre für Hessen mit zusätzlichem Elan fortzusetzen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich bedanke mich. – In der Aussprache hat als Erster Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion das Wort. Neun Minuten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das wird jetzt aber das Kontrastprogramm! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neun Minuten mehr, 18 Minuten insgesamt!)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter dem Eindruck der Terroranschläge gegen die USA, deren Dimensionen auch für uns in Hessen bis vor wenigen Wochen unvorstellbar waren und deren Auswirkungen auf die internationale wirtschaftliche Entwicklung noch nicht abschätzbar sind, ist es für uns sehr schwer, jetzt über einen Haushaltsplanentwurf der Landesregierung in der notwendigen parlamentarischen Auseinandersetzung fachlich und sachlich zu streiten. Die internationale Situation und die Sicherheitslage in unserem eigenen Land können dazu führen, dass unsere Beratungen zum Haushalt 2002 schnell von einer neuen Realität überholt werden.

Trotz allem: Unsere Aufgabe ist es, in die Beratungen zum Landeshaushalt 2002 einzusteigen, auch wenn die nahe politische Zukunft – ich betone: Haushaltsberatung ist politische Zukunftsplanung – jetzt ganz besonders schwer plan- und steuerbar ist. Die Landesregierung legt dem Parlament einen Haushaltsplanentwurf vor, nachdem – daran möchte ich ganz klar erinnern – der Finanzminister erst vor wenigen Wochen ein Haushaltsloch in diesem Jahr von rund 250 Millionen DM offenbart hat.

Kurz davor haben Regierung und Koalitionsfraktionen in wiederholten Jubelarien die hervorragenden Steuereinnahmen des Landes Hessen gefeiert. Noch nie konnten wir in einem so kurzen Zeitabstand erleben, wie aus sprudelnden Steuerquellen ein Haushaltsloch entstanden ist.

(Beifall bei der SPD – Manfred Schaub (SPD): Alles Luftblasen!)

Was dies alles mit seriöser Finanzpolitik zu tun hat, wird das Geheimnis dieser Landesregierung bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Statt einen Nachtragshaushaltsplanentwurf vorzulegen, in dem Sie dem Haushaltsgesetzgeber vorschlagen, wie das 250-Millionen-DM-Haushaltsloch aufzufangen ist, wird das Parlament ohne konkrete Angaben mit einer freiwilligen Haushaltssperre der Ressorts abgespeist, nach der weimarschen Devise: Am Ende des Jahres werden wir es geschafft haben.

Meine Damen und Herren, „vage Hoffnungen statt finanzpolitischer Notwendigkeiten“ ist hier das Motto.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn Sie nur annähernd – ich betone: nur annähernd – Ihre in der Zeit der Opposition selbst aufgestellten Prinzipien für die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes beachten würden, hätten Sie in diesem Sinne längst han-

deln müssen. Herr Minister, ich möchte aber noch die Frage hinzufügen: Kommt jetzt unter dem Deckmantel des Länderfinanzausgleichs der Nachtragshaushalt? Das muss ich Sie nach der von Ihnen hier gerade gehaltenen Rede deutlich fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es kommt aber noch schlimmer. Jetzt legen Sie uns einen Haushaltsplan 2002 mit einer selbst eingebauten Sperre in Höhe von 102,3 Millionen Euro vor. Dies ist, finanzpolitisch gesehen, das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit. Nur so kann man dies bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dies lässt sich allein schon dadurch belegen, dass das Steueraufkommen – ich betone – nach Länderfinanzausgleich im kommenden Jahr um 490 Millionen Euro ansteigen wird. Sie haben fast 1 Milliarde DM mehr zur Verfügung und müssen trotzdem eine Haushaltssperre von 200 Millionen DM von vornherein einbauen. Dies ist die finanzpolitische Realität. Dies kann man nur mit finanzpolitischer Unfähigkeit bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Steigendes Steueraufkommen in vollen Zügen ohne Vorsorge ausgeben, ist Ihre Finanzpolitik. Das Ziel einer nachhaltigen strukturellen Verbesserung der Finanzsituation haben Sie sträflich vernachlässigt.

Dazu möchte ich noch einmal die Zahlen nennen – die werden wir Ihnen immer wieder nennen –: 1999 gab es bei dem Steueraufkommen nach Länderfinanzausgleich einen Zuwachs von 1 Milliarde DM. Im Jahr 2000 war es ein Plus von 600 Millionen DM. Im Jahre 2001 gab es ein stagnierendes Steueraufkommen, aber erhebliche Einmalerglöse und Auflösungen von Rücklagen. Im kommenden Jahr wird es einen Zuwachs von 950 Millionen DM bei den Steuern nach Länderfinanzausgleich geben. Meine Damen und Herren, im Geldausgeben sind Sie Spitze. Nur hat dies alles nichts mit einer nachhaltigen Finanzpolitik zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für meine Fraktion stellt sich die Bewertung des Haushaltsplanentwurfs 2002 wie folgt dar:

Erstens. Der Haushalt ist unsolid und finanzpolitisch perspektivlos.

Zweitens. Die Verschleierung wichtiger finanzpolitischer Eckdaten hat weiter Hochkonjunktur. Ihre Eckdatentabelle wird immer dürftiger. Die nach der Verfassung zulässige Grenze für die Neuverschuldung wird überhaupt nicht mehr genannt. Die Istzahlen des Jahres 2000 werden jetzt auch nicht mehr genannt. Die Daten, die Sie diesem Parlament zur Verfügung stellen, werden immer dürftiger.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Die praktizierte Kombination von Budgetierung, eingebauter Haushaltssperre, Schattenhaushalten und Globalhaushalten ohne konkrete Zielvereinbarungen schränkt das Budgetrecht des Parlaments in erheblichem Umfang ein.

Viertens. Die Kommunalfeindlichkeit der letzten Jahre wird leider fortgesetzt. Trotz Steuerermehraufkommens sinkt der Kommunale Finanzausgleich real. Ich will das hier ganz klar und deutlich sagen.

Fünftens. Neue Miniprogramme und Sprechblasen sollen von den erheblichen Versäumnissen und Kürzungen im Sozialbereich ablenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sechstens. Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme dümpeln wie die Investitionsrate auf niedrigem Niveau.

Siebtens. Die Bereiche Umwelt, Verbraucherschutz, zukunftsorientierte Landwirtschaft und Naturschutzpolitik verkümmern einseitig zu einer Klientelpolitik im Sinne des Bauernverbandes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Lachen des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

– Herr Kollege Heidel kommt genau zum richtigen Zeitpunkt zur Debatte.

Achtens. Die Rahmenbedingungen der Bundespolitik sind für den Landeshaushalt positiv. Das können auch Sie nicht wegdiskutieren. Ungerechtfertigte Schuldzuweisungen nach Berlin sollen von den eigenen Fehlern und den hausgemachten Problemen schlichtweg ablenken.

Ich komme nun zu den wichtigen finanzpolitischen Eckdaten des Haushaltes. Die Minireduzierung der Nettoneuverschuldung wird wieder als großartige Leistung gefeiert. Um ganze 13,7 Millionen Euro soll die Nettoneuverschuldung auf nunmehr 651,1 Millionen Euro sinken. Dies soll – ich wiederhole das – bei einem Steuermehraufkommen nach Länderfinanzausgleich von 490 Millionen Euro erfolgen. Welch eine großartige Regierungskunst, kann man da nur sagen.

(Beifall bei der SPD)

Noch im Haushaltsaufstellungserlass des Herrn Finanzministers haben Sie, wie Sie selbst betonen, eine maßvolle Reduzierung der Nettoneuverschuldung um 51,1 Millionen Euro vorgesehen gehabt. Ich kann da nur sagen: Sie haben Ihr eigenes Ziel deutlich verfehlt. Trotzdem wird die Minireduzierung der Nettoneuverschuldung, die nur ein Drittel der Summe darstellt, die Sie im Haushaltsaufstellungserlass gefordert haben, als großer Erfolg gefeiert. Da muss die Not schon sehr groß sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Schuldenstand des Landes am Kreditmarkt wächst daher kontinuierlich an. Am Ende des kommenden Jahres werden es 24,6 Milliarden Euro sein. Am Ende des Finanzplanzeitraumes im Jahre 2005 werden es dann 26,3 Milliarden Euro sein. Die Zinsausgaben werden im kommenden Jahr bei rund 1,33 Milliarden Euro liegen. Ich möchte jetzt aus dem Finanzplan zitieren:

Die Zinsausgaben werden weiterhin die Höhe der Nettokreditaufnahme deutlich übersteigen und in einem längerfristig nicht vertretbaren Maße Mittel binden, die zur Erfüllung der originären Landesaufgaben dringend benötigt werden.

Diesem Satz aus dem Finanzplan der Landesregierung ist uneingeschränkt zuzustimmen. Meine Damen und Herren, was tun Sie aber dagegen? Sie tun nichts dagegen, obwohl Sie eine deutliche Steigerung bei den Steuereinnah-

men zu verzeichnen haben. In diesem Sinne ist die richtige Analyse im Finanzplan eine schallende Ohrfeige für Ihre eigene Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Abführungen an den Länderfinanzausgleich steigen weiter an. Dies ist eine Belastung, die kaum noch zu verkraft ist. Hessen trägt mit Abstand die höchste Belastung aller Zahlerländer.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Dass es hier im Interesse Hessens zu einer deutlichen Entlastung kommen muss, war und ist in diesem Hause unumstritten. Anzumerken bleibt aber auch, dass der hohe prozentuale Anteil Hessens an der Gesamtbelastung im Länderfinanzausgleich nicht neu ist. Ähnlich hohe Anteile hatten wir auch in den Neunzigerjahren, mit der damals dann fatalen Folge, dass Hessen nach Länderfinanzausgleich weniger Geld in der Kasse hatte als im Vorjahr. Die beschlossenen Änderungen beim Länderfinanzausgleich, die ab dem Jahr 2005 gelten sollen, gehen sicherlich in die richtige Richtung. Die Folgen für Hessen sind aber heute noch nicht vollständig zu überblicken.

Eine kurzfristige Entlastung für Hessen und seine Kommunen erfolgt durch die Änderung beim Fonds Deutsche Einheit. Die Entlastungen für das Land werden von 22 Millionen Euro im kommenden Jahr auf 68 Millionen Euro im Jahre 2004 steigen. Für die Entlastung der hessischen Kommunen ergibt sich annähernd der gleiche Betrag. Ab dem Jahr 2005 wird der Bund vollständig die Tilgung des Fonds Deutsche Einheit übernehmen. Durch den dann vom Bund geleisteten Einigungszuschuss in Höhe von knapp 1,3 Milliarden Euro wird einerseits sichergestellt, dass kein Bundesland schlechter gestellt wird, als es jetzt der Fall ist. Andererseits wird in der Kombination von Abschaffung der Vollauffüllung auf allen Ebenen des Finanzausgleichs, der deutlichen Absenkung des Tarifs, der Deckelung der durchschnittlichen Abschöpfungsquote und der Einführung eines Prämienmodells ein neues Anreizsystem geschaffen, von dem ganz besonders das wirtschaftsstarke Hessen profitieren wird. Ich füge hinzu: Der Bund hat mit seinen Vorschlägen zum Fonds Deutsche Einheit und dem hohen Einigungszuschuss die Voraussetzung für einen Kompromiss geschaffen, der sowohl von den Nehmer- als auch von den Geberländern mitgetragen werden konnte. Ich kann aber schlichtweg nicht feststellen, wo da die Leistung des Ministerpräsidenten des Landes Hessen sein soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Maßstäbengesetz wurde verabschiedet. Das Finanzausgleichsgesetz dürfte auf dieser Grundlage auch bald verabschiedet werden. Ich will noch einmal klar fragen: Was sollte denn die groß angelegte Kampagne der Regierungsfractionen gegen das Maßstäbengesetz? Dies war nichts als Getöse im Kommunalwahlkampf. Finanzminister Hans Eichel und der Bundeskanzler haben mit ihren Vorschlägen die Grundlage für den gefundenen Kompromiss geschaffen. Das ist die finanzpolitische Realität hinsichtlich der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge hinzu: Allein die Entlastungen für Land und Kommunen beim Fonds Deutsche Einheit, die im Übrigen sofort wirken, haben für Hessen mehr gebracht als der groß gefeierte Korridor des Selbstbehaltes, der angesichts der Ministerpräsidentenkonferenz in Wiesbaden festgelegt wurde. Auch dies ist eine Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotz aller Horrormeldungen der letzten Monate: Die Steuerquellen des Landes Hessen sprudeln stärker. Die hessischen Steuereinnahmen steigen um 5,2 %. Real bedeutet dies einen Zuwachs von über 750 Millionen Euro. Nach Abzug der hohen Abführungen in den Länderfinanzausgleich hat Hessen immer noch 490 Millionen Euro mehr in der Kasse – trotz der Steuerreform und der nicht wegzudiskutierenden Konjunkturabschwächung.

Dass die dringend notwendige Steuerreform zu Einnahmeverlusten führen würde, war eigentlich allen bekannt. Man kann aber nicht die Steuerausfälle kritisieren und gleichzeitig höhere Entlastungen oder das Vorziehen der weiteren Stufen verlangen, wie dies CDU und FDP wiederholt vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Steuerreform der Bundesregierung war und ist richtig und notwendig, und Hessen hat im kommenden Jahr dadurch einen Zuwachs an Steuermitteln. Was sollen da die Klagen?

(Gerhard Bökel (SPD): Der Finanzminister hört ja gar nicht zu! – Weitere Zurufe von der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister Weimar, es wird allgemein kritisiert, dass Sie der Debatte nicht folgen.

(Gerhard Bökel (SPD): Nicht allgemein, sondern von uns!)

– Wenn ich mich anschließe, dann wird es allgemein kritisiert.

(Heiterkeit)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Ich hoffe, dass die Beratungen dann etwas nützen werden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Finanzplan des letzten Jahres waren die positiven Auswirkungen der Steuerreform noch enthalten, formuliert von den Fachbeamten des Ministeriums. Diese Formulierung ist jetzt der politischen Zensur zum Opfer gefallen. Das zeigt, dass auch dieser Finanzplan politisch umfrisiert worden ist, um es deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was sollen da die Klagen? Sie wollen wohl nur überdecken, dass Sie trotz höherer Einnahmen eine gesetzliche Haushaltssperre einbauen müssen. Das zeigt ganz deutlich Ihr selbst verschuldetes finanzpolitisches Dilemma.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihre Ausführungen zu Hessen höre, dann muss ich sagen: Hessen ist und bleibt das wirtschaftsstärkste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Dies war auch in den Neunzigerjahren so, und das war in erster Linie ein Erfolg der Menschen in diesem Land, aber auch ein Erfolg jahrelanger Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Ihren Jubel kann ich nur damit vergleichen, dass Sie als Zuschauer im Stadion das geschossene Tor der Heimmannschaft beklatschen. Das ist im Grunde genommen

Ihr Beitrag, um ihn einmal mit einem Bild aus dem Sport darzustellen.

Die Gesamteinnahmen des Regierungsentwurfs steigen im Vergleich zu den Steuereinnahmen deutlich geringer, und zwar um lediglich 1 %. Dieser krasse Unterschied verdeutlicht leider sehr eindrucksvoll die selbst verschuldeten strukturellen Defizite der Haushaltsgestaltung der Landesregierung. Im laufenden Haushaltsjahr konnte der Ausgleich nur durch erhebliche Einmalserlöse erreicht werden.

Wer trotz einer Steigerung des Steueraufkommens nach Länderfinanzausgleich um über 4 % Schuldzuweisungen nach Berlin macht, verschleiern nur seine eigenen Fehler, weil er einen aktuellen Haushalt 2001 zu verantworten hat, der nur mit dem Verkauf von Tafelsilber ausgeglichen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Die bereinigten Gesamtausgaben des Haushaltsplanentwurfs steigen um 1,9 %. Damit bleibt der Entwurf gerade noch unter der vom Finanzplanungsrat vorgesehenen Höchstgrenze von 2 %. Ihre selbst festgelegte Steigerungsrate von 1 % wird wieder deutlich verfehlt.

Die Investitionsquote dümpelt perspektivlos deutlich unter der 10-%-Marke. Besonders auffällig sind die enormen Kürzungen der Investitionsansätze im Kommunalen Finanzausgleich. Damit wird die Investitionskraft der Städte und Gemeinden, besonders der kleinen und strukturschwachen Kommunen, geschwächt. Dies ist kein aktiver Beitrag des Landes für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Interesse der Bauwirtschaft müsste die Investitionsquote deutlich über 10 % liegen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Bemerkungen zur Zukunftsoffensive machen. Die alte These „Vermögen gegen Vermögen“ ist längst eine Mogelpackung. Im Grunde genommen werden durch Einmalserlöse Dinge finanziert, die eigentlich über den Staatshaushalt finanziert werden müssten. In diesem Sinne reduziert sich der Begriff „Zukunftsoffensive“ auf eine reine mediale Verpackung.

Ich komme nun zu dem weimarschen Prinzip der Verschleierung bei den Personalkosten. Durch die Globalhaushalte der Hochschulen und weitere Ausgliederungen werden die Personalkosten nicht mehr voll ausgewiesen und nicht transparent dargestellt. Die Zahlen im Haushalt stimmen leider nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Die ausgewiesene Personalkostenquote von 41,9 % ist deutlich niedriger als in der Realität. Der erste uns bisher vorgelegte Bericht über den Stand und die Entwicklung der Personalausgaben im Haushaltsjahr 2000 nennt eine echte Personalkostenquote von 45,2 %. Wenn Sie das hochrechnen, sehen Sie die Realität in diesem Bereich. Um es deutlich zu sagen: Die Personalkosten haben eine wirklich Besorgnis erregende Höhe.

Im Rahmen des weiteren Anstiegs der Personalkosten ist die Steigerungsrate von 6,1 % bei den Versorgungslasten ebenfalls Besorgnis erregend. Ursächlich dafür sind die sprunghaft gestiegenen Frühpensionierungen. Dazu nur eine Zahl: Im Jahre 2000 traten – statt geschätzter 1.600 Pensionierungsfälle – deutlich über 3.000 Lehrkräfte in den Ruhestand. An dieser hohen Zahl war die Kultusmi-

nisterin nicht ganz schuldlos, um es ganz milde auszudrücken.

(Beifall bei der SPD)

Die nunmehr erfolgte dezentrale Veranschlagung der Versorgungslasten wird von uns ausdrücklich begrüßt. Es muss aber eine Pensionsvorsorge für neu einzustellende Beamtinnen und Beamte betrieben werden, und es müssen Anreize für die Ressorts geschaffen werden, damit der Anstieg der Lasten nicht mehr so groß ist.

Die von der Landesregierung bisher durchgeführten Schritte zu einer Verwaltungsreform haben in weiten Bereichen nicht zu einer Vereinfachung und nicht zu mehr Transparenz in den Verwaltungsabläufen geführt. Chaos in vielen Bereichen ist das Ergebnis der LFN-Reform dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die LFN-Abteilungen bei den staatlichen Landräten sind schlicht nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Zuordnung der Dorferneuerung und der ländlichen Regionalentwicklung bei der Staatlichen Katasterverwaltung hat schlicht dazu geführt, dass viele Fördermittel, auf die die Kommunen dringlich warten, verwaltungsintern blockiert werden. Das Dilemma des Landesbetriebs Hessen-Forst ist auf allen Ebenen offenkundig. Regieren will gelernt sein. Sie können es offenkundig nicht.

(Beifall bei der SPD – Lachen der Ministerin Ruth Wagner)

Bei den neuen Steuerungsmodellen hat sich die Landesregierung mit der Einführung von SAP auch zeitlich unter einen erheblichen Erfolgsdruck gesetzt. Die Einführung neuer Steuerungsmodelle findet grundsätzlich unsere Unterstützung. Dafür wurden bekanntlich die Grundlagen schon von der Vorgängerregierung entwickelt. Kritisch bleibt aber anzumerken, dass die Kosten für die externe Unternehmensberatung davonlaufen.

Verstärkt einzufordern ist die Beteiligung des Parlamentes an dem grundlegenden Umstrukturierungsprozess. Das Parlament muss die Zielvereinbarungen beschließen und Zugang zu relevanten Haushaltsdaten haben, um sein verfassungsrechtlich garantiertes Budgetrecht unter geänderten Rahmenbedingungen tatsächlich ausüben zu können.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu den selbst gesetzten Schwerpunktbereichen machen. Mit 600 weiteren Stellen für Lehrkräfte und 400 Stellen für Referendare leisten Sie unbestritten einen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsabdeckung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Finanzpolitisch bleibt dabei anzumerken, dass Sie die Folgekosten für neue Stellen schlicht nicht berücksichtigen. Unterrichtsabdeckung ist wichtig, aber auch Qualität von Schule muss einen herausgehobenen Stellenwert haben.

(Beifall bei der SPD)

Durch das konkrete Handeln der Kultusministerin wird leider klar, dass sie eindeutig den bildungspolitischen Rückwärtsgang eingelegt hat, was Qualität und inhaltliche Gestaltung von Schule betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Auslese statt Fördern steht bei Ihnen hoch im Kurs, verbunden mit dem Rückfall in längst überwundene Schul-

formdiskussionen. Integrative Bildungsgänge und die Integration von Behinderten stehen auf der Abschlusliste. Auch ein Weiterbildungsgesetz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mittel in diesem wichtigen bildungspolitischen Bereich immer noch hinter den Ansätzen von vor einigen Jahren hinterherhinken.

(Beifall bei der SPD)

Den gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Ganztagsangeboten und der schrittweisen Einführung der freiwilligen Ganztagschule wollen Sie sich nicht stellen. Der Hochschulpakt ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu gehören aber – für uns unabdingbar – konkrete Zielvereinbarungen, die vom Parlament zu beschließen sind. Weitgehende Hochschulautonomie, Planungssicherheit für die Hochschulen und parlamentarisch legitimierte Zielvereinbarungen gehören unmittelbar zusammen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Im Bereich der inneren Sicherheit begrüßen wir ausdrücklich die Fortsetzung der zweigeteilten Laufbahn mit der Umwandlung von weiteren 750 Planstellen. Im Übrigen ist die Bilanz des Innenministers in diesem Bereich äußerst dürftig. Viele Stellen sind bei der Polizei unbesetzt. Viele Polizeifahrzeuge sind veraltet. Hier ist ein millionenschwerer Investitionsstau entstanden. Eine Ausweitung der Ausbildungskapazität ist mehr als dringlich. Die Polizei schiebt einen riesigen Stau von Überstunden vor sich her. Vollzugskräfte müssen für polizeifremde Verwaltungsaufgaben eingesetzt werden. Die rückläufigen Mittel für den Verfassungsschutz stehen in eklatantem Widerspruch zu den Aussagen des Innenministers und des Ministerpräsidenten, der genau hierfür mehr Geld fordert.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Unerträglich!)

Meine Damen und Herren, in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik wurden die Mittel für den Landstraßenbau aufgestockt. In der Strukturpolitik profitiert Hessen in erheblichem Umfang von EU-Mitteln. Kritisch anzumerken ist, dass das Landesprogramm Dorferneuerung um 2 Millionen Euro gekürzt wird. Das von der ehemaligen Landesregierung eingeführte Sondervermögen Wohnungsbau zeigt deutlich positive Wirkungen. Viele Landesprogramme im Etat des Wirtschaftsministers profitieren davon, insgesamt mit 13,6 Millionen Euro. Leider werden die Bundesmittel für den ÖPNV wieder zweckentfremdet für das Stopfen von Haushaltslöchern eingesetzt. Ganze 28 Millionen Euro werden zweckentfremdet. Die vorgesehenen Mittel für Ausbildung werden nicht ausreichen, um durch direkte und flankierende Maßnahmen allen jungen Menschen nach dem Schulabschluss eine Ausbildungsperspektive zu geben. Von der zentralen gesellschaftspolitischen Zielsetzung Jugendarbeitslosigkeit Null sind Sie noch erheblich entfernt.

Kommen wir nun zu den Stiefkindern der Landespolitik: Soziales, Umwelt und Naturschutz.

(Gerhard Bökel (SPD): Kann man wohl sagen!)

Auch neue Miniprogramme können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialpolitik von dieser Landesregierung als Steinbruch für Kürzungen benutzt wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach wie vor erhalten die Kindergartenträger für ihre Unterhaltungskosten keine müde Mark aus originären Landesmitteln. In der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr weit hinten.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik gibt es leider wieder nur unzureichende Ansätze. Die für einige Gebietskörperschaften praktizierte Kommunalisierung der Sozialpolitik durch die Übertragung eines Gesamtbudgets ist in der Realität eine Abmeldung des Landes aus seiner eigenen sozialpolitischen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Eingliederung von Behinderten erfolgt eine Kürzung der Ansätze.

(Aloys Zumbrägel (CDU): Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Bei der Suchhilfe verharren die Ansätze auf dem bisherigen Niveau. Bei den Hilfen für alte Menschen profitiert das Land von EU-Mitteln aus dem Sozialfonds.

Wo echte Ansätze und intelligente Programme zur sozialen Sicherheit fehlen, kommen dann wieder die berühmten verbalen Offensiven: Offensive für Kinderbetreuung, familienpolitische Offensive, um nur zwei zu nennen.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Alles heiße Luft!)

Dies ist Ersatz von Politik durch schöne Verpackungen mit Miniinhalten, also nichts als Mogelpackungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Na!)

Die Umwelt- und Naturschutzpolitik ist bei dieser Landesregierung unter die Räder gekommen. Ein politischer Skandal ist der Umgang mit den Mitteln aus der Grundwasserabgabe. 50 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr eingenommen werden, 29 Millionen Euro werden aus der Rücklage entnommen. Ganze 10,7 Millionen Euro werden wieder in Grundwasser sparende Maßnahmen investiert. Deutlich mehr wird für das Bezahlen von Landpersonal eingesetzt. Sie benutzen das Aufkommen aus der Grundwasserabgabe als Sparbüchse für Personalausgaben.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Der Begriff „Agenda 21“ findet nicht mehr statt. Die großen Zukunftschancen der Energiepolitik werden von dieser Landesregierung sträflich vernachlässigt.

Meine Damen und Herren, in der Forstpolitik setzt die Landesregierung ihren grundsätzlich falschen Kurs fort. Dies zeigt das Defizit im Landesbetrieb. Im nächsten Jahr soll der Zuschuss noch einmal um 5 Millionen Euro gekürzt werden. Der Staatswald wird bei Ihnen auf eine rein ökonomische Betrachtungsweise verkürzt, und diese wird noch dilettantisch umgesetzt. Der Staatswald hat auch Erholungsfunktion und spielt im flächenhaften Naturschutz und im Biotopverbund eine Schlüsselrolle.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt einige Bemerkungen zum Kommunalen Finanzausgleich. Im Kommunalen Finanzausgleich setzt die Landesregierung ihre kommunalfeindliche Politik fort. Im letzten Haushalt konnten Sie nur durch Tricks formal eine Erhöhung ausweisen. Für das kommende Jahr liegen die Fakten klar auf der Hand. Trotz Steuerermehraufkommens nach Länderfinanzausgleich erhalten die Kommunen we-

niger Geld. Dies hängt allein damit zusammen, dass die Landesregierung den Kommunen wieder 100 Millionen DM entzieht.

(Günter Rudolph (SPD): Unerhört!)

Die Kommunen müssen die verfehlte Finanzpolitik des Landes also bezahlen. Um den Protest der Kommunen etwas abzumildern, haben Sie innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs die Schlüsselzuweisungen leicht angehoben, dies aber auf Kosten der Investitionsprogramme: kommunale Infrastruktureinrichtungen auf null. Das Landesprogramm einfache Stadterneuerung läuft aus. Das Miniprogramm im Einzelplan 19 ist kein Ersatz dafür. Die Investitionen zum Bau von Altenheimen werden trotz Bedarfs weiter drastisch reduziert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Das Trink- und Abwasserprogramm wird in unerträglichem Umfang zusammengestrichen. Gegenüber 2000 wurde der Mittelansatz mehr als halbiert. Die Kommunen stehen jetzt alleine und müssen dies in erheblichem Umfang vorfinanzieren. Das Krankenhausbauprogramm wird trotz Investitionsstaus weiter gekürzt. Bei den Betreuungsangeboten wird die Finanzierung auf die Sprachheilschulen und die Schulen für Lernhilfe ausgedehnt. Gleichzeitig werden die Mittel gekürzt. Wie das zu erklären ist, kann kein Mensch verstehen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Kommunalfeindlichkeit dieser Landesregierung wird mit dem Haushalt 2002 einen neuen Negativrekord erreichen. Über eine halbe Milliarde DM haben Sie dann in Ihrer Regierungszeit den Kommunen entzogen. Das ist die finanzpolitische Realität.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, die grundlegend falsche finanzpolitische Weichenstellung und der eklatante Mangel bei der Bewältigung von zentralen Zukunftsaufgaben für die Landespolitik setzen sich auch im Finanzplan der Landesregierung fort. Das Steueraufkommen steigt im Jahre 2003 um 380 Millionen Euro, 2004 um 708 Millionen Euro und 2005 um 390 Millionen Euro. Diese positiven Vorgaben ermöglichen eigentlich eine deutliche Verbesserung der finanziellen Eckdaten der Landesfinanzen. Was machen Sie daraus?

(Petra Fuhrmann (SPD): Unsolide!)

Im Jahre 2003 soll die Nettoneuverschuldung sogar wieder ansteigen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Der Wahltermin lässt deutlich grüßen. Wahlgeschenke werden wohl vorbereitet.

(Manfred Schaub (SPD): Ja, da kennen die nichts!)

Für die Jahre 2004 und 2005 soll dann eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung um jeweils 100 Millionen Euro erfolgen, obwohl Sie in den beiden Jahren deutlich über 1 Milliarde Euro mehr in der Landeskasse haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Das machen wir dann selbst!)

Darüber hinaus haben Sie aber in der Finanzplanung noch nicht konkretisierte Einsparbeträge von jährlich mehr als einer Viertelmilliarde Euro einkalkuliert. In diesem Sinne ist der Finanzplan in seinen Auswirkungen ein

Dokument der finanzpolitischen Hilflosigkeit. Ihre Finanzpolitik ist das Gegenteil einer nachhaltigen und generationengerechten Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist gekennzeichnet durch grundlegende Widersprüche. Einerseits verzeichnet das Land auch nach Länderfinanzausgleich erheblich höhere Steuereinnahmen. Trotzdem leistet der Haushalt keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Eckdaten der Haushaltsplanentwicklung des Landes. Durch den Einbau einer Haushaltssperre und den Verzicht auf eine mögliche deutliche Senkung der Nettokreditaufnahme ist dieser Haushaltsplan eine weitere Hypothek für die Zukunft dieses Landes. Gleichzeitig leistet der Entwurf keinen nennenswerten Beitrag für die schrittweise Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben, wie Einführung der freiwilligen Ganztagschule, Verbesserung der Kinderbetreuung, aktive Arbeitsmarkt- und zukunftsweisende Wirtschaftspolitik, Jugendarbeitslosigkeit Null und soziales Hessen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

(Beifall bei der SPD)

Er reiht sich aber ein in die Politik dieses Ministerpräsidenten, der ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten einer nachhaltigen Finanzpolitik aus dem Vollen schöpft und daran ist, Hessen als ein konservatives Land nach dem Vorbild von Stoiber in Bayern umzubauen. Hessen hat eine bessere Politik verdient und ganz besonders auch eine bessere Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Eine zukunftsweisende Finanzpolitik nutzt die von der Bundespolitik initiierte deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine echte Konsolidierungspolitik. Die Zahlen habe ich Ihnen sehr klar genannt, und zwar Zahlen aus Ihrem Haushalt und Zahlen aus Ihrem Finanzplan. Konsolidierungspolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, den notwendigen Spielraum zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen der Zukunft zu schaffen.

Ich schließe, indem ich sage: Mit Ihrer Finanzpolitik verbauen Sie Zukunft, statt Zukunft zu gestalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich bedanke mich und erteile Herrn Abg. von Hunnius für die Fraktion der FDP das Wort.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn jemand heute hier in Wiesbaden auf die Straße ginge und 100 zufällig ausgewählte Personen fragte, wie sich das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr abspiele, mit welchem man rechne, dann würden keine 10 % einen Betrag von 2 bis 2,5 % nennen.

Diese Prognose, die wir dem Haushalt 2000 zugrunde legen mussten, ist die offizielle Sprachregelung der Bundesregierung. Aber die Kluft zwischen dem, was die Bundesregierung glaubt erwarten zu können, und dem, was die

Bürgerinnen und Bürger als real empfinden, wird immer größer.

In dieser Situation der Unsicherheit war die Landesregierung gut beraten, sich im laufenden Jahr zu einem Einsparbetrag von 128 Millionen Euro auf freiwilliger Basis zu entschließen. Der Finanzminister ist gut beraten, wenn er einen Haushaltsplan vorlegt, bei dem er einen Betrag von über 100 Millionen Euro unter den Vorbehalt einer späteren Zustimmung stellt.

Es zeigt sich, dass die Bundesregierung und die sie tragende Koalition nicht den Mut aufgebracht haben, eine kraftvolle Steuerreform in die Wege zu leiten. Es wurden immer weitere Gesetze verabschiedet, die die Wirtschaft unter dem Motto knebeln sollten: Bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt.

Ich nenne zwei Beispiele: 630-DM-Gesetz – riesenhaft gefordert und anschließend gelobt. Der Beschäftigungseffekt ist eindeutig negativ. Ich nenne den Komplex Scheinselbstständigkeit. Der Beschäftigungseffekt ist eindeutig negativ.

Rot-Grün ließ bei der gesamten Betrachtung – und das gilt insbesondere für die Einkommen- und Körperschaftsteuerreform – außer Acht, dass es nicht die Konzerne sind, die Arbeitsplätze schaffen, sondern der Mittelstand. Diese Steuerreform war überwiegend eine Steuerreform für die Konzerne, die sie auch ausnutzen,

(Lachen bei der SPD)

die Körperschaftsteuer – wie der Minister ausgeführt hat – in ganz großem Umfang sparen, währenddessen die eigentlichen Jobbringer, der Mittelstand und insbesondere das Handwerk, benachteiligt wurden. Das gilt insbesondere für Einzelunternehmen. Die Reform war keine Reform, sondern ein Reförmchen, das halbherzig, zu spät und teilweise auch noch in die falsche Richtung in die Wege geleitet wurde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, was haben Sie in all den Jahren zustande gebracht? Überhaupt nichts!)

Ein großer Teil der so genannten Wohltaten wurde durch neue rot-grüne Steuern – ich sage einmal: die Ökosteuer – aufgefressen.

(Reinhard Kahl (SPD): Lohnnebenkosten wurden damit gesenkt!)

Ein großer Teil des Restes fällt der so genannten kalten Progression zum Opfer. Es ist ganz natürlich, dass mit steigendem Einkommen auch mehr Steuern gezahlt werden und sich die Tarifvergünstigung nicht mehr in vollem Umfang auswirken kann. Alles hätte sich die Wirtschaft als Reform der strukturellen Rahmenbedingungen gewünscht, aber ganz bestimmt nicht eine Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erklären Sie einmal den Zusammenhang zwischen Betriebsverfassung und Landeshaushalt 2001!)

Meine Damen und Herren, man kann verstehen, dass sich die SPD gezwungen sah, irgendwo einmal die großen Spenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die im Rahmen des Bundestagswahlkampfes geflossen sind, in Form von Maßnahmen zurückzuerstatten. Das kann man ja verstehen, aber Sinn macht diese Maßnahme weiß Gott nicht,

(Beifall bei der FDP)

denn sie verschlimmert ein Klima, das ohnehin schlimm ist. Arbeitsplätze entstehen, wenn die Wirtschaft wächst. Die Wirtschaft wächst, wenn Unternehmen eine positive Perspektive für ihr Überleben erkennen. Wer diese Perspektive zum Überleben zerstört, tötet das Klima in dem Unternehmen „Arbeitsplätze schaffen“.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Bei allem Reden von Durchschnittswerten auf Jahresbasis – erreichen wir 1 % Wachstum dieses Jahr noch, erreichen wir 1,2, 1,5 % oder nicht? – bleibt vielmals außer Acht, dass sich natürlich die Wirtschaft nicht an Durchschnitt orientiert, sondern an aktuellen Entwicklungen. Deswegen will ich Ihnen einmal einige Veränderungsraten nennen. Sie beziehen sich jeweils auf das zuletzt verfügbare Quartalergebnis im Verhältnis zum entsprechenden Vorjahresquartal.

Reales Bruttoinlandsprodukt plus 0,6 %, private Konsumausgaben plus 1,2 %, Ausrüstungsinvestitionen plus 0,5 %, Bauinvestitionen minus 5,7 %, Industrieproduktion minus 2,9 %, Auftragseingänge – von denen wir Hoffnung für die künftige Entwicklung schöpfen müssten – minus 4,4 %, Zahl der Erwerbstätigen plus 0,0 %, Ifo-Geschäftsklimaindex minus 0,3 %.

Diese Zahlen sind alles andere als rosig. Sie stellen eine desaströse Zwischenbilanz der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung dar.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen sich hessische Finanzpolitik abzuspielden hat. Dass es auch anders geht, als diese Negativzahlen im Bund ausweisen, zeigen zwei Fakten:

Deutschland ist Wachstumsschlusslicht in der gesamten EU. Das heißt, wir können nicht sagen, die Weltwirtschaft zwingt Deutschland zu dieser Entwicklung. Auch Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande sind in der Europäischen Union. Alle sind Teil der Weltwirtschaft. Alle haben ähnliche weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Aber Deutschland, das größte Land in der Europäischen Union, macht sich am schlechtesten. Das ist nicht gerade ein tolles Zeichen für hervorragende Leistungen.

(Beifall der Abg. Heinrich Heidel (FDP) und Frank Lortz (CDU))

Ganz anders Hessen. Hessen liegt in allen relevanten Indizes weit besser als der Bundesdurchschnitt. Gute Wirtschafts- und Strukturpolitik auf Landesebene zahlt sich aus. So ist das nun einmal.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Lortz (CDU))

Alle Feststellungen über die deutsche Konjunktur und das politische Versagen von Rot-Grün in Berlin betreffen – Herr Kollege Kahl hat im Anfangsteil seines Vortrages darauf hingewiesen – die Zeit vor dem 11. September. Keiner ist in der Lage, die Auswirkungen abzuschätzen, die sich welt- und binnenwirtschaftlich aus den abscheulichen Attentaten ergeben. Eines ist aber sicher: Die Investitions- und Konsumneigung werden eher negativ beeinflusst. Wie stark negativ, können wir nicht sagen, aber mit Sicherheit nicht positiv.

Die USA befinden sich bereits mitten in der Rezession. Europa ist in Gefahr, in eine solche hineinzuschlittern. Die weltwirtschaftlich verschärfte Situation trifft auf ein Deutschland, das leider keine Vorsorge getroffen hat, ein Deutschland, das Steuerentlastungen für das Jahr 2005 in Aussicht stellt und als dringendstes Problem die Betriebsverfassung löst – ein Problem, das nun wahrlich keines war.

(Hans Michael Maus (SPD): Was? Keine Ahnung!)

Ein 2,25-prozentiger Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes ist seit langem unwahrscheinlich. Seit dem 11. September ist er aus heutiger Sicht fast ausgeschlossen. In dieser Lage muss der hessische Landeshaushalt vor allem zwei Forderungen erfüllen. Erstens muss er im geplanten Ausgabeverhalten der schwierigen Situation Rechnung tragen. Zweitens muss er zugleich Hessen fit for Future machen, damit im Rahmen des Möglichen die strukturellen Weichen gestellt werden, dass sich Hessen künftig – wenn es geht, noch weiter als bisher – mit einer eigenen Sonderkonjunktur von der negativen Bundesentwicklung abkoppeln kann.

Lassen Sie mich zum Ausgabeverhalten ein paar Ausführungen machen. Der Haushaltsplan weist eine Ausgabensteigerung ohne LFA – Herr Kollege Kahl, das ist die faire Zahl, die wir ansehen müssen – von 0,5 % aus. Wenn jetzt jemand sagt, das sei zu viel, dann müsste er einmal sagen, was er denn an der Stelle dieser Regierungskoalition geplant hätte.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Frank Lortz (CDU))

0,5 % Ausgabensteigerung gegenüber einem Anstieg der bereinigten Gesamteinnahmen von 1,0 % – damit entspricht er zum einen dem Gebot der Vorsicht, und zum anderen gelingt es ceteris paribus, die Nettoneuverschuldung auf 650 Millionen Euro geringfügig unter dem für das laufende Jahr geplanten Betrag zu halten. Das ist, wie wir uns erinnern, immerhin der geringste seit 22 Jahren geplante Betrag – mit aller Bescheidenheit. Sie mögen das schlecht finden. Aber dann ist das ein Urteil über Ihre Finanzpolitik, die vorher getrieben worden ist, und nicht über die jetzige.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Konsolidierung! – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wir geben im Jahre 2002 allein für Zinsen fast so viel Geld wie für Investitionen aus, für Zinsen 1,3 Milliarden Euro, für Investitionen 1,6 Milliarden Euro. Das zeigt, wie sehr Hessen unter den Nachwirkungen der unseligen rot-grünen Finanzpolitik zu leiden hat. Umsteuern ist extrem schwierig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hahaha!)

Trotz sinkender Neuverschuldung steigen die Zinsausgaben bis zum Jahre 2005 weiter auf 1,4 Milliarden Euro.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum steigern Sie die so unanständig?)

Immerhin, die Investitionsausgaben steigen noch schneller als dies. Natürlich kann man damit nicht zufrieden sein. Aber die Voraussetzung dafür, dass wir weniger Zinsausgaben haben, ist, dass die Nettoneuverschuldung auf null heruntergeht. Von dem Augenblick an kann man im Ernst sagen, dass wir zu tilgen beginnen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihrer Finanzplanung aber nicht zu entnehmen!)

– Doch, das ist ihr zu entnehmen. Ich werde es Ihnen gleich vorführen. – Ich verhehle nicht, dass wir Liberale uns schon 2002 eine geringere Kreditfinanzierungsquote gewünscht hätten. Wer hätte das nicht? Unter den gegebenen Umständen bin ich jedoch froh, wenn sie auf 3,4 % begrenzt werden kann. Die Nettoneuverschuldung wird 2002 so gering sein – ich sage es noch einmal –, wie sie es in Haushaltsplänen seit 22 Jahren nicht gewesen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir sehen der planmäßigen Senkung der Kreditfinanzierungsquote ab dem Jahre 2004 entgegen. Es bleibt dabei: Die Neuverschuldung wird zurückgeführt, bis sie bei null angekommen ist. Dann geht es daran, netto zu tilgen. Dann werden wir auch in der Lage sein, die Zinsausgaben wirklich nach und nach zu senken.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Warum wird sie 2003 angehoben?)

Wenn hier von zu hoher Verschuldung gesprochen wird – wir teilen sicher gemeinsam die Beurteilung, dass die Nettoneuverschuldung so gering wie möglich sein sollte –, dann erlaube ich mir, daran zu erinnern, dass 1997 unter einer Landesregierung, die bekannterweise nicht von CDU und FDP gestellt wurde, sondern von SPD und GRÜNEN, 1,5 Milliarden Euro Verschuldung eingetreten sind. Davon müssen wir ausgehen, daran messen wir uns unwahrscheinlich gern. Darauf können Sie sich freuen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Aufgrund der waigelschen Haushaltslöcher! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie etwas zur Entwicklung der Steuereinnahmen damals und heute!)

Die wichtigsten Ausgabenblöcke – damit komme ich zur Ausgabenseite des Haushalts – sind Personalausgaben mit 6,8 Milliarden Euro oder 41,9 % des Haushalts. Wir wissen, dass ein Teil der Personalausgaben aufgrund einer anderen Haushaltssituation im Hochschulbereich hier nicht enthalten ist. Das ist kein Versagen der Landesregierung, sondern es ist ein Erfolg, dass wir die Hochschulen verselbstständigt haben. Dass die Personalkostenquote faktisch höher ist, das ist uns vollkommen bewusst.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum versucht der Finanzminister ständig, über die Kosten zu täuschen?)

– Das macht er überhaupt nicht. Er hat immer wieder darauf hingewiesen. Vorhin ist ein Bericht des Finanzministers zitiert worden, in dem genau dies dargelegt wird. Ich weiß nicht, was dieses Gerede soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Aber nur rückwirkend, die neuesten Zahlen nennen Sie uns doch nicht!)

Wir müssen wissen, dass die Personalausgabenquote noch erheblich höher wäre, wenn es nicht gelungen wäre, die Senkung der Personalausgaben Jahr für Jahr nicht nur planmäßig, sondern weit überplanmäßig, nämlich sehr viel stärker als in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, zu senken. Die Personalausgaben sind viel stärker zurückgeführt worden, als man sich das jemals hätte träumen lassen. Wäre dies nicht gelungen, wäre die Quote heute schon bei einem weit höheren Satz angelangt.

Das Problem der Versorgungslasten drückt uns alle. Der Finanzminister hat darauf hingewiesen. Aber immerhin, wir haben den ersten Schritt schon geschafft, dass sie transparent werden, indem sie nicht mehr zentral veranschlagt werden, sondern in den einzelnen Haushalten nachzulesen sind. Das ist der erste Schritt.

Wenn die Opposition jetzt sagt, die Personalkostenquote sei zu hoch – das haben wir in den acht Jahren Ihrer Regierungszeit auch konsequent gesagt –, dann muss sie auch sagen, was sie denn tun würde. Würden Sie denn mehr Personalausgaben einsparen, als die Hessische Landesregierung das zurzeit tut?

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Würden Sie dafür etwa auch betriebsbedingte Entlassungen in Kauf nehmen? Dann sagen Sie das bitte. Kommen Sie her und sagen Sie: Ich würde so und so viele Personen aus dem Landesdienst entlassen. – Das ist aus Ihrer Sicht vielleicht ein guter Vorschlag. Ich weiß nicht, ob Sie das wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie müssten dazu konkrete Vorschläge machen. Nur eine Quote zu kritisieren, an deren Senkung diese Landesregierung planmäßig arbeitet und die ihre Höhe Ihrer Politik verdankt, das ist verdammt billig. Meine Damen und Herren, damit kommen Sie hier nicht durch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum Kommunalen Finanzausgleich mit 2,7 Milliarden Euro bzw. 16,5 %. Hessen ist und bleibt verlässlicher, kalkulierbarer Partner von Kreisen und Kommunen. Fragen Sie einmal die Kreise und Kommunen, was sie von der Spitzabrechnung beim Kommunalen Finanzausgleich gehalten haben, wie sie bisher gehandhabt wurde, und wie sie die Fairness beurteilen, mit der sie jetzt behandelt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die können sich nur darauf verlassen, dass ihnen mehr Geld abgezogen wird!)

Fragen Sie doch einmal, was sie davon halten, dass die Investitionspauschale wieder eingeführt worden ist, die Sie in Ihrer Regierungszeit abgeschafft haben.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Wir geben den Kommunen verlässliche Rahmenbedingungen.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber erst der Griff in die Kasse mit 100 Millionen DM!)

Wir trauen ihnen zu, dass sie in der Lage sind, selbst zu entscheiden. Wir geben ihnen ein höheres Maß an Autonomie als jemals zuvor. Damit können die Kommunen über ihr Ausgabeverhalten allein entscheiden und sind nicht am kurzen Zügel der Hessischen Landesregierung, was Sie unter Rot-Grün immer ganz gern hatten.

51,2 Millionen Euro Investitionspauschale, das entspricht 100 Millionen DM. Das spricht eine deutliche Sprache in diesem Zusammenhang. Es ist nachgewiesen worden, dass die Kommunen real nicht weniger, sondern mindestens genauso viel bekommen wie im laufenden Jahr 2001. Wo ist also der Ansatzpunkt für Kritik?

Der dritte Ausgabenblock sind die Investitionsausgaben mit 1,6 Milliarden Euro bzw. 9,8 %. Ich habe das schon ge-

sagt. Klammert man fairerweise den Sondereinfluss der 2001 mit Unterstützung der SPD-Fraktion erworbenen Landesbeteiligung an der Helaba aus,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letztes Jahr haben Sie das ganz anders dargestellt, Herr Kollege! Da haben Sie die Steigerung bejubelt bis Gehnichtmehr!)

entsprechen die für 2002 geplanten Investitionsausgaben einer Steigerung von 2,5 % gegenüber dem diesjährigen Wert. Das ist weit überdurchschnittlich.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Rückgang, das wissen Sie auch!)

Wir wissen, der Spielraum ist eng. Wir müssen mit diesem Spielraum leben. Wir müssen trotzdem Prioritäten setzen. Dies ist hier ganz eindeutig gelungen, weil wir bei den Investitionsausgaben eine Steigerungsrate weit über dem Schnitt des Landeshaushalts haben halten können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müsste Ihnen jetzt peinlich sein!)

Die Zinsausgaben betragen 1,3 Milliarden Euro, gleich 8,2 %. Das ist natürlich viel zu viel. Aber es ist Ihnen vermutlich geläufig, dass man diese Ausgaben nicht senken kann, solange die Neuverschuldungsrate nicht auf null gesenkt worden ist. Daran arbeiten wir aber. Der Bremsweg ist lang und holprig, und der Weg zur Senkung der Neuverschuldung wird auch bedeuten, dass wir manche Dinge, die wir unter der Rubrik „nice to have“ abzubauen haben, uns künftig nicht mehr leisten können. Da sind Entscheidungen gefordert, die der Landtag insgesamt treffen muss. Wir können da nicht die Arbeitsteilung so machen, dass die Opposition mehr Ausgaben für Umwelt- und Sozialpolitik usw. verlangt und gleichzeitig kritisiert, dass die Neuverschuldung zu hoch sei. Nein, dann müssen Sie, bitte schön, auch in die Verantwortung einsteigen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir machen eine solide Finanzpolitik, im Gegensatz zu Ihnen!)

Sie sind herzlich eingeladen, das zu tun und zu sagen, wo Sie denn kürzen wollen. Dann machen wir das gern gemeinsam, aber nicht in der Form, in der Sie das im Augenblick betreiben. Wir sind dabei, umzusteuern, und tun das konsequent. Ein Schritt dazu ist der Haushalt, der vorgelegt worden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der fünfte Ausgabenblock ist der leider am stärksten steigende Ausgabenblock, der unserem Haushalt unmittelbar überhaupt nicht zugute kommt. Das ist der Länderfinanzausgleich mit 2,9 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 10,1 % gegenüber dem laufenden Jahr. An diesem Betrag können wir nicht viel ändern. Es sind 270 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Aber Sie wissen, dass auch hier die Weichen von der Landesregierung gestellt worden sind. In sehr zähen Verhandlungen ist immerhin eine Deckelung des Zuwachses erreicht worden. Wir müssen es hier nicht wiederholen. Das wird sich ab 2005 auswirken, im Jahre 2002 leider noch nicht. Wir müssen mit dem Betrag leben. Kritisieren können wir ihn gemeinsam, ändern können wir ihn leider nicht.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

So viel zu dem geplanten Ausgabeverhalten. Der Haushalt ist von Verantwortung getragen, beruht auf dem Primat sparsamer Haushaltsführung, setzt die Sanierung des Haushaltes fort und setzt trotzdem mittelfristige Wachstumsakzente. Das ist die Kunst, die wir hier zu beherrschen versucht haben. Ich glaube, der Haushalt entspricht allen diesen Forderungen in hervorragender Form.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Glaube ist leider ein Irrglaube!)

Ich will deshalb zu einigen Punkten des Zukunftsprogramms übergehen, um die Wachstumsakzente darzutun, von denen ich gesprochen habe. Es hat wenig Sinn, davon zu träumen, dass eines nicht mehr fernen Tages zweistellige Zuwachsraten bei den Einnahmen des Landes Hessen zu verzeichnen seien und dass unsere Ausgabenöte und Einsparzwänge von magischer Hand gelöst würden. Dieser Tag wird nicht kommen. Durch- und Weiterwursteln in der Erwartung besserer Zeiten reicht nicht aus. Wir müssen die staatlichen Ausgaben insgesamt auf niedrigerem Ausgabenniveau erledigen. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir immer nur an zufälligen Punkten sparen können, dann wird es nie möglich sein, den Haushalt strukturell auf andere Beine zu stellen.

In bestehenden Strukturen ist es nur begrenzt, temporär und mit einer gehörigen Portion Bilanzkosmetik möglich, Grundsatzveränderungen herbeizuführen, es sei denn, die Qualität der Leistungserbringung wird gesenkt. Aber das wollen wir alle nicht. Wenn das so ist, dann ist es unausweichlich, eine Strukturveränderung in der Landesverwaltung herbeizuführen. Diese Strukturveränderung muss es leisten, dass vier scheinbar gegensätzliche Ziele gleichzeitig erreicht werden. Ich nenne es einmal das magische Viereck:

Erstens müssen wir es schaffen, weiterhin hoch qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeiter zu haben.

Zweitens brauchen wir die Konzentration des Staates auf die Aufgaben, die er erledigen muss, z. B. weil sie hoheitlicher Art sind

(Zustimmung des Abg. Armin Claus (SPD))

oder vom Staat besser als von Privaten erledigt werden können. Beides ist nötig, und da gibt es einen Nachholbedarf an Prüfung.

Drittens brauchen wir bessere Leistungen für die Bürger und viertens eine effizientere Erledigung staatlicher Aufgaben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich einige Stichworte nennen, die deutlich machen, was von der Landesregierung, unterstützt von der Koalition aus FDP und CDU, auf Hochtouren vorangetrieben wird, um diesen vier Zielen gerecht zu werden. Es ist sehr schwer, das zu erreichen. Das sieht man schon daran, dass die Vorgängerlandesregierung keines davon erreicht hat.

Ich nehme den Punkt neue Verwaltungssteuerung. Hier sind wir auf einem sehr positiven Weg. Mit dem Referenzmodell sind wir dabei, die ersten Dinge umzusetzen. Ich nehme das Beispiel Hessisches Competence Center – dort bleiben die Behörden nicht allein im Regen stehen, sondern sie werden in allen Fragen, die sich aus der Umstellung von der Kameralistik auf das kaufmännische Rech-

nungswesen ergeben, planmäßig beraten. Ich nehme das Hessische Immobilienmanagement, der Minister hat darauf hingewiesen. Ich nehme die Personalentwicklungsbörse und die Arbeitsgruppe Verwaltungsvereinfachung, die Abläufe vereinfachen und überlegen soll, was der Staat tun muss und, wenn er es tun muss, wie er es am besten tun kann.

Trotz schwieriger Bedingungen gelingt es mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. Einige Beispiele dafür will ich nennen: 13,3 Millionen Euro für die Einstellung von 600 weiteren Lehrern und 400 Studienreferendaren. Das wurde auch von der Opposition gelobt.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Traudl Herrhausen und Dr. Peter Lennert (CDU))

Wenn die Opposition gleichzeitig sagt, die Personalkostenquote sei zu hoch, dann hat das schon eine gewisse Pikanterie.

Der Hochschulpakt schafft Planungssicherheit

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

und ist ein mittelfristiges Bekenntnis zum Stellenwert der Hochschulen für die hessische Landespolitik. 54,4 Millionen Euro sind für den Straßenbau vorgesehen, auf einer Basis, die von Rot-Grün – eigentlich müsste man sagen: von Grün-Rot – bis zur Unkenntlichkeit heruntergefahren war.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel der Ehre, Herr Kollege! Grün ist die Hoffnung, wie Sie wissen, rot die Liebe und gelb der Neid – das sagen wir immer wieder!)

Das zeigt, dass wir in Hessen auf Mobilität setzen. Wenn immer gesagt wird, der Umwelthaushalt würde so weiter heruntergefahren, dann erlaube ich mir den Hinweis darauf, dass wir die Altlastensanierung mit 41 Millionen Euro ausgestattet haben. Das ist ein Rekordbetrag, den Sie trotz der Grundwasserabgabe niemals erreicht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass das Umweltministerium mit seiner neuen Besetzung mindestens ebenso gut wie bisher in der Lage sein wird, die Altlastensanierung als einen Schwerpunkt voranzutreiben.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Deichsanierungsmittel erneut aufgestockt werden und – weil Sie immer davon sprechen, wir würden die Energie vernachlässigen – dass die Förderung der Biomasse als ein Schwerpunkt der Politik dieser Landesregierung erhalten bleiben wird.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wo ist eigentlich die Landesregierung?)

Ich würde mir wünschen, dass in diesem Bereich mehr Kommunen und Behörden als bisher von den bereitgestellten Mitteln Gebrauch machten. Hier besteht ein Angebot, das nicht in optimaler Weise angenommen wird. Es kann aber niemand sagen, wir täten nichts, weiß Gott nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Verehrter Herr Kollege Kahl, ganz besonders toll finde ich, dass Sie der Landesregierung vorwerfen, sie würde Personal aus Mitteln der Grundwasserabgabe bezahlen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Das muss man sich wirklich einmal überlegen. Bekanntlich ist die Grundwasserabgabe bereits halbiert worden. Die Mittel sind sehr viel geringer als zuvor. Wir erinnern uns noch sehr deutlich an eine Landesregierung, die von Rot-Grün geführt wurde und die nicht weniger als 188,5 Stellen in der Wasserwirtschaftsverwaltung aus der Grundwasserabgabe bezahlt hat.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesem Punkt sollten Sie wirklich vollkommen still sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich fasse zusammen. Die Voraussetzungen, unter denen der Landeshaushalt aufzustellen ist, sind auf der Einnahmeseite weitestgehend durch die Bundespolitik fremdbestimmt. Nach der aktuellen Datenlage werden sich die Rahmenbedingungen für Hessen in den kommenden Jahren nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. Hessen wird den wirtschafts- und finanzpolitischen Irrwegen der gegenwärtigen Bundesregierung frühzeitig, soweit dies eben möglich ist, mit modernem Finanzmanagement begegnen, die Ausgaben auf das Unabweisbare begrenzen und sich dabei auf zukunftssträchtige Bereiche fokussieren, die Verwaltung modernisieren und dabei zugleich weitere Rationalisierungspotenziale ausschöpfen.

(Beifall bei der FDP)

Heilen kann Hessen die Berliner Fehlsteuerung allerdings nicht, wohl aber in gewissem Umfang mildern. Das wollen wir gern tun. Dabei helfen wir der Landesregierung nach bestem Wissen und Gewissen.

Unter denkbar schlechten Rahmenbedingungen und angesichts kaum prognostizierbarer zukünftiger Einnahmen ist es mit dem vorgelegten Haushalt gelungen, einen optimalen Kompromiss zwischen dem haushaltspolitisch Möglichen und dem für die Zukunft Hessens Erforderlichen zu schließen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was Sie hier unter „optimal“ verstehen, das schaudert einen!)

Die Zeit für Finanzpolitik ist nicht einfach – in diesem Jahr nicht, und im kommenden Jahr wird sie mit Sicherheit aufgrund externer Bedingungen und kaum beeinflussbarer Umstände noch schwerer werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle anderen sind daran schuld, nur wir nicht!)

Zum Glück liegen die hessischen Landesfinanzen in guten und erfahrenen Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Danke schön. – Das Wort hat Herr Abg. Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Haushalt der Trostlosigkeit – so haben wir ihn ge-

nannt, als ihn der Finanzminister vor gut einem Monat vorgestellt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Trostlosigkeit dieses Haushalts wird nur noch übertroffen durch die Trostlosigkeit der Rede, die wir eben vom Kollegen von Hunnius hören mussten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, was den Haushalt angeht, so ist die Qualifizierung „Trostlosigkeit“ allerdings – und das haben Sie, Herr Finanzminister, heute Morgen bewiesen – noch eine ausgesprochene Schmeichelei.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Der Haushalt 2002, wie ihn die Landesregierung vorgelegt hat, ist eine finanzpolitische Bankrotterklärung der Landesregierung und der sie tragenden Koalition.

(Michael Denzin (FDP): Ach Gott, ach Gott!)

Das Schlimme dabei ist, Sie sind wie immer nicht ansatzweise bereit, für das, was Sie uns hier vorlegen, auch die Verantwortung zu übernehmen. Sie suchen die Schuld bei anderen und reden drum herum.

Meine Damen und Herren, selten haben wir eine Haushaltsrede eines Finanzministers in diesem Hause gehört, die so wenig vom Landeshaushalt behandelt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister hat sich mit allen möglichen Themen beschäftigt. Zwischendurch hatte ich schon gedacht, ob er in der Tagesordnung verrutscht ist und die Jubelarien jetzt vorziehen wollte, die für heute Nachmittag unter dem Tagesordnungspunkt 33 stehen: Hessen als Jobmaschine. Aber das war wohl nicht der Fall. Sie haben sich nur nicht getraut, hier über den Haushalt zu reden.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reine Verzweiflungstat!)

Meine Damen und Herren, wir kennen es schon: Die Vorgänger, zurück bis zu Karl dem Großen, die Bundesregierung, die EU, die Weltpolitik, das Wetter oder der Kollege von Plottnitz – auf jeden Fall ist nie die Landesregierung schuld für das, was sie tut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Landesregierung ist einfach ganz toll. Sie strahlt so stark und blendet dadurch derart, dass sie die Realität überhaupt nicht mehr wahrnehmen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Herr Ministerpräsident, vielleicht sagen Sie einmal Ihren Kollegen – es ist für das Land Hessen bestimmt keine Freude, aber leider eine Tatsache –: Sie regieren. Wenn Sie regieren, dann müssen Sie auch für das, was Sie tun, die Verantwortung übernehmen und hier die Gründe für das, was Sie tun, darstellen, anstatt sie immer bei anderen zu suchen.

(Norbert Kartmann (CDU): So ist es! Hessen ist vorn, und das verantworten wir!)

Meine Damen und Herren, für die miserable Bilanz, die uns dieser Haushalt präsentiert, sind die Landesregierung

sowie CDU und FDP hier im Hessischen Landtag verantwortlich und sonst überhaupt niemand.

(Norbert Kartmann (CDU): Bis jetzt hat er noch nichts gesagt!)

– Herr Kartmann, ich gehe auf die Rede des Finanzministers ein. Sie hätten heute Morgen zuhören sollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen, wie der Finanzminister geradezu dreist von den finanzpolitischen Problemen ablenken will und sich in wirtschaftspolitischen Elogen seiner angeblich so tollen Landesregierung ergeht.

(Norbert Kartmann (CDU): Beweise!)

Es handelt sich um den Aspekt der Anzahl der Beschäftigten im August des Jahres 2001. Meine Damen und Herren, dafür ist natürlich die Landesregierung verantwortlich, denn das ist eine schöne Zahl. Aber haben Sie eigentlich vergessen, wann in diesem Jahr in Hessen die Ferien zu Ende waren, während sie in anderen Bundesländern noch andauerten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jeder weiß doch, dass am Ferienende die Beschäftigung immer ansteigt. Wenn es also ausnahmsweise einmal richtig wäre, dass die Vorgänger daran schuld sind, dann war es in diesem Fall der Kollege Holzapfel mit seinen langfristig festgelegten Ferienterminen, aber gewiss nicht diese Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Beispiel dafür, wie Sie versuchen, sich fremde Federn an ihren eigenen Hut zu stecken, das aber, was Sie selbst zu verantworten haben, anderen in die Schuhe zu schieben.

(Norbert Kartmann (CDU): Was ist denn im nächsten Monat, Herr Kaufmann?)

Ein solcher Auftritt ist abgeschmackt. Es ist genau das selbe wie schon im letzten Jahr.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Herr Finanzminister, was Sie hier vorgetragen haben, ist extrem enttäuschend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kartmann (CDU): Zur Sache!)

Ich darf zitieren, was unser ehemaliger Kollege, mein lieber Freund Alexander Müller, vor ziemlich genau einem Jahr, nämlich am 20. September 2000, hier gesagt hat:

(Norbert Kartmann (CDU): Ihr haltet die gleichen Reden wie damals!)

Herr Finanzminister, ich fand Ihre Rede enttäuschend, weil Sie an keiner Stelle den Mut aufgebracht haben, auf die nach wie vor vorhandenen fundamentalen Probleme des Landeshaushalts hinzuweisen. Was ist denn das für ein Finanzminister, der bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs alle Zahlen schönredet, ohne darauf zu verweisen, welche großen Konsolidierungsanstrengungen es in den nächsten Jahren bedürfen wird, um den Landeshaushalt so umzubauen, dass er zukunftsfähig sein wird und dass er hinsichtlich der Gerechtigkeit

zwischen den Generationen wirklich zu verantworten sein wird.

Genau der gleiche Satz gilt in der Tat heute mehr denn je.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, nur: Eigentlich hätten Sie nach der Debatte vom letzten Jahr etwas weiter sein und dies berücksichtigen müssen.

(Norbert Kartmann (CDU): Stellen Sie sich vor, die Ferien sind vorbei und die Zahlen bleiben! Was machen Sie denn dann?)

Meine Damen und Herren, es kommt hinzu – es ist erwähnt worden –: Die scheußlichen Ereignisse vom 11. September 2001 sind vom Finanzminister mit keinem Wort erwähnt worden. Wie wir heute der Zeitung entnehmen können: Andere, die sich um Finanzen sorgen, sind längst so weit, sich darüber Gedanken zu machen. Selbst wenn Sie sagen, dass der Haushalt vorher vom Kabinett verabschiedet worden ist, ist doch wenigstens ein Hinweis nötig, an welcher Stelle zusätzliche Risiken zu erwarten sind und wie Sie beabsichtigten, damit umzugehen. Nichts von dieser Art haben wir gehört.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie werden es uns jetzt sagen!)

Das bedeutet: Sie machen offensichtlich die Augen zu und stecken den Kopf in den Sand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe Verständnis dafür, dass Sie nicht viel sagen wollen, denn – wie schon angemerkt – Ihre Bilanz ist desaströs.

(Norbert Kartmann (CDU): Beweise!)

– Herr Kartmann, wir gehen es jetzt einzeln durch.

(Norbert Kartmann (CDU): Sehr gut!)

Kommen wir zu dem ersten Punkt: die Entwicklung der Schulden und die Kreditaufnahme des Landes. Wir haben hier gar gehört: die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 22 Jahren. Meine Damen und Herren, die Rückführung von dem vergangenen Jahr auf dieses Jahr ist ausgesprochen mickrig. Es sind noch nicht einmal 2 %. Damit werden Sie in Hessen auch langfristig keine Entschuldung des Landes erreichen. Wie es Ihnen Kollege Müller letztes Jahr schon gesagt hat: Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik. 26 Millionen DM weniger Nettokreditaufnahme entsprechen überhaupt nicht einer Planung, in der behauptet wird, im Jahre 2007 oder 2008 – was auch immer; das ist ganz egal – sei die Nettoneuverschuldung auf null gebracht. Ihre Finanzplanung weist aus, dass sie zwischenzeitlich sogar wieder steigen soll.

Meine Damen und Herren, natürlich ist jeder Finanzminister froh und er wird es auch darstellen, wenn die Nettokreditaufnahme zurückgeht. Bei solch mickrigen Beträgen sollte man sich in der Tat aber nicht so feiern lassen. Denn man darf eines nicht vergessen: Nach Ihrer eigenen Finanzplanung steigen die Schulden des Landes im Zeitraum der Finanzplanung insgesamt bis 2005 auf dann 51,5 Milliarden DM weiter an. Letztes Jahr sagte Kollege Müller schon, die 50-Milliarden-DM-Grenze werden wir demnächst überschreiten. Sie bestätigen das mit Ihren Daten, die Sie jetzt erneut vorlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen doch zeigen, dass wir ernsthafte Anstrengungen unternehmen, den Schuldenberg wieder abzubauen und nicht an nächste Generationen weiter zu vererben.

(Norbert Kartmann (CDU): Die Schuldenmacher wollen uns Ratschläge geben! Das sind die Richtigen!)

Das kann man doch nicht, wenn man mit diesen Schritten vorgeht und wenn man dann noch meint, das sei eine besonders gute Finanzpolitik. Eine Betrachtung des Haushalts zeigt: Diese Regierung hat die Haushaltskonsolidierung aufgegeben. Die Rückführung der Kredite wird nicht gesteigert, was notwendig wäre, um ein Ziel zu erreichen, das sich bei jeder privaten Rückzahlung von Krediten ergibt. Nein, Sie drosseln die Rückführung erneut. Damit werden Sie die Schulden nicht abbauen.

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht in der Lage sind, das Schuldenwachstum wenigstens relevant zu drosseln, wenn es der Einnahmesituation in Hessen nicht schlecht geht, dann ist diese Finanzierungsbilanz ein Grund zu tiefer Scham, Herr Finanzminister, und keineswegs ein Grund, hier stolz etwas zu verkünden und sich dann auf die letzten 22 Jahren zu beziehen. Sie versuchen immer genau eine Sache herauszupicken. Sie vergessen nämlich immer die Gesamtschau der Dinge, die Finanzrahmenbedingungen in der Vergangenheit.

Theo Waigel ist ein Name, an den wir uns alle mit Schauern erinnern.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erinnern uns an die schwarzen Löcher, an die Goldfingeraktion und anderes mehr, woran nur stichwortartig erinnert sein soll. Theo Waigel hat dafür geradegestanden, dass die Einnahmen des Landes von Steuertermin zu Steuertermin zurückgingen, und wir haben seinerzeit darauf reagieren müssen. Jetzt ist die Situation anders; aber darauf komme ich noch.

Eines müssen wir bei der Betrachtung der Schuldenentwicklung aber sehen: Eine nachhaltige Finanzpolitik ist für Sie offensichtlich ein Fremdwort. Denn Konsolidierung heißt neben Begrenzung und Rückführung des Schuldenmachens natürlich auch Ausgabendisziplin.

Deswegen schauen wir uns die Ausgaben, insbesondere die, die langfristig wirken, genauer an. Der größte Brocken innerhalb der Ausgaben sind selbstverständlich die Personalausgaben. Bereits im letzten Jahr – ich darf die Aussage des Kollegen Müller vom letzten Jahr noch einmal zitieren –: „So konnten wir Ihnen nachweisen, dass Sie mit Tricks arbeiten“.

Bisher ist es Ihnen nur durch einen zulässigen – ich betone das Wort – Haushaltstrick gelungen, die Personalausgaben scheinbar zu senken. Wenn man die ausgegliederten Bereiche der Hochschule einberechnet, kann man feststellen, dass die Personalkosten weiterhin ungebremst ansteigen.

Meine Damen und Herren, nach der Debatte im vergangenen Jahr müsste man eigentlich annehmen, dass sich der Finanzminister das gemerkt hat und dieses Jahr an uns und die Öffentlichkeit mit einer richtigen Personalausgabenquote herangetreten ist. Aber: weit gefehlt. Auf der Pressekonferenz am 24. August wurde eine Personalkos-

tenquote von 41,9 % für das Haushaltsjahr 2002 ausgewiesen. Die Kosten des Personals an den Hochschulen waren erneut nicht enthalten. Journalisten haben dann nachgefragt. Herr Weimar, Sie haben in der Pressekonferenz einräumen müssen, Sie könnten die Zahl überhaupt nicht nennen, da sie nicht eingerechnet sei.

Ich sagte schon: Formal mag es korrekt sein, weil die Ausgaben, die an die Hochschulen gehen, nicht mehr in der Hauptgruppe 4 stehen. Es kann aber doch niemand leugnen, dass mit diesem Geld nach wie vor Personal in der Verantwortung des Landes beschäftigt wird. Deshalb ist es richtig, dass es den Personalausgaben zugerechnet wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man in den Haushalt hineinschaut und das mit hinzurechnet – das kann man im Einzelnen tun –, dann stellt man fest, dass die Personalkostenquote jetzt bei rund 47 % gelandet und damit erneut angestiegen ist – also: das Gegenteil von dem, was uns hier weisgemacht wird.

Ich will Ihnen die Rechnung nicht im Detail vortragen. Aber die unrealistisch hoch angesetzten Einnahmeverbesserungen in den Klinika, die bei der Betrachtung der Hochschulausgaben insgesamt eine Rolle spielen, machen es zweifelhaft, ob die von mir genannte Zahl von 47 % nicht noch einmal erheblich überschritten wird.

Meine Damen und Herren, verbunden mit den Personalausgaben kommt ein zweites Thema auf uns zu: die Pensionslasten. Teilweise sind die Personalausgaben periodenkorrekt und teilweise in die Zukunft verschoben im Haushalt aufgeführt. Das heißt, die Pensionslasten der Beamten werden bekanntlich nicht gleich etatisiert, sondern erst dann, wenn sie für die Versorgung anstehen, das heißt nach vielen Jahren. Bei der Koalition – das war in Debatten hier immer wieder Konsens – gab es den Ansatz, dass man in der Tendenz die Zahl der Beamten verringern, und die Zahl der Angestellten, für die man den Aufwand der Altersversorgung periodenkorrekt mit etatisiert und bezahlt, entsprechend steigern sollte.

Nun schauen wir in den Haushaltsentwurf 2002. Die Zahl der Stellen und Planstellen wird insgesamt um 1,3 Promille – das hat nichts mit Trinken zu tun – reduziert. Das ist wahrlich nicht viel. Die Zahl der Planstellen, das heißt der zukünftig zusätzlich vorgesehenen Beamten, steigt aber siebenmal so viel wie diese Reduktionsrate. Das ist Tatsache.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Damit steigt der Anteil der Planstellen von 67 auf 67,7 %, berechnet auf alle Stellen, die im Haushalt ausgewiesen sind. Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil von dem, was alle gemeinsam hier als Zielrichtung definiert haben. Dazu hat der Finanzminister aber auch nichts gesagt. Wir haben uns schon in der Vergangenheit damit beschäftigt – das Thema ist insofern nicht neu. Im Haushaltsausschuss wurde auch schon im letzten Jahr nachgefragt, warum z. B. die neu eingestellten Lehrer nicht als Angestellte, sondern als Beamte beschäftigt werden. Die Antwort des Finanzministers war: Das spart uns 100 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, wer diesen Begriff des Sparens hat, wer die Lasten auf die Zukunft verschiebt, der ist in der Tat als Finanzminister eine deutliche Fehlbesetzung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist nicht nur der Aspekt, dass Sie denjenigen gegenüber ungerecht sind, die jetzt die Leistung empfangen, Sie aber nicht voll bezahlen müssen und weitere Zahlungen künftigen Generationen überlassen.

Durch die Verschiebung wird der Aufwand in Zukunft auch noch größer, wie wir wissen. Das heißt, es wird dadurch, dass Sie diese Aktion machen, auch noch teurer.

Deswegen gab es auch, von allen Fraktionen unterstützt, dahin gehende Aktivitäten, dass man, wenn man schon weiterhin Beamte braucht – und für bestimmte Bereiche würde das niemand bestreiten –, auch periodengerecht mit dem Kostenaufwand, den diese Stellen ausmachen, umgeht, sprich: dass man eine Pensionsrücklage tatsächlich schafft.

Nach den Erkenntnissen aller Fachleute wachsen die Pensionslasten, wie Sie wissen, weiterhin so stark, dass sie zu einem immer größer werdenden Problem werden. Das haben mittlerweile alle erkannt. Deshalb müsste von einem soliden Finanzpolitiker jetzt rechtzeitig Vorsorge getroffen werden. Es ist fast schon zu spät, aber das ist überfällig. Das hat Finanzminister Weimar durchaus auch erkannt. Im November vergangenen Jahres hat er öffentlich vorgestellt, was man in Hessen jetzt an Vorarbeiten für eine kapitalgedeckte Pensionsvorsorge schon gemacht habe, und er hat gesagt, dass diese Arbeiten Ende 2000 abgeschlossen sein sollten. Er hat Folgendes angekündigt – ich zitiere wörtlich aus einer Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 13. November 2000:

Neben dieser gesetzlichen Verpflichtung planen wir in Hessen ab 2002 den Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge bei neu eingestellten Beamten.

Sehr verehrter Herr Finanzminister, ein Blick in den von Ihnen vorgelegten Landeshaushalt lässt die Frage aufkommen: Ja, wo ist sie denn?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es findet sich überhaupt nichts von dieser Ankündigung im Haushaltsentwurf der Landesregierung. Das wäre insgesamt nach den Beurteilungen, die die Kultusministerin in den Schulen immer wieder neu verschärft durchsetzt, allemal die Note ungenügend. Der blaue Brief „Versetzung ausgeschlossen“ folgt unmittelbar danach.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Denn genau das – der Öffentlichkeit zu erklären, man werde etwas tun, und sich dafür feiern zu lassen, aber weder auch nur einen Ansatz einer Bemühung zu zeigen, noch eine Erklärung dafür zu geben, warum man dies nicht getan hat, sondern schlicht und einfach zu versuchen, das zu verstecken – ist als ungenügend zu qualifizieren. Das ist noch freundlich ausgedrückt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man könnte nun meinen, jetzt sei es endlich genug. Aber der Haushalt hat weitere katastrophale Aspekte, die nicht unerwähnt bleiben können. Ich hatte das mit Zwischenrufen bei der Eloge des Kollegen von Hunnius schon angemerkt. Schauen wir uns die Investitionsquote an. Sie gilt, wie wir wissen, bei Finanzpolitikern immer – und das nicht zu Unrecht – als Qualitätsmaß für einen Haushalt, weil In-

vestitionen, so sie richtig vorgenommen werden, die Basis für den Erfolg, manche sprechen auch vom Wohlstand, der Zukunft darstellen. Also soll und muss auch der Staat sich an der Gestaltung der Zukunft mit Investitionen beteiligen. Gerade die FDP ist immer der selbst ernannte Ritter für die Investitionsquote. Allerdings das, was Sie, Herr von Hunnius, heute abgeliefert haben, war eher der Ritter von der traurigen Gestalt. Es gehe eben nicht anders – so ähnlich waren die leicht verdrückten Hinweise.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! Das wird immer frecher!)

Ein wahres Trauerspiel ist die Festsetzung der Investitionsquote im Jahr 2002 in der Tat, Herr Kollege Lortz. Sie freuen sich zu früh. 1999 waren es 9,4 %, ebenso im Jahr 2000. 2001 sind es etwas über 10 %, aber nicht aufgrund ehrlicher Investitionen, wie wir wissen, sondern durch die Geldverschiebung mit der Helaba. Wir haben das gehört. Letztes Jahr wurde das übrigens anders dargestellt. Diese Geldverschiebung war haushaltstechnisch formal korrekt, war aber, wie jeder weiß, keine Investition im eigentlichen Sinne. Dieses Jahr sind es 9,8 %. Die 9,4 % waren der historische Tiefststand. Die 9,8 % sind kaum besser. Wenn man hinterher die Abwicklung betrachtet – damit haben wir auch Erfahrungen –, dann werden die 9,8 % im Zweifelsfall auch noch unterschritten. Das ist die schlechteste Investitionsbilanz, die eine hessische Regierung je hatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir, die GRÜNEN, werden immer als Feinde von Technik, Fortschritt und Investitionen beschimpft. Aber unter Rot-Grün war in schwierigsten Zeiten – erinnert euch an die Haushaltslöcher unter Theo Waigel – die Investitionsquote in Hessen nie unter 10 %.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bringen sie nicht darüber, auch nicht in viel besseren Zeiten. Herr Kollege Lortz, da würde mir an Ihrer Stelle in der Tat das Grinsen ganz schnell vergehen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es! Recht hat er! – Norbert Kartmann (CDU): Nicht so laut!)

Auch das ist noch nicht der Schluss der Schlange. Denn mit diesem Haushalt, der, was seine finanzpolitischen Daten angeht, schon so deprimierend aussieht, ist noch nicht Schluss. Sie müssen schon vor Beginn des Haushaltsjahres einräumen, dass Sie das Geld im Haushalt falsch verteilt haben. Genauer gesagt haben Sie zu viel verteilt. In § 17 des Haushaltsgesetzes steht eine Haushaltssperre von 200 Millionen DM. Das ist der elegante Versuch, eine formal korrekt etatisierte globale Minderausgabe zu vermeiden und uns als Parlament – Kollege Kahl hat schon darauf hingewiesen – die Möglichkeit zu nehmen, dort Einfluss zu nehmen und darüber Klarheit zu bekommen. Das wird nämlich unter der Decke gehalten. 200 Millionen DM sind gesperrt. Hinzu kommen die globalen Minderausgaben im Personalsektor in der Hauptgruppe 4. Auch dies ist doch nichts anderes als der Ausweis dafür, dass Sie den Haushalt nicht hinbekommen haben. Das ist eine völlig ungenügende Leistung.

Ich hatte eingangs schon angemerkt: Ihre Regierung und die Koalition versuchen natürlich, andere für dieses Desaster verantwortlich zu machen. Aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass die Zahlen Sie als die Verantwortlichen eindeutig überführen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, aber ich möchte es unterstreichen:

Schauen wir uns doch noch einmal die Einnahmen des Landes genauer an. In dem Haushaltsentwurf ist eine Steigerung der Steuereinnahmen des Landes von 4,1 % gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Das ist doch eine gute Zahl. Ich kann nur sagen, dass ich mich gefreut hätte, wenn wir in jedem Jahr, in dem ich an Haushaltsberatungen beteiligt war, Steuerzuwächse von 4,1 % gehabt hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Die Hälfte hätte uns gereicht!)

Damit kann man in der Tat vernünftig wirtschaften. Sie versuchen, sich hinter dem Länderfinanzausgleich zu verstecken. Aber die 4,1 % ergeben sich nach Abzug der Mittel für den Länderfinanzausgleich.

(Gerhard Bökel (SPD): Eben!)

Sie haben überhaupt nichts damit zu tun. Der Länderfinanzausgleich ist schon abgezogen. Das heißt, das ist das Geld, das tatsächlich in Hessen in der Kasse bleibt. Damit müsste ein Haushalt doch vernünftig finanzierbar sein. Aber nein, Sie schaffen es nicht. Sie müssen gleich eine Haushaltssperre und zusätzliche globale Minderausgaben in das Gesetz schreiben. Sie haben eine Investitionsquote unter aller Kanone. Dann stellt sich der Finanzminister noch hierhin – Herr von Hunnius tut es ähnlich – und lobt diesen Haushalt. Das ist in der Tat eine miserable Arbeit, die Sie hier vorgelegt haben. Das ist überhaupt nicht dabei hilfreich, das Land Hessen nach vorn zu bringen, oder auch nur das abzusichern, was wir bisher erreicht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich empfand es als noch eine Stufe dreister, dass der Finanzminister jetzt auch noch jenseits des Länderfinanzausgleichs die Zerlegungsproblematik einführt, was auch den Eindruck vermittelt, dem Land Hessen würde damit Geld weggenommen, das ihm eigentlich gehört.

(Frank Lortz (CDU): Ja, ja!)

Das ist ungefähr so, wie wenn ein Bankier davon ausgeht, dass die Einlagen bei ihm auch ihm gehören. Das ist eben nicht der Fall. Vielleicht kapierten Sie das irgendwann einmal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn hier in Hessen der Sitz vieler Firmenzentralen ist – nicht nur im Bankenbereich, sondern auch darüber hinaus –, worauf Sie doch ganz besonders stolz sind, dann ist doch völlig klar, dass das Geld, das wir hier formal einnehmen, nicht uns selbst gehört, sondern nach den Zerlegungsmaßstäben auch anderen, und dass wir uns das deshalb nicht zurechnen können. Denn wir leben in einer rechtlich geordneten Finanzwelt. Deswegen sollte man als Entschuldigung für das eigene Unvermögen hier nicht solche Träumereien präsentieren und die Menschen mit Zahlen – es war von bis zu 12 Milliarden DM die Rede – täuschen, sodass der Eindruck entsteht, das Land Hessen wäre die Insel der Seligen, wenn nur die anderen nicht so böse wären. Genau das ist falsch. Hessen könnte wesentlich besser dastehen, als es das tut, wenn die Regierung wesentlich besser wäre, als sie ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das letzte Haushaltsjahr, das Rot-Grün zu verantworten hatte, war 1998. Seitdem sind die Einnahmen des Landes

aus Steuern um fast 10 % gestiegen. Damit ist die zweistellige Steigerungsrate fast erreicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Davon hätten wir geträumt!)

Wer mit diesen Möglichkeiten so umgeht, wie Sie das tun, hat unserer Meinung nach abgewirtschaftet. Ich habe schon betont, dass die Haushaltssperre ein deutliches Zeichen dafür ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben keine strukturellen Veränderungen im Haushalt geschaffen, sondern Sie wurschteln so weiter. Die Investitionen befinden sich auf einem Tiefstand. Was Pensionsrücklagen angeht, haben Sie nichts vollbracht. Sie haben die Personalausgaben nicht in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren, die – beinahe hätte ich „schwarz-grüne“ gesagt – schwarz-gelbe Koalition

(Gerhard Bökel (SPD): War das eine freudsche Fehlleistung? – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

– bei der Finanzpolitik lockt uns da nichts, Herr Kollege Lortz, nur keine falsche Freude – hat eine tief traurige Bilanz für unser Hessenland vorgelegt. Insofern passt das auch zu der Farbe schwarz. Der erste und beste Beweis dafür ist dieser Haushalt. Das Einzige, was Sie im Augenblick noch rettet, ist, dass die Allerwenigsten dieses Zahlenwerk mit den vielen Bänden genauer durchgehen. Das würde nämlich allen die Augen öffnen.

Meine Damen und Herren, in der ersten Lesung eines Haushaltsentwurfs findet traditionell und richtigerweise zunächst die Auseinandersetzung über die finanzpolitischen Eckdaten statt. Das habe ich gerade betrieben. Dennoch ist noch auf einige wichtige inhaltliche Themen Bezug zu nehmen, wie es die Vorredner ja auch gemacht haben. Damit kann natürlich nicht die Detailbehandlung der zweiten Lesung vorweggenommen werden. Aber ich denke, es ist nötig, und ich will wirklich nur ganz wenige Punkte herausgreifen und die dann betonen.

Hessen soll ein kinderfreundliches Land werden, und die „Familienpolitische Offensive“ – eine der vielen Offensiven, die sich diese Landesregierung ans Revers heftet – soll alle mitreißen. So wird es von Koch, Mosiek-Urbahn, Lautenschläger, und wie sie demnächst noch alle heißen werden, verkündet.

Das sind die nüchternen Fakten: Im Jahr 1998 – im letzten Jahr unter rot-grüner Verantwortung – gab das Land Hessen 57,6 Millionen Euro für Kinderbetreuung aus. Dann kamen die christlichen Familienpolitikerinnen. Im Jahre 1999 waren es nur noch 54,8 Millionen Euro bzw. 4,9 % weniger.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

Im Jahre 2000 waren es nur noch 3,6 Millionen Euro. Ihr habt euch nicht verhört: 3,6 Millionen Euro oder 93,7 % weniger als im Jahre 1998.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Im Jahre 2001 waren es 8,1 Millionen Euro, d. h. immer noch 85 % weniger als im letzten Jahr unter rot-grüner Verantwortung.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lässt man sich dafür feiern!)

Im kommenden Jahr sollen es laut Haushaltsentwurf 9,9 Millionen Euro sein. Das sind immer noch 82,8 % weniger als im letzten Jahr von Rot-Grün.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein Skandal!)

Aber Sie reden von einem kinderfreundlichen Land und von der „Familienpolitischen Offensive“, und Sie versuchen, sich dafür loben zu lassen, denn die Steigerung von 8,1 Millionen Euro im letzten Jahr auf 9,9 Millionen Euro im kommenden Jahr sei doch sehr erheblich.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein Witz!)

Meine Damen und Herren, so sind die Zahlen. Das ist das Geld, das das Land Hessen aus der eigenen Schatulle für die Kinderbetreuung bereitstellen will. Entgegen Ihrer immer wiederholten Sprechblasen sind Sie offensichtlich zu kaum etwas bereit. Ich denke, es ist deutlich, dass Sie sehr, sehr viel schlechter sind als die Rot-Grünen, die Sie immer beschimpfen.

Zweiter Punkt. Für den Ministerpräsidenten ist das Thema dieses Sommers – Wisconsin lässt grüßen – die Sozialhilfe. – Er scheint, wie der Großteil seiner Regierung, auch schon vor seinem Haushalt geflohen zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich werde es trotzdem sagen: Roland Koch wechselt chameleonartig die Farbe. Repression hier, Hilfe dort. Von sehr bescheidenen Lebensverhältnissen spricht er am Stammtisch der Stahlhelmer, von gezielten Hilfsangeboten dagegen beim Kaffeekränzchen der Sozialpolitiker. So agiert er. Hauptsache, es gibt eine Schlagzeile.

Aber was hat er denn tatsächlich vor? Der Blick in den Haushalt zeigt es. Er hat vor, nichts zu tun, denn der Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 enthält keine Mittel, um Hilfsangebote zu organisieren und um die Kommunen, geschweige denn die betroffenen Menschen, zu unterstützen. Ich denke, das entlarvt deutlicher als vieles andere die Haltung des Ministerpräsidenten. Das sind nur Sprüche, um die Menschen zu verschaukeln. Getan werden soll nichts; zumindest will sich das Land überhaupt nicht engagieren. Deshalb schiebt man ganz schnell an andere – vom Bund bis hin zu den Kommunen – das ab, was man am Stammtisch zu tun verkündet hat.

Meine Damen und Herren, eines sollte man doch aus der Reise nach Wisconsin gelernt haben – es sind ja einige Kolleginnen und Kollegen mitgereist; mir haben es zumindest die Teilnehmer der Fraktion der GRÜNEN erzählt -: An erster Stelle steht – das ist die größte Anstrengung des Staates –, Programme für konkrete Hilfen anzubieten. Erst wenn diese Hilfen, ohne dass es dafür plausible Gründe gibt, abgelehnt werden, kann Druck ausgeübt werden.

Die ganze Diskussion, die der Ministerpräsident angefangen hat, steht und fällt damit, dass man konkrete Hilfsangebote aufbaut. Wenn man nicht bereit ist, dafür auch nur eine Mark – oder im nächsten Jahr einen Euro – auszugeben, wird man keine Hilfsangebote aufbauen können. Demzufolge hat man auch nicht ernsthaft vor, das Problem zu lösen.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN schauen natürlich nicht nur nach den Herzensthemen der Regierung, sondern auch nach unseren. Ich denke, dazu gehört logischerweise die nachhaltige Politik. Das ist nicht nur, aber auch die Umweltpolitik. In der Umweltpolitik sieht es, wie schon in den letzten Jahren, weiterhin trostlos aus. Aber

wer hätte etwas anderes erwarten können? Die Umweltpolitik dümpelt vor sich hin. Die Programmebene „Umwelt“ hat weniger Geld zur Verfügung als vor zwei Jahren, ebenso wie die Programmebenen „Forst“ und „Naturschutz“. Überall wird es weniger Geld geben. Selbst die Mittel für die Herzensangelegenheit unseres Umweltministers – auch bekannt unter dem Namen „Kettensägen-Wilhelm“ –, nämlich die Landwirtschaft, weisen eine zweistellige Minusrate gegenüber dem Vorjahr auf. Ja, was machen Sie denn eigentlich? Es kann doch gar keinen Spaß machen, dieses Ressort zu verwalten.

Wenn ich mir die Gesichter der Kollegen von der CDU-Fraktion und die leeren Bänke ansehe, muss ich feststellen, es ist durchaus berechtigt, dass fast alle flüchten und dass die, die noch hier sind, in Grabesstimmung sind. Bei dem Haushalt würde mir das auch so gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Auch die Bildung ist unter den Stichwörtern „Zukunft“ und „Nachhaltigkeit“ zu betrachten. Darauf haben schon andere hingewiesen. Meine Kollegin Sarah Sorge hat gestern in der Debatte über die Zukunft der Hochschulen schon einiges dazu gesagt. Ich will die Debatte hier keineswegs wiederholen, aber eines ist Fakt und gehört auch zum Haushalt: Die 120 Millionen Euro für den Hochschulpakt sind keine festen Zahlen im Haushalt oder in der Finanzplanung. Sie sind ein ungedeckter Wechsel und nichts als nebulöse Versprechungen.

Meine Damen und Herren, bei dieser Landesregierung sollten wir uns keinen Illusionen darüber hingeben, was von diesen Versprechungen zu halten ist. Ich sage ganz klar, dass nichts davon zu halten ist. Auch der sehr lautstarke Auftritt der Wissenschaftsministerin gestern kurz vor Sitzungsende wird an dieser Tatsache – das sage ich aus meiner Sicht – inhaltlich bedauerlicherweise nichts ändern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, bei der Betrachtung des Haushaltsentwurfs möchte ich Ihnen doch einen Lichtblick nicht vorenthalten. Diesen Lichtblick hat mir mein Freund und früherer Kollege Alexander Müller verschafft. Der Lichtblick besteht nämlich darin, dass Alexander Müller Recht behalten hat.

(Zurufe von der CDU)

Im letzten Jahr hat er hier vorgetragen:

Das Polizeipräsidium Frankfurt wird zum zweiten Mal verkauft – virtuell, versteht sich. Im laufenden Haushalt 2000

– wie gesagt, das bezog sich auf das letzte Jahr –

sind dies Einnahmen von 200 Millionen DM plus X bereits etatisiert. Im Haushalt 2001 taucht plötzlich wieder „Verkauf des Polizeipräsidiums Frankfurt“ auf, Einnahmen 200 Millionen DM plus X. Jetzt frage ich Sie

– das fragte er damals –:

Soll das im Entwurf des Haushalts 2002 noch einmal auftauchen? – Am besten wäre es nach dieser Logik, das Ding nie zu verkaufen, aber die Einnahmen jedes Jahr virtuell in den Haushalt einzustellen. Dadurch kann man eine ganze Menge an Einnahmen gutmachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unser Nachfragen hat ergeben, dass der Verkauf des Polizeipräsidiums in den 171,5 Millionen Euro bei der Haushaltsstelle Kap. 17 04 Titel 131 01 wieder mit drin steckt, wenn auch nicht offen ausgewiesen. Diese Haushaltsstelle heißt – damit Sie es auch nachschlagen können –: Erlöse aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen. Die Frage wurde dann folgendermaßen beantwortet: Na ja, Sie wissen schon, man wird es nur abschnittsweise verkaufen können, nicht auf einen Rutsch. – So war die Auskunft, die wir erhalten haben.

Meine Damen und Herren, noch besser als der Vorschlag des Kollegen Alexander Müller und der Qualität Ihrer Finanzpolitik angemessen ist es, das Ding jährlich im Haushalt zu verkaufen und es am Ende des Jahres doch noch zu besitzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Weimar, Sie arbeiten damit nach der Methode des Taubenhändlers: Morgens verkauft, abends zurück im Schlag. – Dies ist ein finanzpolitisches Perpetuum mobile, das allerdings, wie Sie vielleicht selbst merken, nur von satirischer Qualität ist.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu einem letzten Highlight kochscher Politik im Entwurf des Haushaltsgesetzes. Dies betrifft die Förderung des Ehrenamtes. Wir bezeichnen dies lieber als bürgerschaftliches Engagement. Wir haben festgestellt, dass die Steuereinnahmen des Landes von 1998 bis zum Jahre 2002 um rund 10 % steigen werden. Den Destinatären der Sportwetten und Lotterien in Hessen gönnt diese Koalition aber nur 3 % mehr. Doch genau das betrifft die Organisationen, in denen ehrenamtliches Engagement stattfindet. Allen voran geschieht dies bei dem Landessportbund und bei der Liga der Freien Wohlfahrtspflege. Meine Damen und Herren, von uns und auch von den Verbänden wird doch niemand mehr auch nur einen Pfifferling auf die Veranstaltungen und Reden des Ministerpräsidenten und seiner Leute geben, die einen riesigen Buhai um das Ehrenamt machen und dafür sehr viel Lob aussprechen, aber, wenn es darauf ankommt, dann doch sagen: Wir behalten das Geld lieber beim Staat und geben es nicht für das ehrenamtliche Engagement. – Wer ehrenamtliches Engagement tatsächlich so bewertet, wie die Vertreter der Regierung vorgeben, es zu tun, der muss doch eher mehr ausgeben, als er sich für die Staatstätigkeit zurückbehält, und nicht so deutlich weniger. Denn die freien Mittel, die die Destinatäre erhalten, sind doch genau die, die für das ehrenamtliche Engagement eine unverzichtbare Unterstützung darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann und Barbara Bergelt (SPD))

Auch hier beweist der Entwurf des Haushaltsplans, dass das Gegenteil von dem der Fall ist, was Ihre wohlfeilen Sprüche immer andeuten und was Sie versuchen, den Leuten weiszumachen. Ich nenne dies in aller Klarheit eine Politik der Verlogenheit,

(Frank Lortz (CDU): Na, na!)

die auf allen Ebenen auf Unwahrhaftigkeit setzt. Das gilt nicht nur für den Haushalt dieses Landes. Das gilt ebenso für die gesamte Finanzpolitik. Offensichtlich ist dies die Linie des Möchtegern-Kanzlerkandidaten Roland Koch. Er fordert, die nächsten Stufen der Steuerreform sollten

vorgezogen werden. Er fordert zusätzliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. So kann man es in den Gazetten lesen. So ereifert er sich in Zeitungskolumnen und von der Mattscheibe. Seinen eigenen Haushalt kann er aber noch nicht einmal auf der Basis der höheren Einnahmen solide finanzieren, von denen er möglichst rasch etwas weggeben will.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, was glauben Sie eigentlich, was von so einer Politik der Verantwortungslosigkeit, von so einer Präsentation virtueller Kraftakte bei realer Unfähigkeit zu halten ist?

(Heiterkeit des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Sie selbst machen das offensichtlich alles mit. Für Sie ist es die Verheißung einer Politik. Für uns ist es eher der Weg in die Katastrophe Hessens.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist das, was die Landesregierung und die Koalitionäre präsentieren – angefangen vom Ministerpräsidenten über die Kabinettsmitglieder bis zu Ihrem letzten Sprecher aus Froschhausen –, der Versuch, die Menschen innerhalb und außerhalb der Politik mit barocker Rhetorik hinter Licht zu führen und Roland den Starken, umgeben von der Schar seiner Vasallen, als Retter des Abendlandes hochzustilisieren. Auch wenn wir auf Antrieb vielleicht nicht immer durchdringen: Wir setzen auf die Vernunft der Menschen. Wir denken, dass die Menschen hinter diesen Camouflageparolen die Tatsachen und die Wahrheit tatsächlich erkennen. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 belegt dies in nüchternen Zahlen. Schauen Sie sich ihn einmal genau an und urteilen Sie dann selbst. Die Koch-Brigade wird damit entzaubert und als eine Regierung entlarvt, die Hessen, das Land und seine Menschen, verschaukelt und damit um die Zukunft betrügt. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Lortz für die CDU-Fraktion.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bleib ausnahmsweise auch einmal bei der Wahrheit!)

#### **Frank Lortz (CDU):**

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein unabhängiger, parteipolitisch nicht gebundener Zuhörer

(Zuruf von der SPD: Wie du!)

– ja, wie ich über den Dingen stehend – auf der Tribüne diese Haushaltsdebatte mitbekommen hat, muss er den Eindruck gewinnen, die Redner der Oppositionsfraktionen und die Redner der Regierungsfaktionen würden von zwei völlig unterschiedlichen Vorlagen und Zahlenwerken sprechen, die hier eingebracht werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sprechen von Ihrem Haushalt, Sie über Windeier!)

– Herr Kollege Kaufmann, vielleicht leiste ich auch noch einen Beitrag dazu. Das werden Sie dann ertragen müssen. Am Schluss Ihrer Rede haben Sie gesagt, Sie würden auf die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland setzen. Wenn ich mir die Entwicklung der GRÜNEN bei den letzten 16 Landtagswahlen in den Bundesländern ansehe,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

kann ich feststellen, dass die Vernunft stark zum Zuge kommt. Das betrifft insbesondere Sie. Sie haben überall verloren. Die Leute sind vernünftiger, als Sie glauben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir uns auf einen Satz einigen. Er lautet – –

(Zuruf)

– Eine Zwischenfrage möchten Sie stellen?

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege, lassen Sie sie zu?

(Gerhard Bökel (SPD): Er freut sich doch schon darauf! Das ist doch klar!)

– Bitte schön.

#### **Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Lortz, danke schön. – Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie es auch der Vernunft zugute schreiben, dass die CDU in Hamburg fast 5 Prozentpunkte verloren hat.

(Beifall der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Frank Lortz (CDU):**

Herr Kollege von Plottnitz, ich bin Ihnen erstens dafür dankbar, dass Sie der Debatte zuhören, obwohl Sie zeitgleich ein Golfturnier zu bestreiten hätten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Es ist schon zu begrüßen, dass in Hamburg jetzt endlich eine bürgerliche Alternative zum Regieren kommt, nachdem der rot-grüne Senat das an die Wand gefahren hat. Es ist zu begrüßen, dass Sie dort jetzt abgelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass Sie mir zustimmen, und nehme das so zur Kenntnis.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich aber doch jetzt einmal den ersten Satz meiner Rede sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es kommt schon zu Begeisterungstürmen bei Ihnen, bevor ich mit meiner Rede begonnen habe. Ich glaube, auf den ersten Satz können wir uns einigen.

(Heiterkeit des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Er lautet: Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2002 für unser Bundesland ist heute vom Finanzminister eingebracht worden,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

und die Fraktionen dieses Hauses nehmen eine erste Bewertung vor.

(Beifall der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gerhard Bökel (SPD): Das waren schon zwei Sätze!)

Mit diesem Satz wollte ich jetzt erst einmal zur Befriedung in dieser Debatte beitragen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war gut! Jetzt würde ich mich wieder hinsetzen!)

Meine Damen und Herren, alles in allem ist dies ein solider Haushaltsentwurf in schwierigen Zeiten.

(Gerhard Bökel (SPD): Da stimmt jetzt nur noch die Hälfte! – Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stimmt nur das mit den schwierigen Zeiten!)

So kann man aus meiner Sicht das Zahlenwerk beschreiben. Trotz sich massiv verschlechternden Rahmenbedingungen und eines nicht gerade als konstruktiv und hilfreich zu bezeichnenden Beitrags aus Berlin und schwerer internationaler Turbulenzen mit erheblichen Einflüssen auf die Geld- und Kapitalmärkte liegt ein Landesetat vor, der nicht nur diesen Namen verdient, sondern in dem die positiven Elemente deutlich überwiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die rosarote Brille absetzen und genauer hingucken!)

Es ist die elementare Aufgabe der Regierung und der sie tragenden Fraktionen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allen Unfug zu glauben!)

mit den Daten des Haushaltes die Voraussetzungen für die Verwirklichung der politischen Schwerpunkte zu schaffen. Herr Kollege Kaufmann, gleichzeitig hat die Opposition das Recht und die Pflicht, die vorgezeigte Architektur der Landespolitik zu hinterfragen, sie kritisch und, wie es bei Ihnen auch der Fall war, polemisch zu bewerten und ihre eigenen Akzente zu setzen. Dies ist im Vorfeld der heutigen Debatte schon mehrfach in den Medien erfolgt. Dies ist heute in diesem Hause erfolgt. Nun beginnt die entscheidende Runde der Haushaltsberatungen, die dann in die Verabschiedung des Etats im Dezember 2001 münden wird.

Meine Damen und Herren, vorab möchte ich noch Folgendes sagen: Die CDU-Fraktion spricht Finanzminister Karlheinz Weimar Dank und Anerkennung für seine Arbeit und für den Entwurf des Haushaltsplanes 2002 aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verlässt den Saal.)

– Herr von Plottnitz, auf Wiedersehen. – Er hat es fertig gebracht, mit seinen Mitarbeitern im Finanzministerium und in enger Kooperation mit allen Ministerien dem Parlament einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der trotz aller

Probleme und Widrigkeiten eine Perspektive für unser Land aufzeigt. Das Positive überwiegt darin. Manch negative Randnotiz ist allerdings nicht von Hessen zu verantworten. Ich sage gleichwohl, wie in den Vorjahren auch: Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen sollten nie den Anspruch erheben, fehlerfrei zu handeln. Aber auch die Opposition sollte sich hüten, alles besser zu wissen. Meine Damen und Herren, Sie wissen: Nur wer auch gegen den Strom schwimmt, kommt zur Quelle. – Deshalb stellt dieser Entwurf des Etats kein Zahlenwerk der Beliebigkeit dar, mit dem allen alles versprochen wird. Die Mehrheit dieses Hauses will Prioritäten setzen und sich dabei naturgemäß auf die Finanzierung der Schwerpunkte beschränken. Nicht wer am lautesten schreit, kommt zum Zug, sondern der, der es am meisten benötigt.

Dass diese Prioritätensetzung nicht zum Lustgewinn für Rot und Grün dieses Hauses beiträgt, ist nicht nur verständlich, sondern auch gewollt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wir haben nicht immer Recht, Herr Kollege Bökel – ich habe schon gar nicht immer Recht –, aber die Erfahrungen in den vergangenen zweieinhalb Jahren belegen, dass wir bei Zielsetzungen und Einschätzungen meistens besser lagen, und die Finanzdaten haben uns am Ende eher bestätigt.

(Gerhard Bökel (SPD): Knapp daneben ist auch vorbei!)

Eines ist allerdings unumstritten: Die CDU/FDP-Koalition hat Hessen seit 1999 wieder ein gutes Stück nach vorn gebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wo Rot und Grün für Stagnation und Blockade standen, bewegen sich die zentralen Felder der Landespolitik wieder in Richtung Erfolg. Dies haben übrigens die Wähler in Hessen bei den Kommunalwahlen im Herbst, also exakt zur Halbzeit der Legislaturperiode, zu unserer Freude und zu Ihrem Leidwesen so beurteilt. Da ist manches rote Herz in die grüne Hose gerutscht, und es ist Ihnen bitter aufgestoßen, dass die Union stärkste Kraft wurde und Ihr seit zwei Jahren in der Landespolitik praktiziertes Motto „Demagogie statt Sacharbeit“ eine deutliche Abstrafung erster Klasse erfuhrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, da Sie das selbst wissen, hätte ich es Ihnen gar nicht zu sagen brauchen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie es doch gelassen!)

Ich wollte Sie aber noch einmal – ohne jede Polemik – daran erinnern, weil einige von Ihnen es vielleicht schon wieder vergessen hatten. Wie auch der Finanzminister fordere ich Sie auf, in einen echten Wettbewerb in den unterschiedlichen Bereichen der Landespolitik einzutreten. Sagen Sie ganz konkret, was Sie wollen. Herr Kaufmann und Herr Kahl, das werden Sie sicherlich tun.

(Reinhard Kahl (SPD): Das habe ich getan!)

– Das war halb nebulös und durcheinander. – Sagen Sie uns, wie Sie sich die Finanzierung vorstellen, dann können wir darüber im Einzelnen diskutieren.

Lassen Sie mich einige Aspekte der bisherigen Debatte aufgreifen.

Erstens. Deutschlands Wirtschaft stagniert. Die Konjunktur lahmt. Das Wirtschaftswachstum ist unter 1 % gesunken. Die Arbeitslosenzahlen steigen wieder.

(Zurufe von der SPD)

Die „ruhige Hand“ des Kanzlers ist offensichtlich eingeschlafen. Während Deutschland in den Achtzigerjahren und bis weit in die Neunzigerjahre hinein die Wachstumslokomotive in der Europäischen Union war, haben wir unter Rot-Grün die Schlusslaterne übernommen. Die Auswirkungen der rot-grünen Politik – ich erwähne beispielhaft die mittelstandsfeindliche Steuerreform, das Betriebsverfassungsgesetz und die Ökosteuer – spüren wir auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben fast 4 Millionen Arbeitslose. Ihre großen Versprechungen sind geplatzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Hessen haben wir dagegen eine ganz andere Entwicklung. Über die Parteigrenzen hinweg ist unbestritten: Unser Land boomt, und diese Entwicklung verfestigt sich von Monat zu Monat. Bei einem Wirtschaftswachstum von 3 % konnte Hessen im Jahre 2001 den höchsten Zuwachs seit 1992 erzielen. Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger belegte Hessen mit rund 60.000 Euro den ersten Platz unter den Flächenländern. Die Arbeitsmarktzahlen geben ähnlich Positives her. Während die Arbeitslosenzahl im Monat August im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland weiter zunahm – das hat nichts mit den Ferien zu tun, Herr Kollege Kaufmann –,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau damit hat es zu tun!)

sinkt die Arbeitslosenzahl in Hessen weiter. Seit 15 Monaten sind wir bei den Arbeitslosenzahlen Spitze. – Herr Kollege Kaufmann, offensichtlich hatten die GRÜNEN 15 Monate Ferien.

Während die Zahl der Arbeitslosen im August im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland zunahm, ist die Arbeitslosenzahl in Hessen weiter gesunken. Hessen ist beim Wirtschaftswachstum – wir haben es in diesen Tagen vom Statistischen Landesamt gehört – ganz klar die Nummer eins. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Darauf können wir parteiübergreifend stolz sein, wenn Sie es denn wollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir, wenn Sie dafür etwas geleistet hätten! Das haben Sie aber nicht getan!)

Wir haben es gehört: Diese eindrucksvolle Bilanz zählt sich natürlich auch bei Bonitätsbewertungen aus. Die international renommierte Ratingagentur Standard & Poor's – der Finanzminister hat es berichtet – hat Hessen vor wenigen Wochen anhand seiner Wirtschafts- und Finanzdaten erneut die Bestnote AAA verliehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das soll etwas ganz Neues sein? Das ist ja peinlich, Herr Lortz!)

Zweitens. Der Haushalt 2002 des Landes Hessen hat immense Belastungen zu verkraften und birgt zahlreiche Risiken. In zahlreichen Landtagsdebatten haben wir Ihnen prophezeit, dass die von Finanzminister Eichel vorgeschlagene und umgesetzte Steuerreform zu katastrophalen Auswirkungen und nicht zu einer Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung führen wird.

(Reinhard Kahl (SPD): 490 Millionen Euro mehr sind eine Katastrophe?)

Diese Steuerreform ist extrem mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Falsch!)

Der deutsche Mittelstand, zu dem 80 % aller Unternehmen gehören, ist der Beschäftigungsmotor in Deutschland. Ausgerechnet dieser Unternehmerkreis wird von Rot-Grün kaum entlastet.

(Widerspruch des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Im Gegenteil: Durch die Ökosteuer, durch Modalitäten im Betriebsverfassungsgesetz und viele andere Maßnahmen werden die Mittelständler sogar noch weiter belastet. Dagegen zahlen in Hessen und in Deutschland die Großkonzerne praktisch keine Körperschaftsteuer mehr. Wir haben es mit dem bisher noch nie da gewesenen Phänomen zu tun, dass eine Steuerreform, die zu erheblichen Einnahmeausfällen in den Staatshaushalten führt, die große Mehrzahl der unternehmerisch Tätigen kaum entlastet. Dieser Tatbestand hat unter anderem in Hessen dazu geführt, dass z. B. in den Monaten Mai und Juli das Steueraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um jeweils 50 % abgenommen hat.

Drittens. Die prosperierende Wirtschaft in Hessen wirkt sich auf die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich aus. Im Monat August hatte das Land Hessen vor der Abführung in den LFA 37 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen als im gleichen Monat ein Jahr zuvor. Nach der Abführung in den Länderfinanzausgleich hatten wir de facto 26,5 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen in der Tasche.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres musste Hessen 1,8 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Das ist bereits jetzt mehr als die gesamte Ausgleichssumme im letzten Jahr der rot-grünen Landesregierung, nämlich 1,7 Milliarden Euro im Jahre 1998. Am Ende dieses Jahres werden es wohl deutlich über 3 Milliarden Euro sein. Damit zahlt Hessen – es ist schon oft darauf hingewiesen worden – mehr in den Länderfinanzausgleich ein als alle anderen Geberländer zusammengenommen.

(Zuruf von der SPD: Das gab es in den Neunzigerjahren auch schon!)

Der in zähem Ringen herbeigeführte Kompromiss zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs, der nicht zuletzt auch dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten Roland Koch zu verdanken ist, und insbesondere die verankerte Einführung einer Deckelung bei den Abführungsbeträgen, wonach die durchschnittliche Abschöpfungsquote 52,5 % nicht übersteigen darf, stellen insbesondere für ein prosperierendes Land wie Hessen die eigentliche Lebensversicherung dar.

(Reinhard Kahl (SPD): Das muss eine Geheimaktion gewesen sein!)

Allerdings ist es bis 2005 noch ein weiter Weg. Wir werden in den nächsten Jahren noch mit Abschöpfungsquoten von deutlich über 80 % leben müssen.

Viertens. Herr Kollege Kaufmann, der vorliegende Haushalt ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Belastungen zu sehen. Das sind Fakten, die unabhängig von parteipolitischen Bewertungen Bestand haben. Trotz eines drohenden Nullwachstums und der negativen Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 2001 hat der

Finanzminister heute einen Haushalt präsentiert, der, wie in der mittelfristigen Finanzplanung zugesagt, die niedrigste Nettoneuverschuldung des Landes seit 22 Jahren aufweist.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass auch im dritten Haushalt nach dem Regierungswechsel 1999 die Nettoneuverschuldung zurückgeführt werden konnte. Das gab es bei Ihnen nie, Herr Kollege Kahl.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Quatsch!)

– Herr Kaufmann, da waren Sie noch gar nicht dabei. – Nächstes Jahr wird die Nettoneuverschuldung 651 Millionen Euro erreichen. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt nach einem Höchststand von 9 % im Jahre 1997 auf 3,4 % im nächsten Jahr. Dagegen betrug die durchschnittliche jährliche Nettoneuverschuldung der rot-grünen Vorgängerregierung 1,1 Milliarden Euro.

Der absolute Rekord – das muss man wissen – bei den Nettokreditaufnahmen stammt aus den Jahren 1997 und 1999, als Sie die Verantwortung trugen, und betrug 1,5 Milliarden Euro. Damals haben Sie diesem Land einen in der Istabrechnung verfassungswidrigen Haushalt präsentiert. Das war in der Tat der traurige Höhepunkt Ihrer unsoliden Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Haushalts-Istzahlen unserer Etats der Jahre 1999 und 2000 betragen zusammen 1 Milliarde Euro bei der Neuverschuldung. Somit unterschreiten beide Nettoneuverschuldungen zusammen Ihre Nettoneuverschuldung aus dem Jahre 1997 um eine halbe Milliarde Euro.

Fünftens. Ein großer Teil der Investitionen in Hessen wird von den Kommunen und insbesondere von den Geldern, die wir an die Städte und Gemeinden zahlen, getätigt. Seit Regierungsantritt sind die Zahlungen in den Kommunalen Finanzausgleich um 15 % gestiegen. Wir werden nächstes Jahr mit 2,7 Milliarden Euro das Rekordergebnis des Jahres 2001 nahezu einstellen. Wichtig dabei ist, dass die Schlüsselzuweisungen an die Kreise und Kommunen um weitere 15 Millionen Euro ansteigen. Besonders erfreut sind wir auch darüber, dass wir unsere Zusagen einhalten und die für die Kommunen frei verfügbaren Mittel im Kommunalen Finanzausgleich deutlich erhöhen konnten.

(Heinrich Haupt (SPD): Zuvor haben Sie gekürzt!)

Mit der von uns eingeführten allgemeinen Investitionszuschuss betragen die frei verfügbaren Mittel nächstes Jahr rund 60 % des Kommunalen Finanzausgleichs gegenüber 54 % aus dem Jahre 1998. In der letzten Legislaturperiode – das darf man nicht vergessen, Herr Kollege Kahl – unter rot-grüner Regierung sank das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs um über 300 Millionen Euro. Zusätzlich befrachtete die Landesregierung den Kommunalen Finanzausgleich

(Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

– was bist du heute so erregt? – mit über 150 Millionen Euro

(Heinrich Haupt (SPD): Wenn du so einen Quatsch erzählst!)

– du meinst es ja nicht so –, die zuvor aus dem originären Landesetat bezahlt wurden. Meine Damen und Herren,

dies heißt auch für den Kommunalen Finanzausgleich: Wir, diese Landesregierung, diese Koalition, sind auch in konjunkturell schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner der Kommunen in unserem Hessenland.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kriegen jedes Jahr etwas abgezogen! So ist die Verlässlichkeit!)

Sechstens. Die im vergangenen Jahr eingeführte dezentrale Personalkostenbudgetierung ist höchst erfolgreich und hat die Erwartungen bei weitem übertroffen. So ist im Haushaltsjahr 2000 nicht nur die vom Landtag vorgegebene globale Ausgabenkürzung von insgesamt 61 Millionen Euro, sondern sind darüber hinaus weitere Einsparungen von 75 Millionen Euro erwirtschaftet worden. Eine so hohe Personalkosteneinsparung im Haushaltsvollzug gab es seit dem Jahre 1977 nicht mehr. Allein damit konnten die Mehrbelastungen aus den personalintensiven Maßnahmen im Lehrer- und Hochschulbereich sowie zur Verbesserung der inneren Sicherheit mehr als ausgeglichen und ein erneuter Anstieg der Personalausgabenquote verhindert werden.

Im Haushalt 2001 wird die zweite Einspartranche erbracht. Gemeinsam mit den Einsparungen des Haushaltes 2000 werden wir am Ende des Jahres somit mindestens 62 Millionen Euro eingespart haben. Zum Ende der Legislaturperiode werden wir kumulativ auf diesem Weg mindestens 600 Millionen Euro an Personalausgaben einsparen. Das ist ein gutes und von uns am Anfang nicht erwartetes Ergebnis.

Siebtens. Der inneren Sicherheit misst die Landesregierung große Bedeutung zu. Wir haben nicht nur eine Polizeireform in die Wege geleitet, sondern auch eine über mehrere Jahre angelegte umfassende Modernisierungsoffensive in der Justiz. Mit dem Haushalt 2002 werden über 51 Millionen Euro – dies entspricht einer Steigerung von 15 % – zusätzlich in den Personaleinsatz und in die Ausstattung und Ausbildung unserer Polizei investiert. Auch wollen wir – das ist schon angesprochen worden – weitere 750 Planstellen in die zweigeteilte Polizeiaufbahn einbringen. Flankierend dazu sind im Haushalt 2002 über 5 Millionen Euro für die Modernisierung der Funkeinsatz- und EDV-Technik sowie rund 40 Millionen Euro zur rascheren Umsetzung der IT-Planung vorgesehen.

Achtens. Wir starten gezielte Maßnahmen und investieren in die Zukunft der jungen Generation. Das wertet den Standort Hessen erheblich auf. Die Unterrichtsgarantie steht kurz vor der 100-prozentigen Einlösung.

(Widerspruch bei der SPD – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das will ich einmal sehen!)

Mit dem Haushalt 2002 werden weitere 625 neue Lehrerstellen und 400 zusätzliche Referendarstellen geschaffen. Insgesamt sind somit seit Regierungsantritt 3.000 Lehrerstellen und 1.600 Referendarstellen zusätzlich wirksam geworden. – Da der Kollege Quanz, der Ahnung davon hat, dazu nickt, wird es auch stimmen.

(Lothar Quanz (SPD): Das war zu etwas anderem!)

Weiterhin flossen seit dem Jahr 1999 zusätzlich 31 Millionen Euro in den Bereich der Vertretungsmittel. Herr Kollege Quanz, unsere Landesregierung hat in zweieinhalb Jahren mehr konkrete Beiträge zur Verbesserung der Situation an den Schulen geleistet als Sie in acht Jahren zuvor. Sie haben Hessen bildungspolitisch an die Wand gefahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

### Frank Lortz (CDU):

Jetzt nicht, mache einmal langsam. Was soll ich denn mit dem Schulkrum, Herr Kollege Quanz?

(Lachen der Abg. Karl Dörr (Umstadt) und Lothar Klemm (SPD) – Lothar Quanz (SPD): Feigling!)

– Das könnt ihr doch im Kulturausschuss machen.

(Lothar Quanz (SPD): Ich wollte doch etwas anderes fragen!)

Die Mittel für die Vertretung an den Schulen sind von uns drastisch erhöht worden. Wir können dies an den Grundschulen in allen Kreisen Hessens sehen.

Meine Damen und Herren, auch das muss ich mir erlauben: Wer, wie die SPD, die flächendeckende Ganztagschule propagiert und in seiner Regierungszeit noch nicht einmal die funktionierende Halbtagsschule hingebraht hat, besitzt wenig Glaubwürdigkeit in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Neuntens, mein Lieblingsthema Straßenbau.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

– Herr Kollege Kaufmann, das ist nicht Ihr Lieblingsthema; das kann ich mir vorstellen. Kaputtmachen, das war immer Ihre Zielsetzung in diesem Lande. Straßenbau kaputtmachen, Straßen verhindern – denken Sie an die Umgehung in Seligenstadt, Herr Kollege Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch keine Straßen kaputtmachen! Das ist eine Unverschämtheit! Aber keine Straßen bauen, die man nicht braucht!)

– Herr Kollege Kaufmann, Straßen, die Sie nicht brauchen. Wir brauchen die. Wir bauen sie auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mobilität und eine optimale verkehrliche Anbindung sind nun einmal Grundvoraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg und die Lebensqualität der Menschen. Der Personenverkehr und auch der Güterverkehr sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Gutachten weisen auf einen weiteren Zuwachs bis 20 % hin. Hessen befindet sich mitten im Verkehrsknotenpunkt Europas.

Rund 130 Millionen DM gab das Land Hessen 1990 in der Verantwortung der Regierung Walter Wallmann für den Erhalt und den Ausbau hessischer Straßenverkehrsinfrastruktur aus. In einem radikalen und einmaligen Kürzungsszenario fuhr die rot-grüne Landesregierung den Straßenverkehrsetat auf weniger als 40 Millionen herunter. Weniger als 40 Millionen für den Ausbau und die Unterhaltung der Straßen in ganz Hessen – das war unverantwortlich und verblendet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war das bitte?)

Grünes Diktat gegen rote Vernunft – auch das will ich Ihnen noch sagen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Grüne lenken! Reden Sie einmal über den öffentlichen Verkehr!)

Sie wissen ja um Ihre Probleme, die Sie damals mit Ihrem Koalitionspartner in der Frage hatten. Die Sozialdemokraten sind ja gar nicht so, wie Sie sie manchmal hätten. Sozialdemokraten wissen ganz genau, wie wichtig und notwendig Straßenbau ist. Auch der von mir sehr geschätzte Haushaltsausschussvorsitzende, Herr Kollege Klemm, weiß dies, weil er auch ein Mitkämpfer für eine Straße in unserer Region gewesen ist. Und Sie haben es kaputtgemacht. Das weiß ich jetzt wieder. So war das, Herr Kollege Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu viel der Ehre! – Norbert Kartmann (CDU): Alle Straßen haben Sie kaputtgemacht!)

Sie haben grünes Diktat gegen rote Vernunft gehabt. Das müsst ihr in den mittleren Reihen aber selbst ausmachen. Binnen acht Jahren kürzte der ideologische Rotstift

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, es war der Grünstift!)

rund 70 % der Mittel für den hessischen Straßenbau. Durch diese Politik in der rot-grünen Ära der Neunzigerjahre – Kollege von Plottnitz ist wieder da – ist ein Investitionsstau zwischen 260 Millionen Euro und 500 Millionen Euro aufgelaufen. Meine Damen und Herren, Sie tragen, die frühere Landesregierung trägt mit ihren Versäumnissen Mitverantwortung dafür, dass jeden Morgen Tausende von hessischen Autofahrern im Stau stehen, sich im zäh fließenden Verkehr durch Ortschaften quälen, weil die Umgehungsstraßen fehlen. Das führt zu Lärm- und Umweltbelastungen, die kaum zu ertragen sind. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, jetzt werden Sie aber unverschämt!)

Die Menschen hatten den Glauben in die Handlungsfähigkeit der Politik verloren – bei dem Murks, den Sie veranstaltet hatten. Meine Damen und Herren, ein zentrales Wahlversprechen dieser Landesregierung war es, den Straßenverkehrsetat Schritt für Schritt über die Legislaturperiode hin zu verdoppeln. Mit dem vorliegenden Haushalt werden wir unsere Zielvorgabe nicht nur erreichen, sondern wir werden sie sogar nachhaltig übertreffen. Im nächsten Jahr stehen für Um- und Ausbau der Landesstraßen rund 46 Millionen Euro zur Verfügung.

Das gesamte Straßenbauprogramm für das Jahr 2002 umfasst 55 Millionen Euro. Das sind Investitionen in den Standort Hessen und in die Lebensqualität der Menschen. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum letzten rot-grünen Regierungsjahr von 180 %.

Meine Damen und Herren, betrachtet man die gesamten vier Jahre dieser Landesregierung, so haben wir nur über das Landesstraßenbauprogramm rund 300 Maßnahmen durchgeführt bzw. sind sie angegangen. Dabei wurden rund 350 km Straßen gebaut und insgesamt 260 Millionen Euro in die hessische Straßenverkehrsinfrastruktur investiert. Wenn wir noch das Kommunalinteressenmodell mit einbeziehen, so kommen wir insgesamt auf ein Volumen von 340 Millionen Euro an direkten Investitionen in die Sicherheit unserer Bürger. Das sind gute, praktische und für jedermann nachvollziehbare Ergebnisse unserer Landespolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

– Vielen Dank, Kollege Hoff. – Meine Damen und Herren, die Daten im Finanzplan zeigen uns allen, dass die kom-

menden Jahre nicht einfacher werden. Es bedarf großer Ausgabendisziplin, der Konzentration auf das Wesentliche und einer klaren und konkreten Zielvorstellung für die Gestaltung der Landespolitik. Dabei müssen wir Probleme – die gibt es; ich habe sie schon oft angesprochen – wie die wachsende Last der Versorgungsleistungen meistern, die Investitionsquote deutlich erhöhen, wobei wir übereinstimmen, die Personalkosten genau im Blick behalten, die Notwendigkeit unserer Landesbeteiligungen hinterfragen, das Immobilienmanagement ausbauen, die Verwaltungsreform voranbringen und insbesondere weiter die Nettoneuverschuldung senken. Es ist und bleibt das Ziel dieser Regierungsmehrheit, in der nächsten Legislaturperiode die Nettoneuverschuldung auf null herunterzuführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Volker Hoff (CDU): Mach doch einmal eine Pause! – Michael Denzin (FDP): Die brauchen wir, um klatschen zu können!)

– Macht es zum Schluss, geballt. – Meine Damen und Herren, vor allem dürfen wir nicht allen alles zusagen und jedem Recht geben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da fangen Sie vielleicht besser bei sich selbst an!)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege, es herrscht Unruhe. – Auf der Tribüne ist ein ehemaliges Mitglied dieses Landtags, Frau Ruth Beckmann, die ich noch herzlich begrüßen möchte, bevor sie den Saal verlässt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt haben Sie noch einmal das Wort.

#### **Frank Lortz (CDU):**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir dürfen vor allem nicht allen alles zusagen und jedem Recht geben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen Sie doch bei sich selbst an! Geben Sie sich nicht immer fälschlicherweise Recht!)

Dabei gehört zur Glaubwürdigkeit – und dies ist parteiübergreifend –, dass man vor unterschiedlichen Zuhörerkreisen zum gleichen Thema die gleiche Position vertritt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagen Sie einmal Ihrem Ministerpräsidenten!)

– Wer wie Sie, Herr Kollege Kaufmann, nach allen Seiten offen ist, dem fehlt es vorne und hinten. – Vor allem dürfen die Klügeren auch in der Haushaltsplanberatung nicht immer nachgeben, sonst haben alleine die Dummen das Sagen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Situation haben wir zurzeit, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die CDU/FDP-Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben bisher eine sehr gute Arbeit geleistet. Das ist gut so, und so kann es auch weitergehen. Der Haushalt 2002 bewältigt die Belastungen der Steuerreform und die wachsenden Belastungen des Länderfinanzausgleichs. Er ist ein Zahlenwerk,

auf dem sich aufbauen lässt. Er ist Grundlage und finanzielle Basis für die konsequente Fortsetzung einer Politik, die in die Zukunft unseres Landes investiert.

Abschließend: Mit dieser Landesregierung, mit Roland Koch an der Spitze und guten Ressortchefs und vor allem mit einem Finanzminister Karlheinz Weimar, der einen hervorragenden Job macht, haben wir alle Chancen für einen erfolgreichen Weg nach vorne. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe sowie der Antrag werden dem Haushaltsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. – Dem wird nicht widersprochen.

Dann rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über die Vergütung von Berufsvormündern – Drucks. 15/2891 –**

(Stefan Grüttner (CDU): Machen wir jetzt nicht die Wahlen?)

– Ich dachte, die Wahlen machen wir kurz vor der Mittagspause, dann die Vereidigung.

Der Gesetzentwurf ist aufgerufen. Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Minister der Justiz müsste das machen!)

Der Justizminister ist nicht im Saal. Wenn er vor der Tür steht, könnte er vielleicht bitte hereingerufen werden.

(Manfred Schaub (SPD): Dann machen wir jetzt erst etwas anderes! Nächstes Plenum! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht könnten wir einen Moment warten, bis ich weiß, ob er kommt oder nicht.

(Manfred Schaub (SPD): Wieso denn?)

Jetzt ist er da. – Herr Justizminister, Sie haben das Wort zur Einbringung Ihres Gesetzentwurfs, Stichwort Berufsvormünder.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war davon ausgegangen, dass dieser Gesetzentwurf hier ohne Aussprache behandelt wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber einbringen müssen Sie ihn doch! – Manfred Schaub (SPD): Ihr kriegt nichts auf die Reihe! Es ist das reinste Chaos bei euch!)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Er muss eingebracht werden.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Ich weiß es doch. Wir können jetzt natürlich miteinander eine heftige Debatte über diesen Gesetzentwurf führen. Ich wiederhole, dass ich davon ausgegangen bin – dem widersprechen Sie nicht –, dass es zu diesem Gesetzentwurf keine Aussprache gibt. Ist das richtig oder falsch?

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Minister, das ist richtig. Aber wenn ich Sie aufklären darf: Das bezieht sich nur auf das Parlament. Eingebracht werden muss er.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Das wollte ich gerade tun, verehrte Frau Präsidentin.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole: Ich freue mich, dass es angesichts der unproblematischen Regelungen dieses Gesetzentwurfes keine Aussprache geben soll. Das muss man zu Anfang doch wohl sagen dürfen. Im Gegensatz zu Ihren Vermutungen schließe ich nicht daraus, dass der Gesetzentwurf nicht eingebracht werden muss.

Sie haben den Gesetzentwurf vorliegen. Ich beziehe mich voll und ganz auf den Inhalt dieser Gesetzesvorlage. Ich gehe nach den Vorarbeiten zu diesem Gesetzentwurf davon aus, dass er hier nicht kontrovers diskutiert werden wird, sondern dass er auch im Vorfeld von den Betroffenen so akzeptiert worden ist, wie wir ihn im Ministerium ausgearbeitet haben. Ich bitte Sie, dass Sie im Sinne dessen, was die Landesregierung Ihnen als Gesetzentwurf vorgelegt hat, diesen Gesetzentwurf mit der Mehrheit des Hauses akzeptieren und dass Sie entsprechend abstimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Was steht denn im Gesetzentwurf? Das ist doch keine Einbringung!)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

**Manfred Schaub (SPD):**

Frau Präsidentin, wir haben hier zwar schon einige Auftritte erlebt und auch solche, zu denen man etwas Kritisches bemerken musste. Aber das war jetzt der Höhepunkt. Denn eine Einbringung, bei der der betreffende Minister sagt: „Es liegt etwas vor, und das war es dann“, entspricht nicht der Form einer Einbringung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Gesetzentwurf, der eingebracht werden soll, muss von dem Minister auch entsprechend eingebracht werden. Auch wenn ich akzeptieren kann, dass er vielleicht nicht in der Lage ist, irgendetwas zu dem Gesetzentwurf zu sagen – das haben wir eben deutlich bemerkt –, dann muss es das Mindeste sein, dass er auf dem Weg dahin irgendjemanden hat, der ihm die Vorlage reicht.

Dies eben als Einbringung zu akzeptieren, bin ich nicht bereit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das ist ein Vorgang, der mir auch noch nicht vorgekommen ist, dass die Einbringung angezweifelt wird. – Herr Kollege Grüttner, zur Geschäftsordnung.

**Stefan Grüttner (CDU):**

Frau Präsidentin, das, was Herr Kollege Schaub gesagt hat, ist im Protokoll vermerkt und für alle Interessierten nachzulesen. Ansonsten ist die Frage, ob ein Gesetzentwurf inhaltlich oder wie auch immer eingebracht wird, Sache der Landesregierung.

(Manfred Schaub (SPD): Nein!)

Insofern ist es keine Frage der Akzeptanz, sondern durch die Wortergreifung des Ministers der Justiz ist damit der Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Schaub.

**Manfred Schaub (SPD):**

Herr Kollege Grüttner, das hat überhaupt nichts mit Akzeptanz zu tun. Er hat nicht ein einziges Wort zu dem Gegenstand dessen verloren, was wir beraten sollen. Das ist keine Einbringung.

Jetzt will ich an dieser Stelle deutlich machen, dass es hier im Parlament so etwas wie eine Mündlichkeitsmaxime gibt. Wenn wir etwas debattieren sollen, dann muss zumindest der Gegenstand deutlich gemacht werden.

Nach dem, was wir eben gehört haben, können wir nicht einmal davon ausgehen, dass der Minister tatsächlich zu dem Gesetzentwurf über Berufsvormünder gesprochen hat. Er kann auch zu irgendeinem sonstigen Gesetzentwurf gesprochen haben, denn er hat kein einziges Wort zum Inhalt gesagt. So aber akzeptiere ich das nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Es gab Rede und Gegenrede. Ich frage den Herrn Minister: Sind Sie in der Lage, uns noch in kurzen Sätzen zu erläutern, worum es geht?

(Norbert Kartmann (CDU): Ich würde das jetzt alles vorlesen!)

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Meine Damen und Herren! Ich sage zu diesem Verfahrensvorschlag des Abg. Schaub jetzt nichts. Ich teile seine Vorstellungen nicht. Aber wenn Sie es genau wissen wollen, so bin ich gerne bereit, Ihnen das ausführlich

(Manfred Schaub (SPD): Nein, nur ein paar Sätze!)

und auf der Grundlage dessen, was mein Haus hierzu vorbereitet hat, vorzutragen.

Sie kennen den Gesetzentwurf. Sie wissen, worum es geht.

(Manfred Schaub (SPD): Ich möchte nur wissen, ob Sie es wissen!)

– Jetzt möchte Herr Schaub gerne wissen, ob ich weiß, worum es geht. Lieber Herr Schaub, ich habe diesen Gesetzentwurf selbst unterschrieben, und Sie wissen, dass das Ministerium nach gründlicher Vorbereitung und mit meiner ausdrücklichen Billigung Ihnen diesen Gesetzentwurf zugeleitet hat. Aber wenn Sie sich hier in Formalien ergehen wollen, dann können Sie das gerne haben.

Meine Damen und Herren, durch den Gesetzentwurf werden Prüfungen, die Berufsbetreuer in anderen Bundesländern ablegen, in Hessen anerkannt.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Langsam lesen!)

Das ist der grundsätzliche Ausgangssachverhalt. Hintergrund dieses Gesetzentwurfs ist – ich bin bereit, Ihnen auch das ausführlich vorzutragen – die Neufassung von Bundesvorschriften über die Vergütung von Berufsbetreuern, -vormündern und -pflegern. Anders als nach altem Recht bemisst sich die –

(Abg. Manfred Schaub (SPD) telefoniert. – Zurufe von der CDU)

– Herr Schaub, sind Sie in der Lage, sowohl mit dem einen Ohr meinen Ausführungen zuzuhören, auf die Sie eben so großen Wert gelegt haben, als auch mit Ihrem anderen Ohr zu telefonieren?

(Abg. Manfred Schaub (SPD) telefoniert weiter.)

– Meine Damen und Herren, wir wissen doch, dass Herr Schaub das nicht ernst gemeint hat. Deshalb ist es auch gar nicht wichtig, dass er jetzt zuhört.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, hören Sie doch auf hier vorne! Bringen Sie den Gesetzentwurf ein!)

Ich trage Ihnen jedenfalls aufgrund des Wunsches der Opposition jetzt alle Einzelheiten unserer Überlegungen zu diesem Gesetzentwurf vor.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole: Anders als nach altem Recht bemisst sich die Höhe der Vergütung jetzt nicht mehr nach den benötigten Fachkenntnissen oder der Schwierigkeit der zu verrichtenden Aufgabe, sondern allein nach der beruflichen Vorbildung. Anlass dieser Regelung war das Bemühen um eine Kostensenkung, eine Vereinfachung des Verfahrens und die Gleichbehandlung der Betreuer.

Meine Damen und Herren, durch die Neuregelung entsteht das Problem, dass praktisch erfahrene Berufsbetreuer, die jedoch nicht formal hoch qualifiziert sind, nur nach einem niedrigeren Satz vergütet werden können. Das Bundesgesetz enthält jetzt eine Öffnungsklausel, nach der die Länder bestimmen können, dass die betroffenen Personen den durch Berufs- oder Hochschulabschluss formal qualifizierten gleichgestellt werden, wenn sie eine Fortbildung absolvieren und deren Erfolg durch eine Prüfung nachweisen. Dabei können die einzelnen Bundesländer entweder selbst entsprechende Kurse oder Prüfungen anbieten oder aber in anderen Ländern abgelegte Prüfungen anerkennen.

Anders als insbesondere in den neuen Bundesländern ist in Hessen nur ein kleiner Personenkreis von etwa 65 Personen betroffen. Um unnötige Kosten zu ersparen, hat sich Hessen für die so genannte Anerkennungslösung entschieden. Das ist Gegenstand unseres Gesetzentwurfes, dessen Begründung der Opposition so sehr am Herzen liegt.

Meine Damen und Herren, im Ergebnis wird erfahrenen Berufsbetreuern die Möglichkeit geboten, nach entsprechender Qualifizierung weiterhin 60 DM pro Stunde zu verdienen und so den Betroffenen erhalten zu bleiben. Damit dient diese Regelung vor allem auch dem Schutz der kranken und behinderten Betroffenen, da Betreuerwechsel vermieden werden und die Betreuten ihre erfahrenen Betreuer, zu denen sie ein Vertrauensverhältnis aufgebaut haben, behalten können. Gleichzeitig wird die fachliche Qualifikation dieser Betreuer verbessert und nachgewiesen.

So, ich hoffe, dass Herr Schaub, nachdem er offenbar den Gesetzentwurf nicht selbst durchgelesen hat, ihn jetzt verstanden hat und auch weiß, worüber er zu beraten hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Meine Damen und Herren, damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Er wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Umstellung von Rechtsvorschriften auf Euro (Euro-Umstellungsg) – Drucks. 15/2902 –**

Das Wort zur Einbringung des Gesetzes hat Herr Finanzminister Weimar.

(Michael Denzin (FDP): Bitte etwas dazu sagen!)

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem es offenkundig mangels politischer Alternativen das einzige Vergnügen der Opposition ist, Durcheinander zu machen, wenn das in irgendeiner Form geboten erscheint,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das sagen Sie ganz allein!)

werde ich auch etwas inhaltlich Bedeutendes zu dem Euro-Umstellungsgesetz vortragen.

Ab 1. Januar 2002 wird der Euro alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Das bedeutet, dass in einer großen Zahl von Gesetzen, dort, wo Zahlungsflüsse vermerkt sind, eine Umstellung auf den Euro vorzunehmen ist. Das trifft mit dem vorliegenden Gesetzentwurf 27 Landesgesetze.

Es hätte zwei Alternativen gegeben. Entweder hätte man die D-Mark zum Kurs von 1,95583 in Euro umgerechnet, wie der offizielle Umrechnungskurs lautet; oder aber man hätte die Beträge gerundet – wobei dann wiederum festzustellen gewesen wäre, ob nach oben oder nach unten zu runden ist, also zugunsten des oder gegen den Bürger.

Wir haben uns darauf verständigt, dass die Umstellung auf Euro keine Nachteile für die Bürger mit sich bringen

sollte. Deswegen ist bei diesen 27 Gesetzen die Umstellung von 2 DM auf 1 Euro vorgenommen worden. Dies bedeutet rechnerische Mindereinnahmen des Landes Hessen in Höhe von etwa 2,2 %. Die absolute Höhe der Mindereinnahmen lässt sich nicht genau beziffern. Ich lege aber Wert darauf, dass in diesem Gesetz das Versprechen wahr gemacht wird, dass das Land Hessen bzw. die öffentliche Hand bei der Umstellung von D-Mark auf Euro sich keine Vorteile gewähren lässt oder nimmt.

Dies ist jetzt umgesetzt worden. Es kann von jedermann in den parlamentarischen Beratungen eingesehen werden. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen im Zusammenhang der Euro-Umstellung. Wir liegen voll im Zeitplan, sodass wir rechtzeitig für das nächste Jahr alle Arbeiten so abgeschlossen haben werden, wie sie über die Zeitachse durch die Arbeit der Landesregierung vorbereitet waren.

Ich hoffe sehr, dass Sie dem zustimmen können, denn es ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass wir möglichst frühzeitig wissen, welche Zahlungsflüsse ab dem Jahr 2002 in Euro vorgenommen werden müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hartmut Holzapfel (SPD): Sehr sachlich!)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das war die Einbringung des Gesetzentwurfes. Ich eröffne die Aussprache, fünf Minuten Redezeit pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Holzapfel für die SPD-Fraktion.

#### **Hartmut Holzapfel (SPD):**

Herr Kollege Weimar, Ihre letzte Bemerkung zeugte doch schon von großem Mut. Sie fordern uns jetzt dazu auf, hier zügig zu beraten, damit die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land rechtzeitig informiert sind.

Vor einiger Zeit haben wir Sie hier gefragt – und darauf haben Sie bis heute die Antwort verweigert –, worin eigentlich die Ursache dafür liegt, dass das Bundesland Hessen als eines der Letzten diesen Gesetzentwurf einbringt und berät. Ich habe Ihnen die Liste genau vorgelesen, und Sie haben mit guten Gründen dazu nichts gesagt. Sie haben in der letzten Sitzung nur in der Ihnen eigenen Art eine Beschimpfung von Abgeordneten vorgetragen, und heute haben Sie zu dieser Frage auch nichts gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen halte ich hier noch einmal fest: Das Bundesland Hessen gehört zu den absoluten Schlusslichtern bei der Vorlage der entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Dazu gehört auch, dass es Teil dieser gesetzlichen Regelungen – sachlich durchaus richtig – ist, dass Verordnungen auf der Ebene der Landesverwaltung in den einzelnen Ressorts erst noch vorbereitet werden sollen.

Es wäre schön gewesen, wenn Sie uns heute wenigstens hätten sagen können, wie weit die Vorbereitungen gediehen sind oder ob das etwa bedeutet, dass eine Reihe von Verordnungen, in denen sehr viel geregelt ist, noch später beim Bürger sein werden, als sich dies schon aus Ihrem Gesetzgebungsverfahren ergibt. Es geht nicht nur darum, ob es rechtzeitig bis zum 31. Dezember über die Runden gebracht wird. Es geht auch ein bisschen um die Frage, wie das Parlament damit umgeht. Sie setzen das Parlament jetzt unter Zeitdruck, was bedeutet, dass man darüber

nicht angemessen beraten kann, weil das nur dazu führen würde, dass die Regelungen nicht rechtzeitig beim Bürger sind. Es geht – das ist für mich der entscheidende Punkt – auch um eine Frage des Umgangs im Hinblick auf die vertrauensbildenden Maßnahmen bei der Umstellung auf den Euro. Es ist einfach makaber, dass inzwischen in der Wirtschaft, im Reisebüro, die Umstellung bereits erfolgt ist und dieses Land Hessen, das immer so stolz ist, angeblich an der Spitze der Bewegung zu sein, jetzt erst einen Gesetzentwurf in die parlamentarische Beratung einbringt, der in anderen Ländern längst beschlossen und in den Amtsblättern verkündet ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Hunnius, Sie haben in der letzten Runde großzügig gesagt, das wäre für die Bürger doch nicht so ergreifend, ob das so oder so geregelt werde. Darum geht es auch nicht, sondern es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land Angst haben, dass die Umstellung auf den Euro ein Vorwand für viele ist, heimliche Erhöhungen von Kosten vorzunehmen. Sie befürchten dies bei den Läden, in denen sie einkaufen.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) und Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen wäre es wichtig gewesen, dass der Staat frühzeitig ein Signal setzt, das den Bürgern zeigt: „Nein, das wird nicht geschehen“, und damit auch eine moralische Messlatte für die vorgibt, die die Umstellung in anderen Bereichen machen müssen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Das haben Sie versäumt. Sie werden den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land vermutlich bis November noch nicht sagen können, wie die Auswirkungen der Umstellung auf den Euro auf die Gebührenordnung der verschiedenen Ebenen sein werden.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Meine Damen und Herren, Sie hätten uns wenigstens erklären müssen, weshalb das in anderen Ländern zu anderen Zeitpunkten erfolgt ist und weshalb Sie nicht in der Lage waren, dies zu schaffen. Wir haben heute bereits einen Minister erlebt, der nicht in der Lage war, ein Gesetz zu begründen, wenn er keinen Sprechzettel dabei hat, wo alles draufsteht, was er vorzulesen hat. Die Regierung war auch hier nicht in der Lage, einen einfachen Zeitplan zu machen. Zu dem Zeitpunkt, zu dem andere längst umstellen – Sie wissen, in vielen Bereichen ist das am 01.08. erfolgt –, wurde den Bürgerinnen und Bürgern nur ein Gesetzentwurf vorgelegt. Dies hätten Sie uns heute freundlicher Weise einmal erklären müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion.

(Karl-Heinz Dörrie (SPD): Was bedeutet das Anden-Kopf-Zeigen bei dem Finanzminister? Euer Minister zeigt an den Kopf, und ihr seid stolz darauf! – Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! – Frau Präsidentin, habe ich das Wort?

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD), an Finanzminister Karlheinz Weimar gewandt: Er ist und bleibt ein Flegel! – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Lassen Sie den Kollegen beginnen. – Herr Kollege von Hunnius, Sie haben das Wort.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin schon sehr überrascht über die künstliche Aufregung, die Herr Kollege Holzapfel hier produziert.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Haben Sie nicht gesehen, Herr Kollege?)

Ich muss schon sagen: Die inhaltliche Leere bei der SPD muss schon sehr groß sein, wenn man sich an solchen Fragen abarbeiten muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich in aller Ruhe ein paar kleine Feststellungen treffen. Ich meine, wir hätten eigentlich gar nicht über den Gesetzentwurf debattieren müssen. Wir können aber auch damit unsere Zeit füllen.

Erstens. Die Befürchtung, die Sie noch bei der letzten Parlamentsdebatte hatten, es gäbe gar kein Gesetz, ist nun widerlegt worden. Es gibt einen Gesetzentwurf. Wir können darüber debattieren.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sehr spät! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe von der SPD)

Zweitens. Er bedarf inhaltlich nun wirklich keiner weiteren Erläuterung.

Drittens. Die Umstellung erfolgt bürgerfreundlich. Es wurde auf Gebührenerhöhungen verzichtet. Dadurch wird das Signal ausgesendet, das sich der Kollege Holzapfel wünscht.

Viertens. Im Falle der Verwaltungskosten empfehle ich einen Blick auf Art. 13, die Änderung des Hessischen Verwaltungskostengesetzes. Ein Blick auf diesen Artikel sagt uns deutlich, dass die Verwaltungskosten gesenkt werden. Man geht von der Fiktion aus: 2 DM gleich 1 Euro. Dies entspricht einer Senkung für die Kostenschuldner um 2,2 %. Hiervon geht ein extrem positives Signal aus.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich hätte mir gewünscht, dass dies Herr Kollege Holzapfel auch gewürdigt hätte, umso mehr, als fünftens die Bundesebene völlig anders vorgeht. Der noch in guter Erinnerung befindliche jetzige Bundesfinanzminister Eichel hat z. B. die Entfernungspauschale nicht gerecht umgestellt, sondern hat bei Entfernungspauschalen ab 10 km eine Umrechnung durchgeführt, die eine erhebliche Verschlechterung für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

(Hildegard Pfaff (SPD): Er hat sie aber schon lange durchgeführt!)

Bedauerlicherweise kennen wir ihn schon seit längerer Zeit. Das ist ein negatives Signal, geradezu eine Ermunterung für Privatunternehmen, die Umstellung auf den Euro zum Anlass für Preiserhöhungen zu nehmen.

Ich kann sagen: Wir machen das nicht. Wir schließen uns der Empfehlung der Landesregierung inhaltlich voll an. Es gibt sogar eine Senkung von Gebühren, wie ich Ihnen gerade erläutert habe. Es gibt überhaupt keinen Grund zur Aufregung. Dieser Gesetzentwurf wird so mitgetragen. Er sollte möglichst schnell beraten und dann in Kraft gesetzt werden. Dann sind alle offenen Fragen gelöst. Offen sind sie eigentlich bisher nur für Sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr von Hunnius, inhaltlich ist dieser Gesetzentwurf in der Tat, wenn man ihn durchschaut, nicht scharf zu kritisieren, weil das allermeiste ordentlich geregelt ist.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wie Sie genau wissen, ist das aber nicht das Problem. Denn in der letzten Sitzung haben wir über das Thema, warum der Gesetzentwurf immer noch nicht vorliegt, relativ ausführlich diskutiert. Kollege Holzapfel hat eben noch einmal daran erinnert. Wenn sich da nicht nur der Minister, sondern auch der Kollege von Hunnius hierher stellen und ausdrücklich von uns verlangen, jetzt beschleunigt zu beraten, nachdem die Landesregierung über Monate ohne jeden Grund auf dem Gesetzentwurf gesessen hat, statt uns rechtzeitig daran zu beteiligen, dann ist das in der Tat ein Sachverhalt, den man hier unterstreichen muss. Man geht nämlich offensichtlich davon aus: Sie haben die Mehrheit, und was das Parlament macht, ist nicht so wichtig. Das zeugt von Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das letzte Mal haben wir auch ein paar Anmerkungen dazu gemacht. Jetzt liegt dem Landtag logischerweise nur der Gesetzentwurf vor. Der damals auch mit bekannt gegebene Verordnungsentwurf ist von der Landesregierung verabschiedet worden, hat aber nicht mehr alles enthalten, was wohl ursprünglich im Entwurf vorgesehen war, sodass im Augenblick nicht nachprüfbar ist, ob man bezüglich dessen, was ich in der Debatte in der 80. Sitzung über die kleinkarierte Pfennig- bzw. Centfuchserie angemerkt habe, dabei geblieben ist oder ob man doch noch zu höheren Einsichten gekommen ist. Sie werden sich daran erinnern.

Herr Finanzminister, ich kann nur die Gelegenheit hier nutzen, noch einmal nachdrücklich darum zu bitten, dass man in der Tat die Einführung des Euro sowohl im Hinblick darauf, wie es die Menschen im Land empfinden, möglichst bürgerfreundlich gestaltet als auch im Hinblick darauf, dass die sich am Ende ergebenden Zahlen im Zweifel dann nach unten abgerundet werden, wenn es sich um Gebühren oder Ähnliches handelt, damit es Werte sind, mit denen man umgehen kann. Mit 1-Cent-

Beträgen intensiv zu argumentieren, kann man bei gutem Willen vielleicht auch vermeiden.

Meine Damen und Herren, ich will die Gelegenheit nutzen, zwei Dinge, die doch vielleicht von allgemeinem Interesse sind, anzumerken. Zum einen seien die lieben Kolleginnen und Kollegen – ich könnte mir vorstellen, nicht jeder hat es bisher ausführlich gelesen – darauf verwiesen, sich den Gesetzentwurf genauer anzugucken. Sie können dort den wunderfeinen, für Juristen durchaus bekannten Begriff der Entsteuerungsklausel nachlesen. Ich könnte mir denken, dass in diesem Hause zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Mehrheit noch nicht weiß, was das ist. Es wäre vielleicht gut, wenn es alle kennen lernen, weil es ein Begriff ist, den ich demnächst in meinen Sprachgebrauch übernehmen werde. Denn eine Entsteuerungsklausel ist eine ausgesprochen nette Sache.

Zweite Anmerkung: etwas Ernsteres. Meine Damen und Herren, wer bei Kleinigkeiten anfängt, macht es wahrscheinlich auch in „Großigkeiten“. Aus nichtigem Anlass haben Sie uns den Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Umstellung von Rechtsvorschriften auf Euro vorgelegt und nur so genannt. Es müsste aber, wenn die Überschrift den Inhalt vollständig beschreiben würde, ergänzt werden um die Überschrift: „und zur Korrektur eines Versehens bei der Gesetzgebung im Jahre 1987.“ Denn Sie haben in Art. 8 Nr. 1 eine Sache – ich sage einmal – hereingemogelt, die mit dem Euro überhaupt nichts zu tun hat, nämlich in einem Gesetz eine Überschrift aus dem Inhaltsverzeichnis zu streichen. Sie können sagen: Das ist läppisch. Richtig, dann kann man es aber auch lassen. Wenn man aber sagt, es ist ein Gesetz für die Euro-Umstellung und nebenbei hereinpakt, was einem gerade aufgefallen ist und was man nebenbei noch regeln muss, dann halte ich das schon für ein Problem. Vor allem: Dieses Mal passiert es bei Nichtigkeiten, beim nächsten Mal – das haben wir auch schon erlebt – könnte es bei bedeutenderen Dingen passieren, dass noch etwas beige packt wird.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie haben zur Sache nichts zu sagen!)

Herr Kollege Kartmann, man könnte fast sagen: Wer diese Camouflage bei Nichtigkeiten betreibt, der wird es auch bei wichtigen Dingen machen. Bei dem ist es offensichtlich Methode. Das sollte man in der Tat nicht tun.

(Norbert Kartmann (CDU): Kleinkariert!)

– Herr Kollege Kartmann, das ist nicht kleinkariert. Kleinkariert ist die Regierung, die meint, so etwas nötig zu haben. Denn ob die bedeutungslose Überschrift weiterhin in dem Gesetz steht oder nicht, hätte keinen Menschen gestört.

Wir hatten schon andere Fälle, in denen unter einer Überschrift plötzlich etwas ganz anderes geregelt wurde. Ich habe das erstens deshalb erwähnt, weil ich denke, dass es kritikwürdig ist, und zweitens habe ich es erwähnt, weil Sie, Herr Kollege, sich nicht einbilden sollten, dass die Opposition schläft. Wir merken auch solche Kleinigkeiten, und wir werden Sie auch darauf hinweisen. Sie sollten diese Versuche besser unterlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Dr. Lennert spricht für die CDU-Fraktion.

**Dr. Peter Lennert (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Euro-Umstellung ist ein Meilenstein in der EU-Entwicklung, und er ist von der Landesregierung planmäßig vorbereitet worden.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie ist gründlich in den Sand gesetzt worden, Herr Kollege!)

Da können Sie sich hier aufregen und groß herumschreien: Wer zu spät kommt, und so weiter. Ich sage Ihnen nur: Es ist rechtzeitig und kann selbst dann, wenn Sie eine dritte Lesung verlangen, noch rechtzeitig verabschiedet werden. Aber ich denke einmal, es steht auch diesem Hause an, solche Lappalien – denn das ist es – zügig zu beraten. Ich wundere mich überhaupt –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie den Euro für eine Lappalie?)

– Nein, nicht den Euro halte ich für eine Lappalie, mein lieber Herr Kaufmann, sondern es ist selbstverständlich, dass dort, wo vorher D-Mark stand, nachher Euro steht. Eine Verwaltung müsste das eigentlich ganz allein hinbekommen. Natürlich brauchen wir dazu ein Gesetz. Damit, dass später dort, wo D-Mark stand, dann Euro steht und eine entsprechende Umrechnung erfolgt, sollten wir uns hier beschäftigen, aber nicht so vertieft und so aufgeregt, wie das die Opposition gerade vorhat.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Es gibt dort, wo es notwendig ist, wo Vermögenswerte von Bürgern oder der öffentlichen Hand berührt sind, exakte Umrechnungen. Es wird weder zu versteckten Betragserhöhungen noch zu Leistungsminderungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger kommen.

Die Landesregierung hat die Umstellung rechtzeitig eingeleitet. Ich gehe auch davon aus, dass alle Behörden Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, Rundschreiben, Erlasse, Geschäftsbedingungen etc. rechtzeitig umstellen können, weil wir das hier spätestens Mitte November verabschieden. Die Anpassung der Gesetze und Verordnungen ist so selbstverständlich, dass ich mich wirklich darüber wundere, dass es hier zu einer Aussprache – und das auch noch in diesem Stil – kommen muss.

Lassen Sie mich noch Folgendes ansprechen, obwohl es mit dem Gesetz nichts zu tun hat. Denn hier geht es nur um die Beziehung der öffentlichen Hand zu den Bürgern und um die Beziehungen zwischen Institutionen der öffentlichen Hand. Aber in diesem Zusammenhang gibt es in der Tat Sorgen und Ängste, die von den Bürgern formuliert werden und denen sie sich ausgesetzt sehen. Ich denke, dass wir das ernst nehmen müssen. Da sind die vielen Gauner und Betrüger, die mit der Euro-Umstellung versuchen, den Bürgern Geld aus der Tasche zu ziehen. Das beginnt schon mit dem biedereren Vermieter, der fälschlicherweise behauptet, der Mietvertrag sei jetzt nicht mehr gültig und müsse neu abgefasst werden, und der sich dann einen finanziellen Vorteil in den neuen Vertrag einarbeitet. Insbesondere lehrt die Erfahrung: Ältere Menschen werden jetzt schon von Leuten aufgesucht, die unter den diversesten Vorwänden im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung an deren Ersparnisse wollen.

Die Hessische Landesregierung – aber nicht nur diese – hat hier bereits durch Informationsbroschüren viel Aufklärung der Bevölkerung betrieben. Kein Vertrag und

keine Vereinbarung wird durch die Euro-Umstellung ungültig. Wo die durch die exakte Umrechnung sich ergebenden ungeraden Beträge aus Gründen der Praktikabilität gerundet werden sollen, kann dies nur auf freiwilliger Basis und in gegenseitigem Einvernehmen der Vertragspartner geschehen. Die Sorgen, Nöte und Ängste der Bevölkerung bei der Währungsumstellung werden vor allem durch umfassende Informationen abgebaut. Ich denke, auch dies wird die Landesregierung weiter fortführen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Einbringung des Gesetzentwurfs und die erste Lesung haben stattgefunden.

Er wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Ich rufe jetzt noch **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) – Drucks. 15/2929 –**

Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Frau Kultusministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen gute Besserung.

(Beifall des Abg. Manfred Schaub (SPD) – Manfred Schaub (SPD): Das war nett! – Gegenruf von der CDU – Vizepräsidentin Veronika Winterstein: Vielen Dank!)

– Ja, das muss einmal sein.

Meine Damen und Herren, das Änderungsgesetz, das wir heute vorliegen haben, berührt keine grundsätzlichen Fragen des Kirchensteuerrechts oder auch der Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen für die Erhebung der Abgabe, sondern dieses Gesetz nimmt zum einen einige wenige redaktionelle Änderungen vor, und es ist zum anderen die Anpassung des Kirchensteuergesetzes an geänderte bundesrechtliche Vorschriften.

Bekanntlich orientiert sich die Kirchensteuer an der Einkommensteuer, und bekanntlich hat der Bund durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung eine Systemumstellung im Einkommensteuerrecht vorgenommen. Dieses Gesetz hätte zu einer nicht unbedeutenden Verringerung des Kirchensteueraufkommens geführt. Dies war von allen Fraktionen im Bundestag nicht gewollt. Deswegen haben gleichermaßen alle Fraktionen im Bundestag den § 51a im Einkommensteuerrecht geändert. Damit haben sie der Absicht Ausdruck verliehen, dass die Kirchensteuermindereinnahmen auf bundeseinheitlicher Basis verhindert werden sollen.

Nun hätte eine Belassung des hessischen Kirchensteuergesetzes natürlich bedeutet, dass diese Norm des Bundes keine Auswirkungen auf Hessen hätte. Dies ist nun zu vermeiden. Wir verbinden dies gleichermaßen damit, dass wir

auch für künftige Änderungen des Bundesrechts eine Dynamisierung der Verweisungsnorm vorgenommen haben, auf dass wir nicht immer in solchen Fragen das hessische Recht per Gesetz verändern müssen.

Das hessische Finanzministerium hat deswegen eine Gesetzesänderung vorgeschlagen. Das ist entsprechend mit den Kirchensteuerreferenten der anderen Bundesländer abgestimmt. Es ist auch unter Beteiligung der Steuerkommission der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie des Verbands der Diözesen Deutschlands abgestimmt worden. Die erste Abstimmung ist positiv verlaufen. Insofern sind Einwände auch nicht erhoben worden. Deswegen legen wir heute diesen Gesetzentwurf in erster Lesung vor.

Die Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und das Saarland haben bereits eine kirchensteuergesetzliche Änderung vollzogen. Alle anderen Bundesländer sind parallel zu uns im Moment in diesem Verfahren begriffen, sodass wir davon ausgehen können, dass in allen Bundesländern das Kirchensteuerrecht in der Weise, wie wir es heute vorgelegt haben, beraten und beschlossen werden wird. Ich bitte Sie sehr herzlich um eine zügige Beratung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war mal eine Einbringung, Herr Justizminister! So macht man das!)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das war die Einbringung des Gesetzentwurfs. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Damit hat die erste Lesung stattgefunden.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung ebenfalls dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Jetzt kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **Wahlen**

##### **a) Hauptausschuss**

**Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds – Drucks. 15/2869 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds – Drucks. 15/2906 –**

Mit Schreiben vom 26. Juni 2001 teilt die Fraktion der SPD mit, dass Herr Abg. Rolf Karwecki als Abgeordneter des Hessischen Landtags mit Wirkung zum 31. August 2001 sein Mandat niedergelegt hat. Dadurch wird die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses erforderlich. Mit der Ihnen vorliegenden Drucks. 15/2869 schlägt die Fraktion der SPD Herrn Abg. Michael Siebel als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses für die Nachwahl vor. – Weitere Vorschläge gibt es nicht. Dann lasse ich über den Vorschlag abstimmen. Wer möchte ihm zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Herr Michael Siebel einstimmig als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses gewählt.

Mit der vorliegenden Drucks. 15/2906 teilt die Fraktion der CDU mit, dass Frau Abg. Silke Lautenschläger ihr Amt als ordentliches Mitglied des Hauptausschusses ebenfalls niederlegt. Dadurch wird die Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds erforderlich. Mit der vorliegenden

Drucks. 15/2906 schlägt die Fraktion der CDU Herrn Abg. Klaus Dietz als Mitglied des Hauptausschusses zur Nachwahl vor. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wer stimmt diesem Wahlvorschlag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wurde Herr Klaus Dietz einstimmig zum ordentlichen Mitglied des Hauptausschusses gewählt.

##### **b) Landespersonalkommission**

**Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds – Drucks. 15/2870 –**

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen nicht alles vorlesen, wir haben es vor uns liegen!)

– Muss ich das nicht mehr vorlesen? – Es bezieht sich ebenfalls auf Herrn Kollegen Karwecki. Mit der Drucks. 15/2870 – das muss ich wohl schon vorlesen – schlägt die Fraktion der SPD den Abg. Bernhard Bender als stellvertretendes Mitglied der Landespersonalkommission vor. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer stimmt zu? – Keine Gegenstimmen. Damit wurde Herr Bernhard Bender einstimmig als stellvertretendes Mitglied der Landespersonalkommission gewählt.

**c) Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz**

**Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds – Drucks. 15/2871 neu –**

– Herr Präsident, es wäre vielleicht besser, wenn Sie mich ablösen könnten. – Vielen Dank.

(Präsident Klaus Peter Möller übernimmt den Vorsitz.)

##### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Ein Zeichen der guten Zusammenarbeit zwischen Frau Vizepräsidentin Winterstein und mir liegt darin, dass ich die schreckliche Stimme hatte und sie sie jetzt hat.

(Heiterkeit)

– Das ist aber rein äußerlich. Es ist sozusagen ein Zeichen der Sympathie, die Gebrechen des anderen zu übernehmen.

(Zuruf)

– Nein, sonst würde ich das nicht sagen. – Ist es richtig, dass wir bei Tagesordnungspunkt 4 c sind?

(Stefan Grüttner (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Da geht es um die Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz. Es liegt der Vorschlag der Fraktion der SPD vor, den Abg. Günther Becker (Gießen) als stellvertretendes Mitglied zu benennen. Wenn niemand widerspricht, kann das offen durch Handheben geschehen. – Niemand widerspricht einer offenen Abstimmung. Wer ist für diesen Vorschlag? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine, bei Abwesenheit des Gewählten. Damit ist er einstimmig gewählt worden.

Dann kommt

**d) Kuratorium der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung**

**Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds – Drucks. 15/2872 –**

Auf Vorschlag der SPD soll Frau Abg. Heike Habermann nachgewählt werden. Das kann ebenfalls offen geschehen. – Niemand widerspricht einer offenen Abstimmung. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Einstimmig so gewählt. Glückwunsch, Frau Kollegin, schon wieder ein Amt mehr.

**e) Theaterbeirat beim Staatstheater Darmstadt**

**Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds – Drucks. 15/2907 –**

Hier liegt ein Wahlvorschlag der CDU vor, und zwar soll Frau Iona Dörr (Bergstraße) Frau Lautenschläger als stellvertretendes Mitglied des Theaterbeirates nachfolgen. – Auch hier gibt es keine Bedenken gegen eine offene Abstimmung. Es gibt auch keine Gegenkandidaten. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Einstimmig so gewählt.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs sind hier. Was machen wir? Sollen wir noch ein bisschen abräumen?

(Manfred Schaub (SPD): Gleich Vereidigung! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abräumen!)

– Abräumen? – Dann räumen wir noch ein wenig ab.

Ohne Aussprache und noch nicht erledigt sehe ich Tagesordnungspunkt 11. Da müssen wir natürlich berichten, das ist klar. Wollen wir das später machen? – Die Berichterstatterin Frau Abg. Schönhut-Keil ist da. Machen wir es doch.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz – Drucks. 15/2905 zu Drucks. 15/2757 –**

Frau Kollegin Schönhut-Keil ist als Berichterstatterin schon hier.

**Evelin Schönhut-Keil, Berichterstatterin:**

Herr Präsident, verehrte Kollegen! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 79. Plenarsitzung am 22. August 2001 überwiesen worden. Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. September 2001 beraten und ist einstimmig zu der zuvor genannten Beschlussempfehlung gelangt.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Wer ist für die Annahme des Gesetzentwurfs in zweiter Lesung, wie eben von der Berichterstatterin mitgeteilt? – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine, einstimmig. Der Landtag macht Ihnen nicht immer nur zu schaffen. Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig zum Gesetz erhoben worden.

Ich komme jetzt zu **Tagesordnungspunkt 5:**

**Vereidigung eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 1 und 2 StGHG**

und

**Hinweis auf den bereits geleisteten Eid eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 und 2 StGHG**

Meine Damen und Herren, ich darf Herrn Prof. Lange als Präsidenten des Staatsgerichtshofs bitten, hier zu amtieren und die Damen und Herren aufzurufen, die er zu vereidigen gedenkt. Wenn der Akt selbst stattfindet, stehen wir natürlich auf.

**Prof. Dr. Klaus Lange, Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof sind die neu und wieder gewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofs vor dem Landtag durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs zu vereidigen bzw. auf die Fortgeltung des früher geleisteten Eides hinzuweisen. Neu gewählt ist Herr Bombe. Herr Bombe, darf ich Sie bitten, zu mir zu kommen?

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Der Eid, den das Gesetz über den Staatsgerichtshof vorsieht, lautet: „Ich schwöre, dass ich gerecht richten und die Verfassung getreulich wahren will.“ Sie können dem Eid eine religiöse Beteuerung hinzufügen. Ich darf Sie bitten, mir nachzusprechen:

Ich schwöre, dass ich gerecht richten und die Verfassung getreulich wahren will.

**Ekkehard Bombe, Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Ich schwöre, dass ich gerecht richten und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Prof. Dr. Klaus Lange, Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen für Ihr Amt im Staatsgerichtshof alles Gute.

(Beifall)

Wieder gewählt ist Frau Fertig. Frau Fertig, ich darf Sie ebenfalls bitten, zu mir zu kommen. Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof ist es so, dass dann, wenn ein Mitglied des Staatsgerichtshofs wieder gewählt wird, die Vereidigung durch den Hinweis auf die Fortgeltung des früher geleisteten Eides ersetzt wird.

Frau Fertig, Sie sind, nachdem Sie dem Staatsgerichtshof zunächst als stellvertretendes Mitglied angehört hatten, seit dem 2. Oktober 1988 ständiges Mitglied des Staatsgerichtshofs. Sie sind 1994 und am heutigen Tage wieder gewählt worden. Vereidigt wurden Sie bereits als stellvertretendes Mitglied vor Ihrer ersten Amtsausübung in der Sitzung des Staatsgerichtshofs am 11. Juni 1986. Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof weise ich Sie darauf hin, dass dieser Eid Sie auch für die neue Amtszeit bindet.

Ich gratuliere auch Ihnen zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen alles Gute für die weitere Amtsausübung.

(Beifall)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Präsident des Staatsgerichtshofs, ich bedanke mich bei Ihnen, beglückwünsche die Gewählten und wieder Berufenen, wünsche dem Staatsgerichtshof eine allzeit gute Hand und gratuliere im Namen des Parlaments.

(Beifall – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, wir fahren um 15 Uhr mit unserer Sitzung fort.

(Unterbrechung von 12.48 bis 15.02 Uhr)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen, meine Herren! Ich setze die Sitzung fort und rufe **Tagesordnungspunkt 32** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen – die Jobmaschine Deutschlands – Drucks. 15/2928 –**

Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Reif von der CDU-Fraktion.

**Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschlands Wirtschaft stagniert, und Hessen boomt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deutschland befindet sich am Rande einer Rezession. Das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik ist das geringste in Europa. Das Wirtschaftswachstum sinkt unter 1 %. Deutschlands Wirtschaft befindet sich, wie eine der großen deutschen Wirtschaftszeitungen jüngst schrieb, im freien Fall. Von einem hausgemachten Wirtschaftsdesaster ist die Rede. Dies alles und viel mehr sind die Horrormeldungen, die wir fast täglich der Presse entnehmen können.

Die Bundesrepublik hat mittlerweile eine bremsende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum in Europa. Im zweiten Quartal des Jahres 2001 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur noch um ganze 0,6 %. Das bedeutet, dass es praktisch eine Stagnation, ja, dass es ein Nullwachstum gibt, wie es Bundeskanzler Schmidt einmal nannte. Während Deutschland in den Achtzigerjahren und bis weit in die Neunzigerjahre hinein die Wachstumsmotivlokomotive der Europäischen Union war, haben wir unter der Regierung Schröder/Fischer die Funktion des Bremsklotzes übernommen.

(Beifall bei der CDU – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Ach du liebe Zeit!)

Das ist für Europa fatal. Denn wir, die der Bundesrepublik Deutschland, die mit über 80 Millionen Einwohnern das bevölkerungsstärkste Land in ganz Euroland ist, haben damit eine fatale, schlechte Beispielfunktion übernommen. Im Gegensatz zu allen anderen Regierungen der Ländern der Eurozone haben es Bundesfinanzminister Eichel und Bundeskanzler Schröder verpasst, die Ar-

beitsmärkte zu deregulieren, die Steuerpolitik mittelstandsfreundlich zu gestalten und die Bürokratie wirksam abzubauen. Die wirtschafts- und finanzpolitische Bilanz der Bundesregierung in Berlin liest sich wie nämlich ein sozialistisches Regulierungshandbuch aus vergangenen Zeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur einige der wichtigsten Dinge aus diesem Regulierungshandbuch erwähnen. Dies sind das 630-DM-Jobvernichtungsprogramm, die erneute Regulierung des Kündigungsschutzes, die Rücknahme der verminderten Lohnfortzahlung, der voraussetzungslose Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, die Einschränkung der befristeten Arbeitsverträge, die Ausweitung der Mitbestimmung, die Herabsetzung der Schwellenwerte, die überbürokratisierten Regeln zur Scheinselbstständigkeit, die Verlängerung der Abschreibungsfristen für Anlagegüter, die Benachteiligung mittelständischer Personenunternehmen z. B. durch die Unternehmenssteuerreform und, last, but not least, ein 65-Milliarden-DM-Steuer mehrbelastungsprogramm mit dem Namen Ökosteuer und vieles andere mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das alles sind Blockiersysteme für die freie und positive Entfaltung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wir aber brauchen ein Antiblockiersystem für die Wirtschaft. Das ist erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Auswirkungen dieser Politik spüren wir auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt fast 4 Millionen Arbeitslose statt der versprochenen 3,5 Millionen Arbeitslosen. Mit 4 Millionen Arbeitslosen sagen Sie uns noch nicht einmal die Wahrheit. Selbst diese Zahl konnte nur mit Täuschungen, Tricks und Tarnungen erreicht werden. Arbeitslose 58-Jährige gehen bei dieser Bundesregierung nicht mehr in die Statistik ein. Auch die Beschäftigungszahlen sagen bei dieser Bundesregierung nur noch die halbe Wahrheit. Ihr geringer Anstieg ist einzig und allein auf die Einbeziehung und Einberechnung der 630-DM-Jobs zustande gekommen. Diese Jobs waren früher in der Statistik nicht ausgewiesen. Meine Damen und Herren, trotz dieser Trickserei werden Sie es nicht schaffen, Ihr Wahlversprechen einzuhalten und die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen Erwerbstätige zu senken.

(Beifall der Abg. Martina Leistenschneider (CDU))

Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, dann haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden.

So sprach Gerhard Schröder nach dem Machtwechsel 1998.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Michael Denzin und Roland von Hunnius (FDP))

Diesem Satz des Kanzlers mit der ruhigen Hand ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Siegbert Ortman (CDU): Mit der eingeschlafenen Hand!)

Dem Kanzler schläft hier offenbar der Arm ein.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Aus Regierungskreisen in Berlin hört man, der Grund für den wirtschaftlichen Abschwung bestehe in der labilen

Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten und in den schlechten internationalen Rahmenbedingungen. Hessen ist das wohl am internationalsten und am globalsten ausgerichtete Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In keinem anderen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland ist die Internationalisierung der Wirtschaft und des Dienstleistungswesens so weit und so speziell fortgeschritten wie in Hessen und hier speziell im Rhein-Main-Gebiet. Nach den Verlautbarungen der rot-grünen Bundesregierung in Berlin müsste Hessen also am stärksten unter dem amerikanischen Abschwung leiden und die rezessiven Wirkungen am deutlichsten spüren. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Die tatsächliche Situation ist nämlich eine andere. Hessen boomt. Diese Entwicklung scheint sich von Monat zu Monat zu verfestigen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Herr von Plottnitz, im Gegensatz zu der Zeit, in der Sie die Regierungsverantwortung mit innehatten, haben wir schlechtere Bedingungen, aber offensichtlich eine bessere wirtschaftliche Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie? Das darf doch nicht wahr sein!)

Das hat etwas mit der Landesregierung zu tun.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das müssen Sie heute letzten Endes einsehen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3 % konnte Hessen im Jahre 2000 den höchsten Zuwachs seit 1992 erzielen. Das Statistische Landesamt veröffentlichte vorgestern, dass sich Hessen mit einem Zuwachs von 2,1 % beim realen Inlandsprodukt im ersten Halbjahr des Jahres 2001 an die Spitze aller 16 Bundesländer setzte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen boomt. Damit blieb das gesamte Wirtschaftswachstum mit 1 % im Berichtszeitraum um mehr als 1 Prozentpunkt hinter dem des Spitzenreiters Hessen zurück.

Damit hat die augenblickliche weltweite Konjunkturlaute zu einer in Hessen weniger ausgeprägten Wachstumsdelle geführt als in den anderen alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern kam es im ersten Halbjahr 2001 sogar zu einer gesamtwirtschaftlichen Rezession. Damit erweisen sich ein weiteres Mal die beiden rot-rot regierten Länder Mecklenburg-Vorpommern – Minuswachstum von 2,1 % – und Sachsen-Anhalt – Minuswachstum von 1,8 % – als traurige Schlusslichter. Einzig und allein die beiden von der Union geführten Länder Thüringen und Sachsen können im Osten ein positives Wachstum vorweisen.

Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger belegt Hessen mit rund 60.000 Euro – das sind rund 120.000 DM – den ersten Platz unter den Flächenländern. Es ist heute Morgen schon erwähnt worden: Die international renommierte Ratingagentur Standard & Poor's hat in ihrer jüngsten Bonitätsprüfung Hessen aufgrund seines Pro-Kopf-Sozialprodukts von 121 % des gesamtdeutschen Durchschnitts als eine der reichsten Regionen Europas eingestuft und mit der Bestnote AAA ausgestattet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nichts Neues!)

Der Anteil Hessens am Bruttoinlandsprodukt lag also bei knapp 10 %, wie auch im Jahr zuvor. Das heißt, 7 % der deutschen Bevölkerung erwirtschaften 10 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Das kann sich doch sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeitsmarktzahlen geben ein ähnlich positives Bild her. Während die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Mai und im August im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen ist, sinkt die Zahl der Arbeitslosen in Hessen kontinuierlich. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit in den zurückliegenden zwölf Monaten nimmt Hessen im Vergleich der Bundesländer weiterhin, teilweise mit deutlichem Abstand, die Spitzenposition ein. Binnen eines Jahres sank die Arbeitslosigkeit um 5,3 % auf den niedrigsten Stand seit 1992. Im Vergleich zum 7. April 1999, also dem Tag, als Roland Koch und Ruth Wagner die Regierung übernahmen, sank die Zahl der Arbeitslosen um 55.000, die Arbeitslosenquote also um 22 %.

(Beifall bei der CDU)

Das kann sich doch sehen lassen. Dagegen verzeichnen einige rot geführte Länder weiterhin steigende Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu den Vormonaten.

In diesem Zusammenhang sind wir besonders stolz auf die Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit. Wirklich: Hessen – hier die Zukunft. So steht es an den Autobahnen geschrieben, auf denen täglich Tausende von Pendlern aus Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen nach Hessen kommen, um ihre Arbeitsstellen aufzusuchen. In Hessen entstehen Jobs. Bei den unter 25-Jährigen reduziert sich die Jugendarbeitslosigkeit weiter. Wir haben nach wie vor den höchsten Rückgang in der Jugendarbeitslosigkeit in ganz Deutschland vorzuweisen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Jahre 2001 gibt es zum ersten Mal wieder mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. Das ist eine wahrlich stolze Leistung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Beim Zuwachs an Arbeitsplätzen steht Hessen an erster Stelle in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im letzten Jahr um 48.000 Personen an. Seit dem Regierungsantritt 1999 gibt es sogar 130.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in diesem Land. Diese Entwicklung wird weitergehen, denn in der jüngsten Presseerklärung des Landesarbeitsamts Hessen – weiß Gott kein Institut der CDU/FDP-Landesregierung – heißt es wörtlich: „Der Einstellungsbedarf in Hessen ist nach wie vor hoch.“ Hessen ist also eine wahre Wachstumslokomotive in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Woher kommt denn dieses Wachstum? Hier einige Beispiele: Die Bedingungen für die Biotechnologie haben sich seit 1999 grundlegend geändert. Die Landesregierung sieht Chancen im Bereich von Wissenschaft und Forschung und in der Wirtschaft mit dem notwendigen Weitblick. Die Zahl der hessischen Biotechnologieunternehmen stieg rapide an, bis zum Jahre 2000 um 15 %. Über 15.000 Mitarbeiter nehmen in 330 hessischen Biotechnologieunternehmen mittlerweile ihre Arbeitsplätze ein.

(Zurufe von der SPD)

Vor 1999 wanderten die gleichen Firmen nach Bayern, nach Baden-Württemberg oder nach Nordrhein-Westfalen ab.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Im Bereich der Telekommunikation nimmt Hessen mittlerweile national und international eine Drehscheibenfunktion ein. Rund 200 lizenzpflichtige Telekommunikationsanbieter haben ihren Sitz in Hessen. Große amerikanische Telekommunikationsfirmen wie Colt Telecom, MCI und WorldCom sowie Netzwerkanbieter wie Nortel haben sich in Hessen niedergelassen. In Hessen befindet sich auch der DE-CIX, der deutsche Internetknoten, über den 85 % aller Deutschen und 35 % aller internationalen Internetverbindungen abgewickelt werden. Das ist wahrlich beachtlich.

Die Verkehrsinfrastruktur wird stetig verbessert. Ein zentrales Wahlversprechen der Landesregierung, die Straßenbaumittel in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln, ist mittlerweile eingelöst worden. Mit dem vorliegenden Haushalt werden wir diese Zielvorgabe nicht nur erreichen, sondern übertreffen. In den nächsten Jahren stehen für den Um- und Ausbau von Landesstraßen rund 46 Millionen Euro zur Verfügung. Das gesamte Straßenbauprogramm für das Jahr 2002 umfasst 55 Millionen Euro. Das sind Investitionen des Landes Hessen in den Standort und in die Lebensqualität, insbesondere zugunsten der strukturschwachen Gebiete und der ländlichen Bevölkerung, die in den acht Jahren von Rot-Grün sträflichst vernachlässigt wurden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege Reif, die Redezeit ist abgelaufen.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Nach zweieinhalb Jahren der Regierung Koch/Wagner haben sich, wie ich dargelegt habe, die Rahmendaten für Hessen grundlegend geändert. Von einem Land mit durchschnittlichen Wachstumsraten, durchschnittlichen Arbeitsmarktkennzahlen und unterdurchschnittlichen Ausbildungsmarktzahlen hat sich Hessen zum Muster-schüler in der Bundesrepublik Deutschland gemausert. Erstmals in der Geschichte belegen wir in allen wichtigen Bereichen den ersten Platz: im Wirtschaftswachstum, in der Produktivität, beim Abbau der Arbeitslosenquote, beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Hessen – hier ist die Zukunft: Das war noch nie so zutreffend wie im Herbst 2001.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege Reif, Schlusssatz.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Dafür wollen wir mit dieser Landesregierung stetig und andauernd sorgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Kollege Riege für die SPD-Fraktion.

#### **Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Reif, ich will nicht verhehlen, dass ich Sie bewundere, mit welcher Ernsthaftigkeit und Begeisterung Sie uns diese Rede zum vierten Mal vorgetragen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie waren beim ersten Vortrag von Ihrer Rede genauso begeistert wie heute. Das finde ich schon erstaunlich.

(Stefan Grüttner (CDU): Die Zahlen sind ja auch stark! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich werde Ihnen jetzt zum vierten Mal antworten, obwohl das alles in einem einzigen Jahr stattfindet. Ich will Sie nett daran erinnern, dass hier auch schon einmal ein Antrag auf dem Tisch lag, der den Titel trug: „Der Strick um den Hals Hessens wird immer enger“. Das passt natürlich nicht gut zu dem Vortrag, den Sie jetzt das vierte Mal gehalten haben.

Wir haben heute Morgen eine ähnliche Rede gehört – die nicht so begeistert war, das gebe ich zu –, nämlich die des Finanzministers zur Lage des Landes.

(Zurufe von der CDU)

Der Antrag, den wir heute vorliegen haben, betrifft eigentlich nicht die Jobmaschine Hessen. Das, was Sie zum wiederholten Male vorgetragen haben, betrifft vielmehr die Jobmaschine Bundesrepublik Deutschland.

(Zurufe von der CDU)

Dass wir in Deutschland hinsichtlich dieser Jobmaschine Geschwindigkeitsunterschiede haben, ist schon lange kein Geheimnis mehr und insofern keine Neuigkeit.

Was Sie mit dem ersten Absatz Ihres Antrags feststellen wollen, hat Ihnen allerdings der Kollege Kaufmann heute Vormittag schon weggenommen. Das war wohl eine Fehlinterpretation der Augustzahlen des Arbeitsmarktes, was mit den Ferienterminen in den anderen Bundesländern zu tun hatte. Ich bin sehr dankbar, dass Sie insofern Ihre Rede aktualisiert haben und auf den ersten Absatz Ihres Antrages, das ist ja mehr als die Hälfte, schon gar nicht mehr eingegangen sind.

(Norbert Kartmann (CDU): Was machen Sie eigentlich, wenn die Zahlen stimmen und die Ferien vorbei sind, Herr Riege?)

Ich wiederhole, was ich schon einmal gesagt habe – in der Wiederholung liegt der pädagogische Effekt –, und ich gehe davon aus, dass so wie die vergangenen drei Male die Presse auch dieses Mal Ihre Jubelrede nicht aufnehmen wird. Das bedauere ich insofern, weil dann auch von mir nichts in der Presse stehen wird, aber das Leid tragen wir dann gemeinsam.

(Heiterkeit bei der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Geben Sie es zu Protokoll!)

Zunächst einmal will ich daran erinnern, dass wir erst am 6. Juni das letzte Mal über diese Jobmaschine Hessen gesprochen haben.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir können nicht oft genug darüber sprechen! – Clemens Reif (CDU): Hier geht es um Menschen und Arbeitsplätze!)

Ich war doch einigermaßen überrascht – jetzt etwas ernsthafter, Herr Kartmann –, als ich gesehen habe, dass Sie diesen Antrag am 17. September dieses Jahres unterschrieben haben, als Entschließungsantrag, also nicht gedacht für die sachliche Beratung im Ausschuss, sondern zur Verabschiedung hier im Parlament. Da hätte ich doch erwartet, dass etwas Nachdenklichkeit bei Ihnen eingekehrt wäre.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Zum Thema!)

Aber selbst heute, am 26. September, ist dies noch nicht der Fall, und das bedauere ich. – Herr Reif, ich warne Sie, bitte hören Sie mir zu. Wer sich so verantwortlich macht, wie Klein Fritzchen sich die Wirtschaftspolitik immer erklärt, die Regierungen sind für die Arbeitsplätze zuständig, und wenn keine da sind, ist die Regierung schuld – –

(Michael Boddenberg (CDU): Kommen Sie doch zu den Fakten! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Der Reif ist ein guter Mann!)

– Ich wollte doch mit Herrn Reif über das Thema reden, da kann man doch keine Fakten gebrauchen, Herr Boddenberg. Ich komme mit Fakten, die von Ihrem eigenen Schwiegervater stammen, Herr Boddenberg, Sie werden sich noch wundern. – Aber zunächst dazu, dass Sie sich im Wesentlichen mit der Entwicklung von 1999 bis 2000 beschäftigen, ohne nur einen Atemzug darauf zu verwenden, dass am 11. September hier etwas Entscheidendes passiert ist, was sowohl die Landesregierung in Hessen als auch die Bundesrepublik insgesamt dazu veranlasst, innezuhalten, ob wir Anlass zum Jubel haben. Deswegen wundere ich mich schon, dass Sie so tun, als hätte es den 11. September nicht gegeben.

(Siegbert Ortmann (CDU): Haben Sie dafür Ihre Rede gebraucht? – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Schweifen Sie doch nicht ab!)

Es kommt uns so vor – ich will das nicht verheimlichen –, als wollten Sie eine Angelegenheit, die eher Anlass zum Traurigkeit ist, partout zu einer Jubelfeier umdeuten.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): In dieser Phase unserer Wirtschaft! – Stefan Grüttner (CDU): Das ist ziemlich daneben, schwer daneben!)

Der Finanzminister hat heute Morgen mit sehr ernster Stimme darauf aufmerksam gemacht, dass es ab jetzt ausgesprochen schwierig ist, in die Zukunft zu schauen. – Sie sind beratungsresistent, davon gehe ich aus.

(Norbert Kartmann (CDU): Erst denken, dann reden, Herr Riege!)

Trotzdem rufe ich Ihnen in Erinnerung, dass es einen Quartalsbericht der Handwerkskammer Rhein-Main gibt – und das ist das, Herr Boddenberg, was ich von Ihrer Seite an Fakten beizutragen habe – über das zweite Quartal 2001.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Hessen ist größer als Rhein-Main!)

Ich trage Ihnen nur einen Absatz vor aus dem Begleitschreiben für das hessische Handwerk:

(Heinrich Heidel (FDP): Lesen können wir alle!)

Die Konjunktorentwicklung des Handwerks ist auch im Rhein-Main-Gebiet weiterhin nach unten gerichtet. Zum ersten Mal seit zwei Jahren überwiegt in der Rhein-Main-Region der Anteil der Betriebe, die ihre Geschäftslage als schlecht bezeichnen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): 630 DM, Betriebsverfassungsgesetz!)

Er überwiegt den Anteil derjenigen, die mit ihrer Geschäftsentwicklung zufrieden sind. Im ersten Quartal war der Saldo noch leicht positiv. Danach setzt sich im zweiten Quartal der Abwärtstrend fort.

Wir stehen kurz vor dem Ende des dritten Quartals, und ich bin kein Prophet, aber ich sage Ihnen voraus, die Nachricht wird nicht besser werden, wenn der Abschlussbericht über das dritte Quartal vorliegt. – Herr Reif, es besteht insofern kein Grund, die Rede aus dem Juni unverändert zu halten. Sie können davon ausgehen, dass Sie da falsch liegen. Ich wiederhole mich nicht, aber ich erinnere noch einmal daran: Wer sich so verantwortlich macht für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes, wie Sie es uns hier wie Klein Fritzchen weismachen wollten, dass das die Landesregierung wäre, der muss sich darauf gefasst machen, dass er, wenn andere Entwicklungen kommen, auch dafür in Haftung genommen wird.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sagen Sie etwas zum Thema! – Weitere Zurufe von der CDU)

Nur damit Sie nicht überrascht sind, wenn wir am Ende des vierten Quartals eine noch schlechtere Diskussion zu dieser Sache bekommen, als wir sie jetzt schon haben.

(Clemens Reif (CDU): Wenn Sie Klein Fritzchen sind, bin ich der Friedrich!)

Meine Damen und Herren, viele meiner Kolleginnen und Kollegen, und ich denke, es war sogar mehr als die Hälfte, waren gestern auf dem parlamentarischen Abend des Verbandes der hessischen Unternehmen. Ich weiß nicht, was Sie für Gespräche geführt haben, aber mit mir hat niemand gesprochen – –

(Lachen und demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Stefan Grüttner (CDU): Ach, das tut uns Leid, wenn niemand mit Ihnen spricht!)

Mit mir hat niemand gesprochen, der die Landesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verantwortlich gemacht hätte.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das mag bei Ihnen anders gewesen sein.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Man muss auf die Menschen zugehen!)

Herr Reif, vielleicht ist das einmal eine neue Lektüre für Sie: Die ökonomischen Rahmenbedingungen des Landes werden in dieser Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ aktuell im August 2001 beschrieben. Ich bin neugierig, ob Sie wenigstens die Überschriften gelesen haben. Da steht Folgendes: Im verarbeitenden Gewerbe ging die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im August

zurück. Die preisbereinigten Aufträge gingen um 3,3 % zurück.

(Stefan Grüttner (CDU): Das sind doch keine Überschriften!)

Jetzt kommen die Überschriften: Die Auslandsnachfrage lässt zu wünschen übrig, Umsatzeinbruch in der Kraftfahrzeugbranche, Beschäftigtenabbau kommt noch immer nicht zum Stillstand, wieder weniger Aufträge im Baugewerbe

(Staatssekretär Dirk Metz: Ruhige Hand! – Norbert Kartmann (CDU): Das ist Schröder!)

– das ist für Hessen nicht die ruhige Hand, Entschuldigung, das ist die Hand von Herrn Posch und seinen Kollegen, die die Wirtschaftspolitik und alles, was hier im Land passiert, verantworten –, sinkende Umsätze, unverändert rückläufige Beschäftigungszahlen, der Abwärtstrend im Wohnungsbau setzt sich fort.

(Zurufe von der CDU – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das haben wir doch gerade gehört!)

Herr Reif, wenn ich nur diese Überschriften nehme, haben wir Grund genug, diese Regierung zu verjagen, weil sie nur negative Zahlen produziert.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Sie meinen die in Berlin!)

Das sind die Fakten, die über „Staat und Wirtschaft in Hessen“ von dem Hessischen Statistischen Landesamt verbreitet werden. Ich mache mir nicht die Mühe und mute Ihnen nicht zu, die Überschriften noch im Detail zu unterlegen

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist jetzt erst recht Klein Fritzchen, was Sie machen! – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Haben Sie heute Vormittag nicht zugehört?)

mit den Tatsachen, die sich hinter diesen Überschriften verbergen. Ich empfehle Ihnen nur, und nicht nur Ihnen, sondern auch dem Ministerpräsidenten, der noch vorgestern eine Pressemeldung absetzte: „Gemeinsame Anstrengungen führen in allen Bereichen zu Erfolgen“, einmal darüber nachzudenken: Meine Damen und Herren, merken Sie, warum Sie nicht ernst genommen werden in der öffentlichen Wahrnehmung mit Ihrer Wirtschaftsprophetie?

(Lachen bei der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Das haben mir aber die Leute anders gesagt, und ich habe mit ihnen gesprochen!)

Weil die Fakten für diejenigen, die die Wirtschaftspolitik ernsthaft betreiben und beobachten, nicht dazu angetan sind, solche Jubelreden zu halten, insbesondere dann nicht, wenn man einen 11. September 2001 hinter sich hat. Das will ich noch einmal in Erinnerung rufen.

Meine Damen und Herren, in dieser Woche geht das dritte Quartal zu Ende, und ich fürchte, die Zahlen in „Staat und Wirtschaft in Hessen“, die nächstens erscheinen, werden uns noch mehr zum Nachdenken bringen.

(Clemens Reif (CDU): Wir sind wieder besser als alle anderen!)

Das wage ich bei Ihnen nicht zu hoffen. Sie werden aber sicherlich nicht dazu führen, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in Erfolgen sonnen können. Es klingt nach unserer Einschätzung eher wie das Pfeifen im Wald, wenn Sie jetzt noch so tun, als hätte sich

nichts geändert. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die darauf vertrauen, dass man den Konsumenten raten soll, jetzt abzuwarten. Ich bin allerdings auch nicht so geneigt wie der Bürgermeister von New York, zu sagen: Esst und trinkt und tut so, als wäre nichts gewesen. – Ich weiß sehr wohl, das hat der Ministerpräsident uns gestern auch gesagt –

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das hat er nicht gesagt, das ist eine falsche Unterstellung!)

– Seien Sie einmal ruhig. Das hat Ihr eigener Ministerpräsident gestern zweimal gesagt, einmal hier und einmal gestern Abend. Jetzt hören Sie aber auf.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie sollten zuhören!)

– Herr Dr. Lübcke, schämen Sie sich!

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist primitiv, was Sie sagen! Sie haben Giuliani nicht verstanden!)

– Er hat eine psychologische Wirkung auf seine Bevölkerung ausüben wollen mit diesem Satz, und daran habe ich angeknüpft, und weiter nichts. Sie sind borniert und merken nicht, was ich sage.

(Zurufe von der CDU)

Unabhängig davon kommen wir doch zurück. Ich verstehe das, was Herr Reif hier vorgetragen hat, als Pfeifen im Wald und habe sehr wohl ernst genommen, dass der Ministerpräsident diesen Sachverhalt zweimal am gestrigen Tage vorgetragen hat,

(Stefan Grüttner (CDU): Aber richtig und ordentlich im Zusammenhang!)

dass es jetzt darauf ankommt, den Leuten Mut zu machen, ihr Leben wieder weiterzuführen wie vorher. Nichts anderes habe ich gesagt, und Sie wollten etwas anderes hören. Ich frage mich nur: Haben Sie noch in Erinnerung, was Ihr eigener Finanzminister heute Morgen gesagt hat? Wo fördern denn das Land und die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen Entwicklungen und Strukturen in Hessen, die in Zukunft auch nach der Überwindung der jetzigen Schwierigkeiten neue Chancen für neue Beschäftigung und für Wachstum geben werden?

Meine Damen und Herren, wir haben das heute Morgen gehört. Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung findet nicht statt.

(Clemens Reif (CDU): Wo nicht?)

Zum Beispiel Meister-BAföG, Haushaltsplan des Landes Hessen für nächstes Jahr.

(Clemens Reif (CDU): Wo leben Sie denn?)

Morgen fährt der Wirtschaftsminister dieser Landesregierung zur ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes der Bundesregierung zum Bundesrat. Der Haushaltsplan des Landes Hessen sieht keine müde Mark für den Anteil des Landes vor, den es nach diesem Gesetz zu leisten haben wird. Das wäre eine zukunftsweisende Struktur, auf der Sie Ihre Haushaltsplanung einrichten würden. Daran denken Sie vor lauter Euphorie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns über die Finanzplanung verständigt. Natürlich gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Eines ist doch unstrittig, das hat sogar Herr von Hunnius zugegeben: Wir machen nicht so viel, wie wir im investiven Bereich machen müssten.

Wer 600 Millionen DM für den Wiedereinstieg bei der Helaba als investive Maßnahme verkauft, der darf sich nicht wundern, wenn das keine Investitionstätigkeit im Lande auslöst. Die Neuverschuldung wächst unaufhörlich weiter. Das Einzige, was Sie damit schaffen, ist, die Nachfrage nach Krediten zu stärken.

Ich wundere mich auch, mit welcher Freiheit Sie auf die Bundesregierung schimpfen, die eine Tabaksteuererhöhung macht. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben einen solchen Schuldenberg aufgehäuft, dass wir nicht mehr in der Lage sind, in Notsituationen Kredite aufzunehmen. Das ist das, was Sie als wirtschaftspolitische Leistung hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

– Herr Grüttner, „Nettoneuverschuldung“, das ist ein verwirrender Begriff für die Bevölkerung. Das heißt doch in Wirklichkeit, Sie nehmen immer mehr Kredite auf, als Sie mit Tilgung zurückbezahlen. Sie können noch nicht einmal ein Datum nennen. Der Finanzminister des Bundes hat wenigstens ein Datum genannt, wann er diesen Zustand beenden will – im Jahre 2005.

(Zuruf von der CDU: Wer ist das?)

Sie haben aber in der mittelfristigen Finanzplanung kein einziges Datum, aus dem man entnehmen könnte, wann Sie mit der Nettoneuverschuldung, d. h. mit dem ständigen Erhöhen des Schuldenbergs, aufhören wollen. Dazu ist heute kein Wort gesagt worden. Wie wollen Sie dann das Land zukunftsfähig machen? Ich sehe, man kann sich mit Ihnen ernsthaft nicht auseinander setzen.

(Stefan Grüttner (CDU): Oh doch! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Nennen Sie doch einmal Fakten!)

Zum vierten Mal: Die Neuverschuldung ist ein Maß für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Wenn Sie die nicht beenden – und dafür gibt es bisher überhaupt keine Anzeichen –, dann werden Sie dieses Land nicht zukunftsfähig machen. Wir haben investive Bereiche, in denen Sie nichts tun: Krankenhausbau, Altenpflegeheimbau, Wohnungsbau – nichts vorgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es denn mit dem Dorferneuerungsprogramm aus?

(Zurufe von der CDU)

Alles wird gekürzt, was investive Maßnahmen wären. Meine Damen und Herren, auch wohlwollende Beobachter – dazu gehöre ich nicht – können nicht feststellen, dass diese Regierung einen positiven Beitrag zur ökonomischen Entwicklung Hessens leistet, wie Sie das im letzten Absatz Ihres Antrages schreiben. Deshalb werden Sie nicht überrascht sein, dass wir den Antrag ablehnen werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Abg. Denzin für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Schlusssatz von Herrn Riege ist eigentlich die Erklärung.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Herr Kollege Riege, nicht staatliche Maßnahmen machen eine Wirtschaftskonjunktur aus, sondern eine verlässliche Politik macht das.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist genau der Punkt, an dem sich Hessen von anderen Bundesländern unterscheidet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oje!)

Alles das, was Sie an Zwischenüberschriften vorgelesen haben, trifft leider zu. Es trifft auch zu, dass die Entwicklung in Hessen Gott sei Dank besser als die in allen anderen Bundesländern ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das geht über unsere Strukturvorteile und unsere zentrale Lage im Bundesgebiet hinaus, weil wir nämlich unseren Tabellenplatz entscheidend verbessert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Warum haben wir den verbessert? Weil die Politik dieses Wirtschaftsministers und die Politik dieser Landesregierung verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Weil diese Politik genau die Defizite, die wir übernehmen mussten – sei es in der Schule, sei es in der Hochschule, die Sie über zehn Jahre jämmerlich vernachlässigt haben –, ausgebügelt hat. Weil wir über 3.000 Lehrerstellen neu geschaffen haben. Weil wir in den Hochschulen die Akzente setzen. Weil z. B. die TH Darmstadt und ihr nachfolgend die Universitäten Frankfurt, Marburg, Gießen und einige Fachhochschulen jetzt auch in den Biotechnologiefächern Diplomstudiengänge anbieten. Weil dieser Wirtschaftsminister z. B. den ganzen Medienbereich ernsthaft angegangen ist und wir mit etwas Anstoßhilfe sehr viel bewegen.

Wir kommen genau an den Punkt, wie weit man aktiv Wirtschaft anschieben kann, wie weit man Wirtschaftspolitik eines Landes aktiv gestalten kann. Es ist ein ganz schmaler Pfad. Ihre Antwort ist: Regulierungen, gesetzliche Vorgaben. Damit erdrosseln Sie jegliche Initiative.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Position ist: Anstoß geben, positiv initiieren. Dann läuft das Ding in der Wettbewerbswirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das so einfach wäre!)

In der Wettbewerbswirtschaft befinden wir uns auch im Wettbewerb mit anderen Bundesländern. Herr Riege, darum geht es. Ich will hier keine Erfolgsstory abjubeln. Sie müssen aber doch feststellen, dass in Hessen wirklich alle, aber auch alle statistischen Parameter, die wir haben, besser sind und nicht nur im August-Ferienmonat, sondern im März, April, Mai, Juni, Juli und im August besser waren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage Ihnen: Alles, was wir heute wissen, deutet darauf hin, dass das ein nachhaltiger Veränderungsprozess ist und dass dieses Land seine Vorteilposition, die zugegebenmaßen bei der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

nur eine relative sein kann, noch weiter ausbauen wird. Das macht uns stolz. Darauf können wir auch stolz sein, weil wir eine gute Politik machen.

Das macht uns aber nicht vermessen. Wir zeigen nicht mit Fingern auf andere Bundesländer. Die haben zum Teil schlechtere Ausgangsbedingungen. Wir können auch nicht, wenn es um Arbeitslose geht, mit Häme irgendwo darauf verweisen, sondern wir müssen anderen sagen: Guckt nach Hessen, wo es andere Beispiele gibt, Politik zu machen. Nehmt euch daran ein Beispiel, und übernehmt das eine oder andere.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Riege, es ist richtig, der 11. September ist ein einschneidendes Datum, auch möglicherweise für die Weltwirtschaft. Wie die Einschnitte sein werden, wie tief sie gehen, ob das eine Erholung der Weltkonjunktur nur hinauszögert oder ob wir zu schlimmeren Verwerfungen kommen, das haben wir hier in Wiesbaden nicht im Griff. Das haben wir aber auch in Berlin so gut wie nicht alleine im Griff.

Wir sind uns einig, dass wir diesen außenpolitischen Herausforderungen, diesen Herausforderungen aus Terrorismus, gemeinsam begegnen. Da gibt es keinen Streit. Das darf nicht dazu führen, dass wir uns jetzt in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in allen politischen Aufgaben eine Zurückhaltung auferlegen und nicht mehr vergleichen, was zu vergleichen geht, und nicht mehr bewerten, was zu bewerten ist. Das ist etwas ganz anderes.

Zur Reaktion, je nachdem, was auf uns zukommt. Der Ministerpräsident hat das gestern Abend bei der VhU sehr klug gesagt. Diese Reaktion erfordert auch ein Maß an Gelassenheit und Überlegung. Wir dürfen nicht hektisch reagieren. Wir wissen aber alle nicht, keiner von uns weiß es, ob es tiefere Einschnitte – wenn wir nur den Bereich Wirtschaft nehmen – in die Konjunktur geben wird oder nicht.

Meine Damen und Herren, kommen wir zurück. Wir haben natürlich einen strukturellen Vorteil, weil dieses Land sehr stark auf den tertiären Bereich, auf den Dienstleistungsbereich, ausgerichtet ist und dieser Bereich im Moment noch relativ stärker als viele andere läuft.

Sie haben die Baubranche angesprochen. Natürlich sind wir in der Baubranche am Ende. Wer trägt dazu bei? Der Wohnungsbau war im letzten Jahr noch eine Stütze der Baukonjunktur. Was macht diese Bundesregierung? Sie erschwert die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Damit drängt sie auch private Investoren zurück. Und sie macht einen Einschnitt bei der steuerlichen Absetzbarkeit bei den Einkommen der Ein- und Zweifamilienhausbauer.

Da muss ich mich nicht wundern. Wenn ich auf der einen Seite in der aktiven Objektförderung nichts mehr mache – das halte ich für richtig –, dann muss ich aber auf der anderen Seite gerade in dieser Konjunktursituation, in der wir uns insbesondere in der Bauwirtschaft befinden, die Anreize, die schon da sind, belassen und darf sie nicht auch noch beschneiden. Denn dann muss ich mich nicht wundern. Da können wir in Hessen auch nicht auffangen, was in Berlin kaputtgemacht wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn diese Bedingungen sind Bundesrahmenbedingungen, die wir hier leider Gottes nicht beeinflussen können.

Im Übrigen ist es nicht richtig – wir machen hier keine Haushaltsberatung, aber Sie haben am Schluss nur noch eine Haushaltsrede gehalten –, dass wir die Dorferneuerung kürzen. Es ist nicht richtig, dass wir das Wohnungsbauprogramm kürzen. Es bleibt bei den vereinbarten 180 Millionen DM, und die Dorferneuerung liegt wieder bei 57 Millionen DM. Da wird nichts gekürzt – um das auszuräumen. Das wird hier einfach in den Raum gestellt, aber es ist schlicht und einfach nicht wahr.

Herr Riege, wenn Sie gestern Abend niemand in Bezug auf den Beitrag der Landespolitik, d. h. der Politik dieser CDU/FDP-Koalition, zur besseren Lage der hessischen Wirtschaft angesprochen hat, dann kann ich mich nur wundern. Ich habe viele Gespräche geführt, die liefen anders, und zwar von mir aus ungefragt. Die liefen einfach im Dialog darauf hinaus.

Aber ich habe fast geahnt, dass so etwas kommt, und habe Ihnen die Ausführungen von Herrn Fasbender, dem Hauptgeschäftsführer der VhU, anlässlich der Bewertung der Halbzeitbilanz der Landesregierung mitgebracht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Ich empfehle Ihnen die Rede zum Nachlesen. Es sind über 20 Seiten. Ich zitiere nur zwei Sätze auf Seite 20:

Unser Fazit zur Halbzeit der amtierenden Landesregierung: Wichtige Zukunftsthemen wurden ohne ideologische Vorurteile in Angriff genommen. Die hessische Wirtschaft fühlt sich als Partner, nicht nur als Anzuhörender ernst genommen, auch wenn einige Dinge aus unserer Sicht durchaus noch optimiert werden könnten.

Völlig klar. – Dann heißt es:

Nach Meinung vieler Betriebe und Unternehmen wird heute Politik mit mehr Schwung gemacht.

Ja, meine Damen und Herren, genau das ist es. Sie haben fünf von zehn Jahren hier in Hessen Politik mit hängenden Köpfen gemacht. Sie haben verwaltet, aber nicht gestaltet. Diese Regierung hat die Weichen gestellt. Politik gibt den Rahmen, und Wirtschaft kann in diesem Rahmen, soweit das Land das machen kann, sich entwickeln. Genau darum geht es.

Die Bundesregierung unterscheidet perfiderweise zwischen Unternehmen und Unternehmern. Diejenigen in den Unternehmen, die Unternehmer, die initiativ sind, die werden bestraft. Aber den Großunternehmen, die, wie der Finanzminister es heute Morgen dargelegt hat, kaum noch eine Mark Körperschaftsteuer an den Staat abführen, wird der Puderzucker hinten reingeblassen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine linksradikale Äußerung!)

Das ist die Politik der rot-grünen Bundesregierung. Meine Damen und Herren, wir machen es umgekehrt. Wir geben denen Anreize, die initiativ sind, die Verantwortung übernehmen und die Risiken eingehen. Das sind nämlich Risiken der Unternehmer, nicht Risiken der Unternehmen. Opel lässt grüßen, andere auch.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt überhaupt nicht mehr die Zahlen wiederholen. Die hat Clemens Reif vorgetragen, und diese Zahlen stimmen.

(Clemens Reif (CDU): Die sind gut!)

Die können Sie auch nicht niederreden. Die sind schlicht und einfach so im Bund/Land-Vergleich.

(Bernd Riege (SPD): So eine Geschichte!)

– Das ist keine Geschichte. Es ist so im August, es war so im Juli, es war so im Juni, es war so im Mai, es war so im April, es war so im März. Es war logischerweise nach zwei Jahren Regierungsarbeit erst jetzt so deutlich zu spüren; denn wir mussten erst entrümpeln, ehe wir aufbauen konnten und ehe es voranging. So werden wir das weiter tun.

Ich danke für meine Fraktion unserem Wirtschaftsminister Dieter Posch, der nicht nur in der Infrastruktur- und Verkehrspolitik, nicht nur in Bezug auf die Flughäfen und die Straßen – 39 Millionen DM, 107 Millionen DM nächstes Jahr im Landesstraßenbauprogramm –, nicht nur bei der Technologieförderung, nicht nur bei der IT-Entwicklung, nicht nur in dem anderen Medienbereich, sondern insgesamt mit seiner Politik Vertrauen schafft. Das ist das Entscheidende; denn in einem Klima des Vertrauens entwickelt sich auch Wirtschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Clemens Reif (CDU): Jetzt kommt der Golfspieler! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Der hat ein schweres Handicap!)

#### Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reif, das mit dem Golfspielen können wir gleich abräumen. Ich habe heute früh schon voller Staunen vernommen, dass mir der Kollege Lortz das Golfspielen zugeschrieben hat. Ich habe schon einmal versucht, es Ihnen zu erklären, vielleicht überfordere ich Sie alle intellektuell damit.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist das Tennisspiel?)

Mit so kleinen Bällen wie Golfbällen gebe ich mich nicht ab, und zwar aus der Angst davor, dann solch einen politischen Tunnelblick zu bekommen, wie er für Sie und Ihre Landesregierung typisch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein bisschen mehr Bewegung als beim Golfspielen wünsche ich mir schon. Ich bemühe mich auch darum. Das bringt auch mehr Sauerstoff unter die Birne, ein Vorgang, den ich auch Ihnen sehr herzlich wünsche.

(Zurufe der Abg. Clemens Reif und Frank Lortz (CDU))

Herr Kollege Denzin, Sie haben völlig Recht. Auch nach dem 11. September soll und muss es möglich sein, im Hessischen Landtag sachlich miteinander zu debattieren, zu vergleichen und zu bewerten, wie Sie das genannt haben.

#### Präsident Klaus Peter Möller:

Herr von Plottnitz, lassen Sie eine Frage des Kollegen Boddenberg zu?

#### Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dieses Eingangsstatement will ich doch gerne abschließen. Danach gerne, Herr Boddenberg.

Was Sie uns hier zusammen mit der CDU unter diesem Tagesordnungspunkt zumuten, das ist etwas anderes als vergleichen und bewerten. Was Sie uns zumuten, das ist die Wiederholung eines öden Rituals der politischen Selbstbeweihräucherung,

(Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

wie wir es hier schon zwei-, drei- oder viermal in diesem Jahr erlebt haben. Ich muss Ihnen schon sagen: Ein solches Ritual ist im Schatten der Ereignisse vom 11. September etwas, was einem nur übel aufstoßen kann. Würden Sie sich damit nur selbst lächerlich machen, dann wäre es mir Wurscht. Aber ich fürchte, Reden, wie der Kollege Reif sie heute im Schatten dieser Ereignisse gehalten hat, diskreditieren Politik insgesamt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weil dem so ist, habe ich auch keine Lust, Ihnen auf den Leim zu gehen und mich 15 Minuten lang an Ihrem Ritual zu beteiligen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das kann man alles kürzer machen, vor allem nach dem, was der Kollege hier schon vorgetragen hat.

Erstens. Niemand bestreitet, dass bei insgesamt in der Bundesrepublik wie in Hessen stockender wirtschaftlicher Entwicklung in den jüngsten Wochen und Monaten die Entwicklung in Hessen im Verhältnis zu anderen Bundesländern günstiger verlaufen ist, auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt. Das bestreitet niemand, das macht uns so froh, wie es Sie froh macht. Aber, Herr Kollege Reif, wir bestreiten Ihnen Ihren penetranten Versuch, sich die Verdienste um diese Entwicklung an die eigene politische Brust zu heften.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Diese Entwicklung hat überhaupt nichts mit der Politik der amtierenden Landesregierung zu tun, im Gegenteil. Wenn es diese Entwicklung gegeben hat, dann trotz des Dämpfens dieser Politik

(Clemens Reif (CDU): Trotz Rot-Grün!)

und nicht wegen irgendwelcher Maßnahmen, die diese Landesregierung zu ihren eigenen Gunsten hier ins Feld führen könnte.

Meine Damen und Herren, wenn man den Kollegen Reif und Denzin zuhört, muss man den Eindruck bekommen, Hessen hat sich erst in den vergangenen zwei Jahren, seitdem es hier eine schwarz-gelbe Landesregierung gibt, zu einem der wirtschaftsstärksten Länder dieser Bundesrepublik Deutschland entwickelt.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

Jeder macht sich so lächerlich, wie er jeweils kann. Aber es kann eigentlich auch Ihnen nicht entgangen sein, dass Hessen von jeher, auch und gerade in den Neunzigerjahren, als hier eine ganz andere Landesregierung das Sagen hatte, zu den wirtschaftsstarken und wirtschaftsstärksten Bundesländern dieser Bundesrepublik gehört hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Denzin, zumindest Ihnen traue ich zu, nicht vergessen zu haben, dass es auch in der Vergangenheit, in den Neunzigerjahren, Zeiten gab, etwa 1991, 1995 und 1997, in denen Hessen in der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes vor gleichermaßen starken Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg lag. Das gab es alles schon einmal, das gab es zu rot-grünen Zeiten.

(Gerhard Bökel (SPD): Es gab Zeiten, da war Bayern noch Nehmerland im Länderfinanzausgleich!)

Wir können alle froh darüber sein, dass wir infrastrukturelle und geographische Vorteile haben. Aber das hat überhaupt nichts mit dem zu tun, was diese Landesregierung in irgendeiner Weise als verdienstvollen Schritt oder als verdienstvolle Maßnahme für sich in Anspruch nehmen könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Clemens Reif (CDU): Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, es ist doch auch kein Zufall, dass Sie weder in der schriftlichen Fassung Ihres Antrages noch heute in den Beiträgen der Herren Reif und Denzin irgendeine der „ökonomischen Rahmenbedingungen“, die Sie im letzten Absatz Ihres Antrags anführen, konkret hätten benennen können, wenn man einmal vom Fetisch Straßenbau absieht. Da will ich Ihnen zugeben, das spulen Sie so ab, wie Sie es seit 15 Jahren machen. Aber darüber hinaus war doch, mit Verlaub, absolut tote Hose.

(Zurufe der Abg. Clemens Reif (CDU) und Michael Denzin (FDP))

Wo waren denn die ökonomischen Rahmenbedingungen, wo sind sie gezeichnet worden, die Sie zu Ihren Gunsten hier geltend machen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abg. Frank Lortz und Clemens Reif (CDU))

Fangen wir doch einmal mit dem an, was das Nächstliegende wäre, wenn es um wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geht, mit der Investitionsquote. Herr Kollege Lortz, selbst Sie waren heute früh nicht in der Lage, irgendeinen Hehl daraus zu machen, dass auch aus Ihrer Sicht die Höhe dieser Investitionsquote im nächsten Jahr eine Art Rekordtief von 9,8 % ist – mehr eine Lachnummer als ein Ausdruck der ernsthaften Sorge um die Infrastruktur des Bundeslandes Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie selbst haben gesagt, das stellen Sie sich anders vor. Das war ehrlich, und insofern müssen wir Ihnen dankbar sein. Das sehen wir genauso. Wer aber solche Investitionsquoten zu verantworten hat, der soll sich nicht hierhin stellen und so tun, als ob er sich irgendwelche Verdienste an irgendeiner günstigen Entwicklung dieses Landes selbst zuschreiben könne.

Nehmen wir ein anderes Beispiel.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich frage Sie: Glauben Sie denn ernsthaft, dass irgendein Wirtschaftsunternehmen in Hessen den Wiedereinstieg in die Helaba für einen Preis zum Erwerb eines Anteils von 10 %, zu dem 1989 50 % abgegeben worden sind, als Sig-

nal eines wirtschaftspolitischen Aufbruchs in Hessen verstanden hat? Das glauben Sie doch nicht ernsthaft – zumal inzwischen mit Rücksicht auf die Streichung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung die strukturellen Einflussmöglichkeiten des Landes auf diese Bank noch zurückgehen werden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Doch!)

Insofern kann ich auch hier nur sagen: Fehlentscheidung über Fehlentscheidung, nichts, was ökonomische Rahmenbedingung sein könnte oder diesen Namen verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann schauen wir einmal, Herr von Plottnitz!)

Ich komme zu einem anderen Punkt – so lange möchte ich es hier eigentlich nicht machen. Wollen Sie uns hier ernsthaft weismachen, dass der Schwarzgeldsumpf der Union, der uns hier ein Jahr lang beschäftigt hat,

(Zurufe von der CDU)

eine besonders günstige ökonomische Rahmenbedingung für den Wirtschaftsstandort Hessen gewesen ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, nein, das glauben Sie doch nicht ernsthaft.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was meinen Sie denn?)

Insofern: Halten Sie bitte schön weiterhin Ihre Propagandareden. Heute früh kam noch erschwerend hinzu, Herr Kollege Reif, dass wir da eine Einbringungsrede des Finanzministers gehört haben, die zumindest bei mir den Eindruck erweckt hat, über Nacht hat die Landesregierung ihren Finanzminister zu einem Propagandaminister umfunktioniert

(Beifall der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und ihn damit beauftragt, zur Bemäntelung eines Haushaltes, der mehr aus Talmi als aus Solidität besteht, hier auch nur Sprüche abzusondern wie der Kollege Reif.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege, ist die Stunde des Abg. Boddenberg jetzt gekommen?

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön! Herr Boddenberg sehnt sich nach seiner Frage, aber herzlich gerne!)

– Herr Kollege Boddenberg.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Vielen Dank. Zwischenzeitlich ist es eine andere Frage geworden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat er sie vergessen!)

Herr von Plottnitz, sagen Sie doch einmal, welches Ihre Interpretation der Statistik ist, die an dieser Stelle eindeutig nicht lügt – nämlich dass Hessen bei allen markanten

Wirtschaftsdaten aus mittleren Plätzen den ersten Platz gemacht hat: Arbeitsmarkt, Konjunktur und andere mehr. Welches ist Ihre Interpretation dieser mit deutlichem Abstand positiveren Entwicklung des Bundeslandes Hessen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, auch den westlichen?

(Gerhard Bökel (SPD): In welchem Zeitraum?)

**Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Boddenberg, die Antwort ist sehr einfach, auch wenn ich mich mit ihr in die Gefahr begeben, mich der Schlichtheit Ihrer Denkungsweise, Ihrer Rituale anzuschließen. Aber die Erklärung ist relativ einfach. Sie erinnern sich, dass es auf Bundesebene im Zeichen einer von Rot und Grün gestellten Bundesregierung Reformvorhaben von großem Umfang gegeben hat, etwa bei der Steuerpolitik,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

von denen gerade in Hessen auch Großunternehmen steuerlich profitiert haben,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit der Folge, dass viel Marktbelebungen entstanden ist,

(Lachen des Abg. Clemens Reif (CDU))

und das in Verbindung mit den klassischen wirtschaftskräftigen Infrastrukturvorteilen des Landes, seiner Geographie und seiner traditionellen Wirtschaftskraft.

(Zurufe von der CDU)

Das führt dann zu Entwicklungen, wie wir sie dankenswerterweise hier in Hessen zu verzeichnen haben.

Insofern bleibe ich dabei, auch in der Bemühung, auf Ihre Frage eine Antwort zu finden, kann ich nichts entdecken, was der Landesregierung zum Ruhme gereichen würde – im Gegenteil.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, statt ökonomische Rahmenbedingungen – wie es im letzten Absatz des Antrages der Mehrheitsfraktionen so feierlich heißt – verlässlicher Art und produktiver Art zu setzen, hat doch gerade die von Ihnen gestellte Landesregierung mit Ihrem Ministerpräsidenten an der Spitze sich in den letzten Monaten auf eine ganz andere Spezialität versehen, auf das, was ich politisches Feuilleton nennen würde.

Wir haben das doch erlebt, wo immer eine Sonntagszeitung in der Nähe war, gab es politische Einfälle – von Wisconsin bis zur nationalen Identität. Diese politischen Einfälle, das gestehe ich, haben anfangs auch bei unsereinem zu – wie man inzwischen weiß – völlig überflüssigen Erregungszuständen geführt. Wie wir jetzt wissen und wie sich das für das Prinzip des politischen Feuilletons auch gehört, folgt das immer der Devise: Am Ende verlief auch die folgende Geschichte gänzlich ohne praktische Pointe. – Das ist es, wofür diese Regierung inzwischen bekannt ist,

(Clemens Reif (CDU): Wo ist jetzt die Pointe?)

nicht für ökonomische Rahmenbedingungen, sondern für den einen oder anderen interessanten Gedanken, mit dem man hier im Landtag die eine oder andere interessante Debatte führen kann, die aber – wenn es etwa um das

Stichwort Wisconsin geht – im Haushalt gänzlich ohne irgendeine einzige praktische Konsequenz bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Als Regierung für interessante Meinungen mögen Sie tauglich sein, aber von einer Regierung erwarten die Bürgerinnen und Bürger im Lande Gott sei Dank etwas anderes. Sie erwarten Taten, sie erwarten Praxis, und sie erwarten Erkennbarkeit von Politik und ihren Zusammenhang mit der realen Entwicklung. – Das aber ist es nicht.

Eines noch zu Ihrer heute wiederholten Kritik an der Steuerpolitik der Bundesregierung, an den Steuerreformgesetzen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Reif, Herr Lortz, ich würde doch gerne mit Ihnen über die Frage streiten, ob es hier im Verhältnis etwa von Großunternehmen und Mittelstand in der Steuerpolitik auch der von uns gestellten Bundesregierung immer so gerecht zugeht, wie das wünschenswert wäre. Wenn aber Sie hier die Entlastung der großen Unternehmen der Bundesrepublik beklagen, dann würde ich gerne von einem von Ihnen wissen: Wollen Sie denn, dass diese großen Unternehmen in Zukunft wieder stärkeren steuerlichen Belastungen unterworfen werden? Wenn ja, in welcher Höhe, mit welchen Steuersätzen? – Das müssen Sie uns schon sagen. Darüber aber schweigt der Sängers Höflichkeit, aus Angst, sich dabei mit diesen Interessen anzulegen. Solange das so ist, kann ich Ihnen nur sagen: leeres Gerede.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Clemens Reif (CDU): Dummes Zeug!)

Abgesehen davon ist es natürlich ein Treppenwitz, wenn hier ein Haushalt vorgelegt wird, der noch drosselt, wenn es um den Abbau der Schulden geht, und nicht in der Lage ist, hier für Solidität zu sorgen, gleichzeitig aber auf der Einnahmeseite noch weitere Verschlechterungen auf Bundesebene fordert, indem er sagt, weitere Steuersenkungen müssen her, weitere Steuerreformschritte müssen vorgezogen werden. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

Ein Letztes. Gestern Abend waren wir alle beim parlamentarischen Abend der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände. Im Gegensatz zu dem, was heute vom Ministerpräsidenten gesagt worden ist, war dort die Wahrheit zu hören. Er hat dort erklärt – zumindest ich habe das gut gehört, ich stand in der Nähe –, es sei eigentlich bedauerlich, dass er nicht eine politische Rede halten dürfe. Hätte er dazu Gelegenheit gehabt, dann hätte er den dort versammelten Unternehmerinnen und Unternehmern für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Hessen gedankt, für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Hessen. – Er hat nicht gesagt, er hätte dann Gelegenheit genommen, sich selbst zu beweihräuchern und seiner Landesregierung für diese Entwicklung zu danken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das war die Wahrheit. Insofern schließen wir uns diesem Dank an, den der Ministerpräsident gestern Abend der Wirtschaft in Hessen abgestattet hat. Allerdings schließen wir in diesen Dank alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen ein, die im Büro,

am Computer, in den Montagehallen zum Bruttosozialprodukt in Hessen beitragen. Wir freuen uns, dass sie sich vom Dümpeln der Politik dieser Landesregierung alle nicht beirren lassen, sondern erfolgreich tätig sind.

Erlauben Sie mir, noch einen ernsten Punkt am Ende anzusprechen.

(Frank Lortz (CDU): Der erste ernste Punkt!)

Dieser ernste Punkt hat bei Ihnen heute keine Rolle gespielt. Ich habe gar kein Problem, an das anzuschließen, was der Ministerpräsident gestern Abend dazu gesagt hat. Ich finde, wenn man im Windschatten des 11. September auch nur halbwegs ernsthaft den Versuch macht, über wirtschaftspolitische Entwicklungen zu debattieren, dann hat man in der Tat die Verpflichtung, an das zu erinnern, was gestern auch der Ministerpräsident den Unternehmerinnen und Unternehmern gesagt hat. Wir gehen sehr unsicheren Zeiten entgegen. Zu diesen unsicheren Zeiten kann das Risiko gehören, auf Unternehmenseite panikartig im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so zu reagieren, wie es Flugzeug- und Luftfahrtfirmen in den USA zurzeit sehr brachial tun.

Ich finde, der Ministerpräsident hat völlig Recht gehabt, in diesem Punkt an die soziale Verantwortung der Wirtschaft in Hessen in schwieriger und unsicherer Zeit zu erinnern. Er hat an die soziale Verantwortung erinnert, die Sie gerade der Politik der Bundesregierung bestreiten, wenn es um solche Themen wie Mitbestimmung oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geht. Insofern sind wir ausnahmsweise mit dem Ministerpräsidenten in einem Punkt einer Meinung, stellen aber fest: Herr Reif scheint diese Kraft in seinem Beitrag heute nicht gehabt zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Posch.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie werden sich sicherlich nicht wundern, dass ich den Antrag der Koalitionsfraktionen sehr begrüße und hier insbesondere vorbehaltlos die Ausführungen des Kollegen Denzin und des Kollegen Reif unterstütze.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Riege, Sie haben die Frage gestellt: War der Antrag im September notwendig? Wäre es nicht ausreichend gewesen, diese Frage vor der Sommerpause zu diskutieren? – Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass es richtig ist, diese Frage im September erneut zu diskutieren, weil nämlich zwischen Juni und September ein gravierender Unterschied besteht. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern haben wir in Hessen positive Daten vorzuweisen. Deswegen ist es legitim, genau auf diesen Sachverhalt hinzuweisen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie können nicht so tun, als sei es ausreichend gewesen, dieses Thema im Sommer zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, sicherlich kann Landeswirtschaftspolitik nicht die Rahmenbedingungen in vollem Umfang setzen. Sicherlich ist es richtig, dass Landeswirtschaftspolitik in erster Linie Strukturpolitik ist. Aber gerade bei der Frage der Strukturpolitik sind von dieser Regierung die richtigen Akzente gesetzt worden, indem wir das aufgearbeitet haben, was Sie in den letzten acht Jahren zwar versprochen, aber eben nicht realisiert haben, beispielsweise in den strukturschwächeren Regionen.

Herr Kollege Riege, wenn Sie im Hinblick auf die Ereignisse vom 11. September sagen: „Die nächsten Quartalsdaten werden schlechter sein“, dann gebe ich Ihnen zu, dass auch ich dies befürchte. Allerdings ist die Frage, wie die Bundespolitik auf diese Situation reagiert. Wenn die Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik eben nicht umsteuert, dann wird genau das richtig sein, was Sie mutmaßen, nämlich dass die Daten schlechter werden. Deswegen ist es völlig richtig, dass Herr Kollege Reif und Herr Kollege Denzin auf die bundespolitischen Maßnahmen hingewiesen haben, die jetzt dringend notwendig sind: ein Umsteuern in der Steuerpolitik, ein Vorziehen der Steuerreform, die Deregulierung des Arbeitsmarktes. All das, was Sie in der Vergangenheit getan haben, war eben verkehrt. Wenn jetzt in der Bundespolitik nicht umgesteuert wird, vermute ich in der Tat, dass das eintritt, was Sie befürchten.

Herr Riege, ich kann das nicht im Raum stehen lassen – Herr Kollege Denzin hat es bereits gesagt –: Es ist schlicht und ergreifend falsch, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, wir würden im Bereich des Wohnungsbaus etwas ändern und negative Vorzeichen im Haushalt signalisieren.

(Bernd Riege (SPD): Das habe ich auch nicht gesagt!)

Das ist falsch. Sie wissen ganz genau, dass es eine gesetzliche Verpflichtung gibt und dass diese Landesregierung die gesetzliche Verpflichtung einhält.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Wenn es darum geht, in der Wohnungsbaupolitik etwas zu kritisieren, kann ich Ihnen nur raten, diese Kritik bei Ihrer Bundestagsfraktion in Berlin anzubringen, aber keine Kritik an dieser Hessischen Landesregierung zu üben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Er hat doch etwas ganz anderes gesagt!)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Dorferneuerung immer wieder in der Diskussion ist. Wenn Ihnen aber nichts Besseres einfällt, als gegenwärtig zu behaupten, wir würden etwas reduzieren, dann stelle ich fest: Das ist schlicht und ergreifend falsch und ein Beweis dafür, dass Ihnen in dieser Debatte nichts anderes einfällt, als eine falsche Behauptung zunächst aufzustellen und dann entsprechend zu kommentieren. Herr Riege, beim besten Willen: Das ist alles andere als seriös.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Das war bewusst herumgedreht!)

Herr Kollege von Plottnitz, Sie haben dargestellt, Sie würden sich über die positive Entwicklung freuen, und das sei in der Vergangenheit auch immer so gewesen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Herr Kollege von Plottnitz, es kann ja sein, dass Ihr Erinnerungsvermögen nicht mehr ausreicht.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die Situation ist folgende: Wir sind bei der Arbeitslosenstatistik, bei dem Arbeitsplatzzuwachs und bei dem Wirtschaftswachstum im Moment Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und das ist gut so!)

Das war in der Vergangenheit nicht so. Während Ihrer Zeit hatte uns Rheinland-Pfalz bei der Frage des Arbeitsplatzzuwachses und der Arbeitslosenstatistik überholt und lag vor uns.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir waren ansonsten auf den mittleren Plätzen. Es ist eben nicht so, dass dies schon immer so war, sondern es muss schon etwas mit der Politik dieser Landesregierung zu tun haben.

Sehr verehrter Herr von Plottnitz, ich habe es einmal herausrechnen lassen. Deswegen nenne ich Ihnen Zahlen. Ich vergleiche Hessen mit den CDU/FDP-regierten Ländern und den sozialdemokratisch regierten Ländern. Die Zahlen sehen wie folgt aus. Vergleichsdaten beim Wirtschaftswachstum. Hessen: plus 2,1 %. CDU/FDP-geführte Länder: plus 1,5 %. Sozialdemokratisch geführte Länder: plus 0,5 %. In Deutschland sind es im Schnitt plus 1,0.

(Zurufe der Abg. Bernd Riege und Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Rückgang der Arbeitslosigkeit. In Hessen: minus 5,3 %. In den CDU/FDP-geführten Ländern: minus 0,8 %. In den sozialdemokratisch geführten Ländern: minus 0,3 %. Der Bundesdurchschnitt beträgt minus 0,2 %.

Aufbau der Beschäftigung. In Hessen: plus 2,2 %. In den CDU/FDP-geführten Ländern: plus 1,1 %. In den sozialdemokratisch geführten Ländern: plus 0,7 %. In Deutschland im Durchschnitt: plus 0,7 %.

(Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Meine Damen und Herren von der Opposition, können Sie mir erklären – wenn Ihre Behauptung stimmen würde –, wie es dann kommt, dass die Bundespolitik ausschließlich in den CDU/FDP-geführten Ländern Wirkung erzeugen sollte?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Warum wirkt das, was Sie propagieren, gerade in den sozialdemokratisch regierten Ländern nicht,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sondern ausschließlich in den CDU/FDP-regierten Ländern? Das Rätsel, wie das passieren kann, müssen Sie für mich lösen. Ich weiß, dass man mit Statistik vieles machen kann.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD) – Hartmut Holzapfel (SPD): Ja!)

Aber diese Zahlen bezüglich der Unterschiede zwischen den Ländern sind unbestreitbar. Daher müssen Sie doch zugeben, Herr Kollege Fischer: Es muss an etwas anderem liegen.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Ich brauche keine Statistik!)

Herr Kollege Fischer, ich bin nicht so vermessen, dass ich auf das eingehe, was wir über den Bundesrat auf der Bundesebene bewirken können. Ich möchte aber doch darstellen, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren im Hinblick auf die Infrastrukturpolitik geändert haben. Da kommt natürlich solchen Maßnahmen, wie sie Herr Kollege Denzin dargestellt hat, besondere Bedeutung bei. Da kommt der Tatsache besondere Bedeutung bei, dass wir für die nordhessische Region wichtige Entscheidungen getroffen haben, die in der Sache häufig nicht streitig waren, die jetzt aber endlich realisiert werden.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Wenn Sie sehen, dass wir selbst in solchen Problemregionen wie in Mittel- und Nordhessen bei der Arbeitslosenstatistik einen Trend haben, der anders ist als im Bundesdurchschnitt, dann zeigt das doch, dass die Maßnahmen in den strukturschwächeren Regionen greifen, dass wir insgesamt in einem Klima leben, in dem hessische Unternehmen bereit sind, zu investieren.

(Manfred Schaub (SPD): Das hat aber nichts mit euch zu tun! – Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Ich gehöre nicht zu denen, die immer propagieren, dass die Politik Arbeitsplätze herbeibeschießen kann. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Die Hessische Landesregierung hat durch die Infrastrukturpolitik und die Deregulierung ein Klima geschaffen, das die Unternehmen wieder veranlasst, neue Arbeitsplätze zu realisieren.

Meine Damen und Herren, als letzten Punkt will ich ein Thema ansprechen, das Sie problematisiert haben. Natürlich ist eine Investitionsquote wünschenswert, die höher ist als die, die wir im Haushaltsentwurf veranschlagt haben. Ich sage an dieser Stelle als Wirtschaftsminister: Es ist richtig, in diesem Zusammenhang eine andere Priorität gesetzt zu haben, nämlich zugunsten von mehr Ausbildung für die hessischen Schülerinnen und Schüler. Diese relativ niedrige Investitionsquote ist notwendig und auch vertretbar, weil wir im Bereich der Bildung und Ausbildung das abarbeiten, was Sie an Defiziten hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Natürlich ist die Arbeitsplatzsituation auch in den strukturschwächeren Gebieten besser geworden. Dies gilt auch für die Ausbildung. Wenn ich aber bei der Investitionsquote sparen muss, dann u. a. deswegen – Herr Riege, Sie wissen es –, weil wir nach wie vor im Bereich der Ausbildung Ausbildungsplatzförderprogramme laufen haben müssen, da insbesondere die strukturschwächeren Gebiete diese Probleme nicht allein lösen können.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass diese Landesregierung sowohl bei den Rahmenbedingungen als auch bei der Schaffung der notwendigen Infrastruktur die richtigen politischen Entscheidungen getroffen hat. Denn sonst könnten wir nicht dort stehen, wo wir stehen, und dies eindrucksvoll durch die Arbeitsmarktzahlen und die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt beweisen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und komme deshalb zur Abstimmung.

(Zurufe von der SPD)

– Die Regierung hat sich wahrscheinlich zu den Abgeordneten begeben, um abstimmen zu können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sitzt im finsternen Kämmerlein und schämt sich für ihren Haushalt!)

Wir stimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen, die Jobmaschine Deutschlands, Drucks. 15/2928, ab. Wer ist für die Annahme des Entschließungsantrags? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dafür gestimmt haben CDU und FDP geschlossen, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war schon die Mehrheit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber knapp!)

– Schon eindeutig. Wie knapp auch immer, aber sehr eindeutig. – Damit ist der Entschließungsantrag angenommen.

Wir fahren fort mit den Gesetzeslesungen. Nach meiner Buchführung wäre Tagesordnungspunkt 10 an der Reihe. Ist das richtig?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jawohl!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein kommunales Entlastungsgesetz – Drucks. 15/2934 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Wer bringt ein? Herr Innenminister?

(Günter Rudolph (SPD): Nein! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ach so. Ich dachte, in Nachbarschaftshilfe könnte das der Innenminister gleich mit besorgen.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir helfen gern der Regierung.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Deswegen bringen wir auch an dieser Stelle den Gesetzentwurf zu einem Thema ein, das insbesondere die kommunale Familie betrifft. Worum geht es bei diesem kommunalen Entlastungsgesetz? – Ziel dieses Gesetzentwurfes ist es, das Gesetz über kommunale Abgaben sowie das Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu ändern. Wir wollen den Kommunen, den Betreibern von Deponien, finanziell Luft verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist ein Thema, das jetzt verstärkt an Bedeutung gewinnt. Sie wissen, dass ab 2005 Deponien nicht mehr mit Hausmüll verfüllt werden können. Gleichwohl bleiben die Kosten für die Nachsorge dieser Deponien, aber auch für die Rekultivierung an den Betreibern dieser Deponien hängen. Insofern besteht jetzt Handlungsbedarf. Die bisherige Rechtsprechung hat es nicht zugelassen, dass

Gebühren für die Nachsorge und die Rekultivierung eingerechnet werden können. Nach der allgemeinen Rechtsprechung können Gebühren nur für Leistungen eingefordert werden, die unmittelbar erbracht werden. Dies ist für die Betreiber von Deponien ein Finanzierungsproblem. Damit ist es natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger, die die Müllgebühren zahlen müssen, ein Problem, und wir sehen hier akuten Handlungsbedarf.

Deshalb bringen wir auch diesen Gesetzentwurf ein. Er hat die Zielsetzung, den Kommunen – in aller Regel Kreise und Zweckverbände – die Möglichkeit zu geben, Gebühreneinnahmen zu erwirtschaften, mit dem Ziel, auch die entsprechenden Ausgaben zu strecken.

Ich weiß, dass das durchaus keine unumstrittene Forderung ist. Aber aus dem kommunalen Bereich gibt es diese Forderung schon länger. Wir halten sie für sachgerecht und legitim. Deswegen legen wir den entsprechenden Gesetzentwurf vor. Hessen ist an dieser Stelle nicht das Land, das das erfunden hat. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen haben analoge Regelungen. Es geht nicht nur um einige Hunderttausend Mark, sondern um Millionenbeträge, die für Nachsorge und Rekultivierungsmaßnahmen bei Hausmülldeponien anfallen. Wir halten es durchaus für angemessen, wenn nachfolgende Generationen, die auch bisher von dem Betrieb solcher Deponien betroffen sind und profitiert haben, an diesen Kosten beteiligt werden. Deswegen: Änderung des Kommunalabgabengesetzes auf der einen und des entsprechenden Ausführungsgesetzes auf der anderen Seite.

Der zweite Aspekt, den wir in unserem Gesetzentwurf verankert haben, ist, dass die Betreiber solcher Deponien auch in der Lage sein sollen, Einnahmen zu akquirieren – etwa durch Gewerbemüll. Auch das ist im Rahmen der bisherigen Rechtsprechung bzw. Gesetzeslage nicht möglich. Das wäre ein weiterer Mosaikstein, um die Betreiber solcher Deponien in die Lage zu versetzen, Einnahmen zu erzielen. Ich denke, auch das ist sinnvoll, damit die Kostenbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht ins Unermessliche steigen. Denn das bedeutet: Das, was die Bürger an Gebühren zahlen müssen, können sie nicht anderweitig in den Wirtschaftskreislauf geben. Deswegen sind wir sehr zuversichtlich, dass wir mit diesem Gesetzentwurf nicht nur den Intentionen der kommunalen Seite, sondern insbesondere auch denen von Bürgerinnen und Bürgern Rechnung tragen.

Wir bringen diesen Gesetzentwurf heute hier ein. Ich denke, wir werden eine Anhörung im Ausschuss vereinbaren. Man weiß es nicht. Manchmal wird von der Regierung alles abgelehnt, was die Opposition macht. Aber einer solch sinnvollen Regelung, wie wir sie beantragen, kann man sich, so denke ich, nicht verschließen.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Da kann man nicht Nein sagen!)

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, ein solcher Gesetzentwurf bedeutet auch wieder die Nagelprobe bezüglich des kommunalfreundlichen Verhaltens dieser Landesregierung. Es ist ein guter Gesetzentwurf. Ich glaube, wir können ihm gemeinsam zustimmen. Deswegen bitten wir darum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Abg. Haselbach für die Fraktion der CDU.

**Rudolf Haselbach (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was an diesem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion wirklich gut ist, Herr Kollege Rudolph, ist die Überschrift. Sie lautet tatsächlich „Kommunales Entlastungsgesetz“. Das ist eine tolle Überschrift, aber in Wahrheit ist es ein unverblümter Angriff

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

auf den Gebührenzahler im Lande Hessen in den Städten und Gemeinden.

Man kann darüber unterschiedlicher Auffassung sein, wem das hilft, wenn man unterschiedliche Definitionen von Kommune und Gemeinde vornimmt. Nach unserer Definition ist die Kommune die Summe der Einwohner und Bürger.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Nach der Definition der SPD ist das eine Verwaltungseinheit, anonym als „die Verwaltung“ bezeichnet.

Wenn Sie die Kommune, also die Bürger, entlasten wollen, dann müssen Sie irgendetwas erfinden, das sie weniger statt mehr Geld kostet. Diese Landesregierung macht es Ihnen vor. Sie sagt Ihnen, wie man das machen kann. Wir schaffen z. B. die Grundwasserabgabe ab.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Wir haben sie bereits halbiert. Wir geben Gebühren an die Einwohner und Bürger, die Nutzer im Lande Hessen, zurück. Das geht Ihnen nicht in den Kopf. Das ist wohl wahr. Geld, das man schon im Sack hat, den Bürgern wieder zurückzugeben, ist für Sie unvorstellbar.

(Beifall bei der CDU)

Wir demonstrieren, dass so etwas geht. Wir haben das vorher angekündigt, und jetzt machen wir es natürlich auch.

Sicher ist es so, dass geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen – sowohl bundesgesetzliche als auch europäische – einen gewissen Handlungsbedarf erzeugen. Es ist Ihnen, liebe Kollegen von der SPD, auch nicht verborgen geblieben, dass in der Landesregierung bereits ein Gesetzentwurf in der Mache ist,

(Günter Rudolph (SPD): Was weiß ich, was Sie machen?)

und zwar der Gesetzentwurf, der das so genannte HAKA verändern soll. Das heißt also, dass es möglich werden soll, dass Kosten, die durch Stilllegung und Nachsorge entstehen, in die Gebühren aufgenommen werden. Das wird gemacht werden. Allerdings ist Ihr Gesetzentwurf nicht in der Lage, das zu regeln, weil Sie es falsch aufzäumen. Es trifft eben nicht zu, dass die europäische Rechtsprechung und die europäische Richtlinie, Art. 10 der Deponierichtlinie, etwa vorsähe, unbegrenzt und auf Dauer unbestimmt diese Kosten im Nachhinein erheben zu können,

(Günter Rudolph (SPD): Fordern wir das?)

sondern es ist umgekehrt. Es ist so, dass Sie vor Stilllegung einer Deponie diese Kosten einrechnen können – wenn es geht, über eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Ich denke, das muss passieren. Aber so unausgewogen, wie Sie das hier vorhaben, wird das nichts werden.

Ich denke, ich muss der Ausschussberatung nicht vorgreifen. Aber ich will Ihnen auch nicht allzu viel Hoffnung machen, dass wir den Gesetzentwurf der Landesregierung

jetzt wieder auf Eis legen und uns Ihrem Gesetzentwurf zuwenden.

(Günter Rudolph (SPD): Es gibt doch noch keinen!)

Ich will es einmal ganz vorsichtig andeuten: Selbstverständlich werden wir den Gesetzentwurf, der sich jetzt kurz vor der Anhörung befindet, abwarten. Dann werden wir in den Ausschüssen darüber reden, wie sich das gehört. Wir werden Anhörungen durchführen, und ich denke, dass wir damit auf einem guten Weg sind.

Aber einfach zu sagen, wir müssten die Tatbestände erweitern – das ist das, was Sie beim KAG wollen –, auf deren Grundlage wir die Gebühren erhöhen können, ist der falsche Weg. Über betriebswirtschaftliche Aspekte die Kurve zu kriegen – dazu kann ich nur sagen: Diese betriebswirtschaftlichen Aspekte sind schon seit 1969 Gegenstand des KAG. Insofern können sie durchaus bereits jetzt eingerechnet werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Haselbach, die Beratungen im Ausschuss zu diesem Punkt scheinen wirklich nötig zu werden, denn zumindest mir ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung zu dem Thema, zu dem Sie gerade geredet haben, bisher nicht bekannt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Uns auch nicht!)

Vielleicht trägt ja der Innenminister nachher in seiner Rede zur Aufklärung bei.

(Manfred Schaub (SPD): Dann wäre das aber auch nicht in Ordnung, wenn er das schon so vorträgt!)

Dass die Landesregierung nur zu bestimmten Teilen dieses Parlaments ein ganz spezielles Verhältnis hat, ist bekannt.

(Stefan Grüttner (CDU): Völlig fremd! – Zurufe von der SPD)

Dass dieser besagte Teil des Parlaments seine Kontrollaufgaben gegenüber der Regierung nur in einem bestimmten Sinne versteht, ist ebenfalls bekannt. Der Begriff „betreutes Regieren“ ist in dem Zusammenhang nicht angebracht. Vielleicht ist er in der Sozialpolitik angebracht, aber nicht in diesem Zusammenhang.

Meine Damen und Herren, vielleicht sollten wir einmal sagen, worum es eigentlich geht. Den Kommunen ist es momentan nicht möglich, Benutzungsgebühren für kommunale Dienstleistungen zu erheben, wenn ihnen keine zeitgleiche direkte Gegenleistung gegenübersteht. So sieht es momentan aus.

Kollege Rudolph, es gibt ja auch Gründe dafür, dass es so ist. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass eine Gebühr eine öffentlich-rechtliche Geldleistung ist, die aus Anlass individuell zurechenbarer öffentlicher

Leistung dem Gebührenschuldner durch öffentlich-rechtliche Normen oder sonstige Maßnahmen auferlegt wird und in Anknüpfung an diese Leistung deren Kosten ganz oder teilweise deckt.

Genau da liegt das Problem. Da bin ich mir, ehrlich gesagt, noch nicht so sicher, ob wir als Fraktion die Meinung der SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang teilen. Denn das Problem besteht natürlich darin, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Definition nicht von der Sichtweise der Kommunen ausgegangen ist, sondern von der Sichtweise derer, die die Gebühren zu zahlen haben. Natürlich kommt es vor, dass jemand, der beispielsweise in eine Gemeinde zieht und dort zur Gebührenzahlung herangezogen wird – da gibt es auch Urteile, z. B. über Biotonnen und sonstige Geschichten; über die Frage, was eine Pflichtleistung ist, was man sozusagen nicht ablehnen kann –, quasi die Folgekosten z. B. für Deponien tragen muss, die er selbst nie benutzt haben kann, weil sie schon vor seinem Zuzug in die Gemeinde geschlossen worden sind.

Auf der anderen Seite hat man natürlich, gerade was Deponien angeht, das Problem – beispielsweise sagt die Technische Anleitung Siedlungsabfall, dass nach einer bestimmten Zeit nichts mehr auf eine Deponie gebracht werden darf –, dass es in bestimmten Bereichen Altlasten gibt, die vom Gebührenhaushalt vorher nicht gedeckt waren. Da sage ich: Was die Zukunft betrifft, sind alle Kommunen, alle Eigenbetriebe, alle Abfallbetriebe, die kommunal organisiert sind, aber auch alle anderen, die sich z. B. mit Wasser- und Abwasserversorgung befassen, natürlich von vornherein dazu angehalten – wir haben diese Diskussion jetzt in vielen Bereichen –, Vorsorgeleistungen zu treffen.

Ich kann mich noch gut an rot-grüne Koalitionsdebatten über die Frage erinnern, ob man aus dem Aufkommen der Grundwasserabgabe z. B. die Kanalsanierung bezahlen kann oder nicht. Ihr wart der Meinung, das ist eine sinnvolle Sache. Wir sind der Meinung, dass jeder kommunale Betrieb jedes Jahr einen bestimmten Teil in die Rücklage stellen muss, damit man das in Zukunft sanieren kann; denn in aller Regel kann man sagen, wie lange die Lebensdauer eines Kanals ist.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir haben schon beim Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vor vier, fünf Jahren über diese Frage sehr ausführlich geredet. Ich glaube, dass wir sorgfältig abwägen müssen, ob wir auf der einen Seite die wünschenswerte Entlastung der Kommunen bzw. der kommunalen Gebührenhaushalte wollen oder ob wir auf der anderen Seite eher aus der Sicht des Gebührenschuldners an diese Sache herangehen; denn dann ist es nicht so einfach, wie es im Gesetzentwurf der SPD aussieht. Deshalb glaube ich, dass die Anhörung im Innenausschuss dringend notwendig ist, um sich zu diesem Punkt eine Meinung bilden zu können.

Lieber Günter Rudolph und liebe Freunde und Freundinnen von den Sozialdemokraten, bei der derzeitigen Formulierung des Gesetzentwurfs hätten wir große Probleme, ihn unverändert anzunehmen. Aber Anhörungen sind ja dazu da, um sich mit der Sache noch einmal vertieft auseinander zu setzen. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für die antragstellende Fraktion. Wir hoffen, dass das auch für die Koalition gilt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der Fraktion der FDP.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In aller Regel durchschauen wir als Regierungsfraktion ja, warum die Opposition einen entsprechenden parlamentarischen Vorschlag unterbreitet hat.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So schlau seid ihr?)

Herr Kollege Rudolph, ich muss aber gestehen, weder die Lektüre Ihres Gesetzentwurfs noch die Begründung, die Sie eben gegeben haben, haben mich etwas weitergebracht.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist Ihr Problem!)

– Nein, das ist nicht mein Problem, sondern offensichtlich Ihres, denn sogar Ihr Kollege im Geiste, Herr Al-Wazir, hat dasselbe Problem wie wir: Der Gesetzentwurf ist jedenfalls in einem Punkt nicht durchsetzbar. Er verstößt sowohl gegen das Europarecht als auch gegen das Bundesrecht. Trotzdem tragen Sie ihn hier vor. Da frage ich mich schon, was denn eigentlich die Sozialdemokraten in diesem Land dazu treibt, einen Gesetzentwurf vorzulegen – jedenfalls in einer von zwei Teilmengen –, der eindeutig sowohl gegen das Europa- als auch gegen das Bundesrecht gerichtet ist. Herr Kollege Rudolph, da darf ich schon einmal fragen, was das eigentlich mit einer vernünftigen Oppositionsarbeit zu tun hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das so ist, wie ich es eben vorgetragen habe, war übrigens schon einmal Gegenstand der Diskussion in diesem Hause. Herr Kollege Rudolph hat schon darauf hingewiesen. Im Zusammenhang mit der Diskussion – ich bleibe jetzt bei der Abkürzung „HAKA“, wir alle in diesem Raum wissen ja, was das ist – wurde diese Frage schon einmal erörtert.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

– Herr Kollege Quanz, ich lasse jetzt keine Rückfragen zu, sondern möchte das abarbeiten. Im Ausschuss können wir uns gerne noch einmal darüber unterhalten.

Zum damaligen Zeitpunkt war Gerhard Bökel der Innenminister dieses Landes. Herr Bökel hat in dieser Debatte heftige Probleme gehabt, die Vorschläge, die Sie hier jetzt vortragen, zu unterbreiten, und er hatte Probleme mit den Kommunen in diesem Lande. Herr Kollege Rudolph, Sie tragen vor – ich meine Art. 2 Ihres Gesetzentwurfs –, dass das eine brillante Idee sei. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es in den Jahren 1996 und 1997 einen entsprechenden Vorschlag der SPD-Fraktion gegeben hat und dass der damalige hessische Innenminister Gerhard Bökel, der jetzt der Chef Ihrer Fraktion ist, erklärt hat, dass es dieser Änderungen nicht bedarf, weil es die kommunale Familie in unserem Land nicht haben will.

Deshalb wundert es mich schon, dass Sie jetzt mit dieser Verve einen Gesetzentwurf, der wirklich nur etwas für ausgewiesene Fachleute ist, in einer politischen Diskussion vortragen, in der wir eigentlich mit wichtigeren Dingen zu tun haben. Herr Kollege Rudolph, ich sage es Ihnen noch einmal: Das ist Ihre Vergangenheitsbewältigung, die Sie selbst hinter sich bringen müssen.

Was ich aber als Mitglied einer Rechtsstaatspartei und als Liberaler nicht durchgehen lassen kann, ist, dass Art. 2 Ihres Gesetzentwurfs ganz offensichtlich sowohl gegen Art. 10 der EU-Deponierichtlinie als auch gegen § 36 Abs. 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes spricht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wer mit Schill koalitiert, ist keine Rechtsstaatspartei mehr!)

Herr Kollege Rudolph, es ist deshalb klar: Sie haben in Art. 2 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der schlicht und einfach mit Europa- und Bundesrecht nicht vereinbar ist. Herr Kollege Al-Wazir hat eben begründet, warum das so ist. Ich argumentiere jetzt formal, das weiß ich. Herr Kollege Al-Wazir hat in diesem Punkt eben inhaltlich argumentiert. Sie müssen uns wirklich noch einmal erklären, was Sie eigentlich dazu bewogen hat, diesen Gesetzentwurf vorzulegen.

Ich komme nun zu Art. 1 Ihres Gesetzentwurfs. Ich gebe zu, dass auf diesem Gebiet ein Problem besteht. Das ist ein Kostenproblem, mit dem sich die Kommunen und insbesondere die Kommunalen Spitzenverbände – sprich: die Betreiber der entsprechenden Einrichtungen – herumzuschlagen haben. Nur werden Sie das Problem damit nicht lösen, auch nicht ansatzweise. Deshalb bin ich für den Zwischenruf des Herrn Kollegen Fischer so dankbar. Lieber Herr Kollege Rudolph, als Sie zu Ihrem Platz zurückgingen, hat Ihr Fraktionskollege gefragt: Wer hat den Gesetzentwurf eigentlich gemacht?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Fragen Sie doch einmal nach, was Herr Fischer von Ihrer Fraktion eben dazwischengerufen hat. Er hat vollkommen Recht. Mit Art. 1, den Sie dort vorsehen, würden Sie noch nicht einmal eine richtige Klarstellung erreichen. Auf alle Fälle könnte man damit keine weitere Entlastung erreichen. Man würde damit auch keine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen erreichen. Zu allen drei Feldern, auf denen man möglicherweise etwas machen könnte oder machen sollte, kann der Gesetzentwurf nichts Geglücktes vorlegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte deshalb Ihre Aufmerksamkeit nicht länger strapazieren. Es ist Usus in diesem Hause – deshalb machen wir das auch; es war deshalb vorhin zumindest eine flapsige Bemerkung, als Herr Kollege Rudolph meinte, hier sagen zu müssen, wir würden hier sowieso alles ablehnen müssen –

(Günter Rudolph (SPD): Machen Sie auch!)

– Herr Kollege Rudolph, ich weiß, Sie leben in einer anderen Welt. In dieser möchten Sie gerne leben. Sie entspricht nur leider nicht der wirklichen Welt, in der wir alle anderen leben.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Natürlich wird es eine Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtags dazu geben. Ich bin der festen Überzeugung, dass hier eine schriftliche Anhörung reicht. Aber das soll der Innenausschuss in eigener Verantwortung erörtern. Ich bin gespannt, wie die Kommunalen Spitzenverbände hinsichtlich des Punktes reagieren werden, gegen den Sie vor zwei Jahren noch vollständig waren. Das betrifft den Art. 2.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich würde gerne einmal richtig wissen, warum die größere der beiden Oppositionsfraktionen einen derart unausgegorenen Gesetzentwurf hier

vorgelegt hat. Herr Kollege Rudolph, ging es Ihnen wirklich nur um die Überschrift? Wenn Sie schon auf diese Ebene abgeglitten sind, dann wünsche ich uns eine gute Beratung im Innenausschuss. Denn dann wird das ganz schnell gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Günter Rudolph (SPD): Ihre Arroganz steht im umgekehrten Verhältnis zu Ihrem Wahlergebnis!)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion umfasst im Kern drei Gesichtspunkte. Zum einen geht es im weitesten Sinne um die Problematik der Deponiekosten. Zweitens tragen Sie vor, dass das kommunale Abgabenrecht betriebswirtschaftlicher ausgerichtet werden müsse. Zum Dritten haben Sie eine Öffnungsklausel vorgesehen, die zum Ziel hat, dass die Gemeinden weitere Gebührentatbestände erfassen können. Das sind die drei Kernpunkte Ihres Gesetzentwurfs.

Sie sind wahrscheinlich nicht sehr überrascht darüber, dass ich sehr nahe bei dem bin, was die Kollegen Al-Wazir, Haselbach und Hahn hier vorgetragen haben. Zunächst einmal muss man nüchtern sehen, dass ein ähnliches Werk schon einmal unter Ihrer Regierungsverantwortung erarbeitet worden ist. Es wurde dann erörtert und wurde von Ihnen selbst nicht weiterverfolgt. Das war 1996. Ich sehe nicht, dass sich seitdem etwas an den grundsätzlichen Bedingungen geändert habe. Deshalb sind die Einwendungen, die Sie seinerzeit gegen das, was Sie jetzt selbst fordern, niedergeschrieben haben, nach wie vor berechtigt. Dies betrifft zum einen die Ergebnisse der Anhörung der kommunalen Gemeinschaft, wie auch das Urteil des Verfassungsgerichts und die Praktikabilität. Das waren die drei Gründe, die die vorhergehende Landesregierung seinerzeit veranlasst haben, das nicht weiterzuverfolgen.

Ich kann heute nur sagen, dass es auch heute noch diese gleichen Gründe gibt. Insofern gibt es hier eine Kontinuität des Regierungshandelns. Deshalb ist aus der Sicht der Landesregierung der Entwurf, zumindest so, wie er jetzt formuliert ist, nicht zustimmungsfähig.

Ich will noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Es gibt hier einen gewissen Interessenkonflikt zwischen den Gemeinden, die z. B. Deponiebetreiber sind, und den Bürgerinnen und Bürgern, die das alles bezahlen müssen. In Ihrem Gesetzentwurf fordern Sie eine Berücksichtigung der Kosten, die in der Nachsorge einer Deponie, also nach der Betriebsphase, entstehen, in unbegrenzter Form. Sie haben das nicht begrenzt. In Ihrem Gesetzentwurf steht keine zeitliche Begrenzung und keine andere. Genau darin besteht das Problem. Herr Kollege Dietzel versucht derzeit, dieses Problem mit seinem Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in den Griff zu bekommen.

Herr Kollege Al-Wazir, vorhin wurde gefragt, warum der Gesetzentwurf noch nicht ins Parlament eingebracht worden sei. Das geht den normalen Gang der Dinge. Zunächst gibt es eine regierungsinterne Anhörung und Abstim-

mung, so wie Sie das kennen. Die findet statt. Sie werden dann den entsprechenden Entwurf als Vorlage des Kabinetts erhalten.

Was ist das Entscheidende? Herr Kollege Haselbach und alle anderen haben darauf hingewiesen. Das, was Sie fordern, ist weder mit dem europäischen noch mit Bundesrecht vereinbar. In § 10 der EU-Deponierichtlinie steht, dass die Kosten, die da entstehen, während der Betriebsphase durch die Einnahme entsprechender Gebühren für einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren abzudecken sind. Dieser Gedanke ist richtig. Denn wir haben häufig die Situation, dass ein Werk irgendwo auf den Weg gebracht wird und die Bürgerinnen und Bürger das bezahlen müssen. Erst wenn es da ist, verdeutlichen sich die Folgekosten langsam, aber sicher. Die Bürger müssen dann unter Umständen 30 Jahre lang bezahlen. Das muss man den Leuten vorher sagen und sich fragen, ob man das will oder nicht. Danach kann man sich entscheiden, ob man das machen will oder nicht. Es ist deshalb richtig, dass, wenn eine Anlage wie eine Deponie – das gilt aber auch für andere Anlagen – gebaut und betrieben werden soll, die Bürgerinnen und Bürger und die, die es auf kommunaler Ebene beschließen, zu dem Zeitpunkt, zu dem sie beschließen, wissen, wie hoch die Kosten eigentlich sind. Deshalb ist der Grundgedanke dieser EU-Richtlinie absolut richtig. Herr Kollege Hahn hat richtig darauf hingewiesen, dass er in § 3 Abs. 6 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes des Bundes entsprechend aufgenommen worden ist.

Daraus folgt nun ganz praktisch: Auch bei dem Bemühen, den Kommunen hier zu helfen, muss man eine Grenze hinsichtlich dessen finden, was noch vertretbar ist. Nach meiner jetzigen Auffassung und nach meinem jetzigen Stand kann man das bei einem Zeitraum von 10 Jahren ansetzen, aber sicherlich mit einem Zeitraum von 30 Jahren. Ich will nur diesen Punkt hier vortragen. Wir werden das im Ausschuss vertiefen. An dieser Stelle kann dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion schon aus rechtlichen Gründen nicht gefolgt werden.

Herr Kollege Rudolph, in der Begründung Ihres Gesetzentwurfs steht dann, man müsse den betriebswirtschaftlichen Kostenbegriff in das kommunale Abgabenrecht einführen. Das erscheint uns, ehrlich gesagt, auch nicht erforderlich. Denn das steht seit vielen Jahren, konkret gesagt, seit 1969, dort drinnen. Seit 1969 ist der Kostenbegriff mit § 10 des Kommunalabgabengesetzes klargestellt. Das ist betriebswirtschaftlich gefasst. Das ist die Praxis. Es wurde von Juristen allseits bestätigt, dass z. B. Zinsaufwendungen, Abschreibungen und Ähnliches mehr selbstverständlich den kommunalen Abgaben zugerechnet werden können. Das ist also überhaupt kein neuer Sachverhalt. Zumindest seit 1969 ist das schon immer so. Deshalb kann ich kein Bedürfnis erkennen, eine entsprechende Änderung des Gesetzes vorzunehmen.

Dritter Punkt. Hier wird es für mich besonders heikel. Sie fordern eine Ausweitung der berücksichtigungsfähigen Kosten. Sie fordern also für die Kommunen die Chance, weitere Gebührentatbestände zu erfinden. Genau an dieser Stelle müssen wir aber sehr vorsichtig sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gebühren bezahlen. Wenn sie erst einmal bestehen, haben sie keine Chance mehr. Bei aller Fürsorge für die Kommunen muss doch unsere gemeinsame Verpflichtung sein, darauf zu achten, dass die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle nicht mehr zur Kasse gebeten werden, als es unumgänglich notwendig ist.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Ich erinnere daran, dass es die SPD-Fraktion war, die mir vor noch nicht allzu langer Zeit einen öffentlich gemachten Brief geschrieben hat, in dem sie mich aufforderte, ich möge doch, bitte schön, dagegen vorgehen und solle auf keinen Fall eine entsprechende Änderung in dem Sinne vornehmen, was der Hessische Städte- und Gemeindebund kurz vor der Kommunalwahl dieses Jahres gefordert hat, nämlich weitere gebührenträchtige Tatbestände z. B. für die Nutzung von Hallen und Sportplätzen und anderem mehr zuzulassen. Dazu haben Sie vom Innenminister gefordert, dass er das auf keinen Fall zulassen dürfe. Wir alle waren uns einig, dass wir das nicht wollten. Denn wir wollten insbesondere auch den Vereinen diese Belastung nicht auferlegen.

(Beifall der Abg. Rudolf Haselbach (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

Wenn eine Kommune dies tun würde, müsste sie auf der anderen Seite auch entsprechend mehr Mittel geben, damit die Vereine weiterleben können.

Gerade weil Sie das vor einem halben Jahr noch selbst gefordert haben, meine ich, wir sollten sehr zurückhaltend mit der Öffnung weiterer Erfindungsmöglichkeiten für Gebührentatbestände sein. Ich will Ihnen nur einmal zwei aus Ihrem eigenen Entwurf nennen.

Sie wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft die Kosten der Beratung der Abfallbesitzer übernehmen, und zwar ohne dass sie die Chance haben, sich im Einzelfall dagegen zu wehren. Unter so etwas kann ich mir alles Mögliche vorstellen. Es gibt viele Kommunen, die dazu Zeitungen herausgeben. Sie machen Workshops oder alles Mögliche andere, was ich nicht kritisiere. Aber die spannende Frage ist doch, ob Sie die Bürger die Kosten für all das, was wem wo immer auch einfällt, was man auf diesem Feld alles machen könnte oder sollte, per Gebühren tragen lassen wollen.

Ich meine, da muss man sehr sorgfältig und zurückhaltend sein. Ich bin heute der Auffassung: eher nein, denn Aufgabe der Kommunen ist es, mit den Mitteln sparsam umzugehen und die Dinge nicht so zu gestalten, dass die Gebühren beliebig ausgeweitet werden können. Ich halte das also für nicht sinnvoll.

Das Gleiche wäre zu dem Vorschlag zu sagen, die Gebührentatbestände für die Räumung von Gemeindegrundstücken zur Kasse zu bitten, auf denen wild abgelagert wird, z. B. auf Spielplätzen. Es stellt sich schon die Frage, ob es nicht eine gemeindliche Verpflichtung ist, dort für Ordnung zu sorgen, statt jeden Grundstückseigentümer, auch wenn auf seinem Grundstück gar kein Dreck lagert, die Räumung mitbezahlen zu lassen.

Ich will es bei diesen beiden Beispielen belassen. Ich denke, das bedarf einer vertieften Debatte. Ich halte Ihren Vorschlag jedenfalls für falsch.

Letzte Bemerkung. Sie erwecken in Ihrem Antrag den Eindruck – zumindest muss man das vermuten, wenn man ihn liest –, dass bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten im Kommunalabgabenrecht nicht möglich seien. Privatrechtliche Entgelte und degressive Gebühren sind aber mittlerweile Praxis. Ich darf darauf hinweisen, dass der Verwaltungsgerichtshof z. B. Mengenrabatte bei Tierkörperbeseitigungsgebühren höchstrichterlich bestätigt hat.

Hinzu kommt, dass man die Gebühren sogar mischen kann. Sie können neben der Grundgebühr für allgemeine

Kosten eine Verbrauchsgebühr erheben, wenn z. B. eine Firma beauftragt wird, eine bestimmte Dienstleistung oder Teile einer Dienstleistung zu erbringen. Das ist im geltenden Kommunalabgabengesetz mittlerweile so geregelt. Es ist von der Rechtsprechung außerdem anerkannt worden.

Wenn man einen Strich darunter macht: Die Deponielösung, wie Sie sie wollen, ist rechtlich nach meiner Überzeugung nicht möglich, bei der Ausweitung von Gebührentatbeständen rate ich zu Zurückhaltung und Vorsicht und tendiere eher zu einem Nein, und betriebswirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten gibt es durch das Kommunalabgabengesetz schon. Von daher bin ich der Auffassung, dass es dieses Gesetzentwurfs nicht bedarf. Ich habe gehört, dass der Ausschuss dazu eine Anhörung durchführen wird. Dann werden wir uns darüber weiter unterhalten. Aus der Sicht der Landesregierung sollte man diesem Entwurf jedenfalls nicht beitreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Abg. Rudolph.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn, es gehört zu Ihrer seltenen Arroganz, dass Sie jedem anderen Unfähigkeit bescheinigen und in Ihrer beliebten Art der Opposition jegliche Initiative absprechen. Hören Sie damit auf. Ich kann doch nichts dafür, dass Sie kommunalpolitisch nicht verankert sind und das Problem nicht erkannt haben.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die Kernfrage dieses Problems ist doch: Wie müssen die kommunalen Betreiber von Deponien bis 2005 die Kosten umlegen? Herr Haselbach, natürlich geht es nicht darum, dass wir jetzt höhere Gebühren verlangen. Die Frage der Streckung von Gebühren stellt sich aber an diesem zentralen Punkt, damit die Gebühren nicht auf einen Schlag exorbitant erhöht werden müssen, um die Kosten der Nachsorge und der Rekultivierung zu finanzieren. Das ist der Kernpunkt dieser Gesetzesinitiative.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie wollen die Bürger abzocken!)

Sehr verehrter Herr Innenminister, wir werden das in aller Ruhe diskutieren. Nordrhein-Westfalen hat eine ähnliche Regelung. Wir haben bis jetzt noch nichts davon gehört, dass diese gegen EU-Recht verstößt. Das werden wir prüfen. Wir werden den Gesetzentwurf der Landesregierung dabei einbeziehen.

Wenn aber noch nicht einmal das Problem erkannt wird, dann zeugt das von Ignoranz. Das ist bei Herrn Hahn nichts Neues. Wir freuen uns auf eine sachliche Beratung im Ausschuss, obwohl das mit Herrn Hahn leider nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Rudolph, der Bürgerabzocker!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Aber, aber, wie soll das im Ausschuss werden, wenn das schon hier so losgeht?

Meine Damen, meine Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache. Es ist Überweisung an den Innenausschuss beantragt. Muss der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten beteiligt werden? – Nein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes – Drucks. 15/2894 zu Drucks. 15/2782 und zu Drucks. 15/2673 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Klein. Er hat das Wort.

**Armin Klein, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung und unter Berücksichtigung des Änderungsantrags, Drucks. 15/2890, in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 80. Plenarsitzung am 23. August 2001 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden, der Änderungsantrag am 10. September 2001.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf sowie den Änderungsantrag in seiner Sitzung am 12. September 2001 beraten. Nachdem der Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden war, hat der Innenausschuss die wiedergegebene Beschlussempfehlung ausgesprochen. Diese Empfehlung erfolgte zu Art. 1 einstimmig, zu Art. 2 mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Wir treten in die Aussprache ein. Redezeit: zehn Minuten je Fraktion. Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort.

**Armin Klein (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte es mir einfach machen und heute einfach das zu Protokoll geben, was ich schon anlässlich der zweiten Lesung hier vorgetragen habe.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Gerade Ihretwegen tue ich es nicht. – In der Sache besteht hier im Hause nämlich ein breiter fraktionsübergreifender Konsens. Änderungen waren nicht mehr erforderlich. Auch die von den GRÜNEN erzwungene nochmalige Beratung im Ausschuss hat keinerlei Neuigkeiten zutage gefördert.

Wir sind uns alle einig, dass es möglich sein muss, bei den so genannten Nebenstellen die Spielbankabgabe im Einzelfall und auf Dauer – nicht nur in den ersten Jahren – bis auf 60 % zu reduzieren. Damit leisten wir einen wichtigen strukturpolitischen Beitrag für Nordhessen und besonders für den Fremdenverkehr in der Region Bad Wildungen. Ohne eine Verlängerung der Ermäßigung der Spielbankabgabe wäre das Aus für die Bad Wildunger Spielbank vorprogrammiert – mit all den schädlichen Konsequenzen für die Attraktivität dieser Region.

Ohne die Verzögerung durch die GRÜNEN hätten wir es geschafft, das Gesetz rechtzeitig zum Abschluss des neuen Konzessionsvertrags unter Dach und Fach zu bringen. Jetzt muss es ausnahmsweise rückwirkend in Kraft gesetzt werden.

Was die Befristung angeht, haben wir ebenfalls eine Lösung gefunden, mit der alle gut leben können. Mit der Zehn-Jahres-Regelung tragen wir den möglichen Rechtsunsicherheiten wegen der unterschiedlichen Laufzeiten der Verträge mit den einzelnen Betreibern ausreichend Rechnung. Die SPD-Fraktion hat zwar pflichtschuldig für das Protokoll noch einmal Bedenken angemeldet, was die Befristung anbelangt, aber Sie werden dieser Koalition noch einmal dankbar sein, meine Damen und Herren von der SPD, dass sie dafür gesorgt hat, dass alle Gesetze und Verordnungen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft und den aktuellen Bedingungen angepasst werden. Zum Vergleich: Ein Auto bringt man alle zwei Jahre zum TÜV. Herr Haupt, wir haben das eben mit einer Besuchergruppe diskutiert.

Eine breite Übereinstimmung gibt es auch darüber, dass es Aufgabe des Gesetzgebers bleiben muss, das vorhandene Angebot an Glücksspielen und Lotterien zu begrenzen und nicht unkontrollierbar ausufern zu lassen. Herr Al-Wazir, ich vermag nichts Erstrebenswertes darin zu sehen – ich weiß, dass Sie darüber anders denken –, wenn immer mehr Menschen immer mehr Geld in immer neuen Lotterien verspielen.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie von den GRÜNEN mögen das anders sehen. Mit dieser Haltung stehen Sie allerdings zum Glück ziemlich allein auf weiter Flur.

Weil wir das Glücksspielangebot auch in Zukunft wirksam unter staatlicher Kontrolle halten wollen, müssen wir jetzt auch die Lotterieverordnung ändern. So ist es im Gesetzentwurf vorgesehen. Mehreren Gerichtsurteilen zufolge besteht nach der bisherigen Fassung der Verordnung für jeden potenziellen Lotterieveranstalter ein Rechtsanspruch auf Genehmigung, sofern er nachweist, dass die Überschüsse einem gemeinnützigen Zweck zugute kommen. Davon gibt es aber derart viele, dass eine Begrenzung des Lotterieangebots in der Praxis nicht mehr möglich wäre. Wir wären dazu verurteilt, am laufenden Band neue Lotteriegenehmigungen zu erteilen, ob wir das gut finden oder nicht.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um diese drohende Fehlentwicklung schon im Ansatz zu unterbinden, ändern wird die Lotterieverordnung. Der Markt für Glücksspiele und Lotterien stellt trotz des stattlichen Wachstums in den letzten Jahren kein Schlaraffenland dar. Ein Kuchen kann nur einmal verteilt werden. Es können nicht beliebig viele gute Zwecke alimentiert werden.

Herr Al-Wazir, Ihr Gerede vom „großen Kuchen auf der Straße liegen“ ist da leichtfertig. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten den vorliegenden Gesetzentwurf in aller Ausführlichkeit beraten. Die Argumente sind ausgetauscht. Wir können und müssen endlich entscheiden. Die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung auch in der abschließenden Lesung zustimmen. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich bitte Sie, das auch zu tun. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Kollege Haupt für die SPD-Fraktion.

**Heinrich Haupt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der ersten und zweiten Lesung haben wir als SPD-Fraktion dem jeweils vorliegenden Gesetzentwurf – der Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes und damit in Art. 2 auch der Veränderung der Verordnung über die Genehmigung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen – zugestimmt.

Herr Kollege Klein, wir haben – nun muss ich doch einmal darauf eingehen – die Befristungen des Gesetzes kritisiert. Es ist durchaus sinnvoll, Verwaltungsvorschriften zu befristen. Aber Gesetze, ich habe das beim Beamten-gesetz schon einmal in der Diskussion erwähnt, für Bereiche öffentlichen Handelns, die es auch in Zukunft geben wird und wo kein Zweifel darüber besteht, dass sie fort-dauern werden, zu befristen, halten wir nach wie vor nicht für sinnvoll.

Sie haben schon einen Schritt in die richtige Richtung getan, indem Sie in diesem Fall die Befristung von fünf auf zehn Jahre verlängert haben. Der noch bessere und richtige Schritt wäre es, bei diesem Gesetz auf eine Befristung zu verzichten.

Die Änderung des Spielbankgesetzes ist zwischen allen Fraktionen unstreitig. Was Art. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes, die Änderung der Lotterieverordnung, angeht, hat sich die SPD-Fraktion bereits im September 2000 aus ordnungspolitischen Gründen für die Beibehaltung des derzeitigen Lotteriesystems in Hessen und damit gegen die Einrichtung einer privaten Lotterie ausgesprochen. Deshalb bleiben wir dabei und stimmen dem vorliegenden Gesetzentwurf in beiden Artikeln zu. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, den wir heute unter der Überschrift „Änderung des Spielbankgesetzes“ beraten, hat im Laufe seines parlamentarischen Lebens zwei Teile bekommen. Zum ersten Teil nur ein paar wenige Worte.

Die Entscheidung, durch eine Herabsetzung der Konzessionsabgabe für Nordhessen und gerade für den Standort Bad Wildungen die Erhaltung des Spielbankbetriebes zu sichern, ist richtig und wichtig, und wir stimmen dem zu. Herr Kollege Klein, wenn Sie von CDU und FDP nicht noch einen zweiten Artikel angehängt hätten, nämlich die Lotterieverordnung, wäre das schon längst beschlossen. Insofern machen Sie sich für etwaige Verzögerungen im Verfahren bitte schön selbst verantwortlich.

Das Zweite ist: Wir haben einen kleinen Paradigmenwechsel zu verzeichnen, der heute hier zumindest auf ein wenig Nachdenklichkeit hoffen lässt. Der soll nicht untergehen. CDU und FDP haben sich darauf geeinigt, alle Gesetze, ob es nun Sinn macht oder nicht, zu befristen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jawohl!)

Da alle, die mit der Sache zu tun haben – und ich glaube, auch der Innenminister –, sehr genau wissen, dass das zumindest in der Absolutheit Unfug ist,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

haben wir zum zweiten Mal in der Periode eine Abweichung. Wir haben sie beim Rundfunkgesetz gehabt und haben sie hier, weil die Konzession länger als fünf Jahre läuft. Derjenige, der die Konzession der Spielbank haben will, sagt: Wie kann ich auf zehn Jahre einen Vertrag machen, wenn das Gesetz nur fünf Jahre gilt?

Ich sage Ihnen: Diese Befristung ist der größte anzunehmende Unfug, der den Landtag in der nächsten Legislaturperiode dazu zwingen wird, nichts anderes zu machen, als bereits bestehende Gesetze unverändert wieder in Kraft zu setzen.

(Beifall der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich wünschte mir, dass nicht nur bei diesem Gesetz auf die fünf Jahre verzichtet und auf zehn Jahre gegangen wird, sondern dass wir generell bei jedem Gesetz, außer, wenn es wirklich Sinn macht, nämlich bei wirklich neuen Gesetzen, die ganz neue Tatbestände einführen, in Zukunft auf die Befristung verzichten würden.

Dritter Punkt. Das Problem dieses Gesetzentwurfes ist es, dass die Fraktionen von CDU und FDP den Gesetzentwurf zum Spielbankgesetz quasi zum trojanischen Pferd gemacht und als Art. 2 die Änderung der Lotterieverordnung eingeschoben haben. Herr Kollege Klein, da geht es um nichts anderes als um die Abschottung und die Monopolerhaltung des Lotto- und Totoblocks, wie er bisher besteht, weil Sie der Lotterie für Umwelt und Entwicklung keine Chance geben wollen. Das ist ein Fehler, und zwar aus doppelter Sicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt: Ein Kuchen kann nur einmal verteilt werden. – Nun sind schon Ökonomen vor Hunderten von Jahren auf die Idee gekommen, dass es vielleicht auch die Möglichkeit gibt – wir haben heute Morgen und heute Nachmittag viel über Wirtschaftswachstum geredet –, Kuchen im Zweifel zu vergrößern, indem man nämlich neue Märkte erschließt.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Lotterie für Umwelt und Entwicklung einen neuen Markt erschließen würde. Sie können sich Ihre Krokodilstränen, wir würden die Leute zu mehr Spiel verleiten wollen, in dem Sinn sparen.

Herr Kollege Klein, Ihnen geht es überhaupt nicht darum, irgendjemanden am Lotteriespiel zu hindern – im Gegenteil. Wenn ich mir die Lotteriesteuer, die Destinatäre und die ganzen gemeinnützigen Zwecke anschau, bin ich mir ganz sicher, dass diese Landesregierung und auch die CDU-Fraktion als Ziel haben, dass möglichst viele Leute möglichst viel Lotto spielen. Ihnen geht es nur darum, dass die Erträge schlicht und einfach bei Ihnen bleiben. Dann sagen Sie das bitte ehrlich auch so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Innenminister hat in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes gesagt, es gehe darum, zu entscheiden, welche Lotterie wir haben wollen und welche nicht. Darum geht es. Da sage ich Ihnen: Diese Abwägung zwischen der Möglichkeit der Einflussnahme des Gesetzgebers, dem Recht, Recht zu setzen, und der missbräuchlichen

Anwendung von Gesetzesänderungen, um einen Markt abzuschotten – damit haben wir es nämlich zu tun –, diese Auseinandersetzung wollten wir in einer Anhörung klären. Deswegen haben wir die dritte Lesung beantragt.

Wissen Sie, ich habe in den sechseinhalb Jahren hier im Parlament schon viel erlebt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir auch!)

Aber dass eine Fraktion – Herr Hahn, es war Ihre Fraktion, Herr Denzin in Ihrer Vertretung – in einer Innenausschusssitzung sagt: „Wir sind gegen diese Anhörung, und wir werden diese Anhörung ablehnen, weil wir unsere Meinung haben, und die wird sich auch bei einer Anhörung nicht ändern“, so eine plumpe Ablehnung habe ich noch nicht in der Zeit erlebt, in der ich hier bin. Ich kann Ihnen sagen, dass das nicht für die Regierungsfractionen und leider auch nicht für die SPD spricht, die sich dem angeschlossen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Hauptargument, das gebraucht worden ist, um das Monopol zu erhalten, ist, dass es um das Monopol des Gesetzgebers gehen würde – das sagt Herr Bouffier –, zu entscheiden, welche Lotterie man haben will und welche nicht. Herr Bouffier hat weiterhin gesagt, es sei zu befürchten, dass jeglicher im Prinzip gemeinnützige Zweck in der Zukunft dazu führen müsse, eine Lotterie zu genehmigen.

Ich will Ihnen einmal zitieren, was der Verwaltungsgerichtshof in München zu der Frage gesagt hat:

Ebenso wenig vermag die Kammer der Auffassung der Beklagten zu folgen,

– die Bayerische Staatsregierung, die vor Gericht verloren hat –

die Einbeziehung des Kriteriums des Zweckertrages schon in die Bedürfnisprüfung hätte schon die Konsequenz, dass jede Lotterie, deren Zweckertrag zugunsten eines bisher nicht hinreichend repräsentierten förderungswürdigen Zweckes verwendet werden soll, auch zu genehmigen wäre. Der Sorge der Beklagten, es könne wegen der unüberschaubaren Vielzahl möglicher Verwendungszwecke zu einer mit den Zwecken des Lotterierechts als Ordnungsrecht nicht vereinbaren Ausweitung des Lotterieangebots kommen, wird bereits durch die Verordnung Rechnung getragen, dass eine beantragte Lotterie mit dem Grundsatz der Eindämmung und Kanalisierung des Spielbetriebs vereinbar sein muss. Einem Ansteigen der Zahl der Genehmigungsanträge könnte daher angemessen begegnet werden, indem man Auswahlkriterien entwickelt.

Meine Damen und Herren, genau das haben Sie nicht gemacht, weil es Ihnen nicht um die Eindämmung des Spielbetriebs geht. Es geht Ihnen auch nicht um Auswahlkriterien. Es geht Ihnen schlicht und einfach darum, das Monopol von Lotterie und Toto zu behalten und die Umwelt- und Entwicklungslotterie zu verhindern. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf hier vorliegen.

Ich kann Ihnen vielleicht sagen, was der Anwalt der Stiftung für Umwelt und Entwicklung heute gesagt hat. Der Anwalt hat gesagt, dass die geplante Gesetzesänderung in Hessen seiner Meinung nach verfassungswidrig sei. Er hat gesagt, dass sie das Grundrecht auf Berufsfreiheit seiner Meinung nach verletzt. Er hat gesagt, dass er, wenn die Neuauflage den Landtag passiert, mit diesem Fall vor das

Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof gehen wird.

Wer sich einmal damit auseinandersetzt, wie viele Gerichte inzwischen genau das, was die Landesregierung zu tun versucht, nämlich das Monopol zu bewahren, für nichtig erklärt haben, der kann hier nur noch einmal an die Mehrheit in diesem Parlament appellieren, nicht den Fehler zu begehen, diesen Gesetzentwurf jetzt zu beschließen. Denn ich prophezeie Ihnen: Er wird vor Gericht scheitern. Dann werden sich alle fragen, warum man so viel Geld für ein solches Gerichtsverfahren ausgegeben hat, dessen Ende schon absehbar war.

Das Verwaltungsgericht in Düsseldorf hat bisher die weitestgehende Entscheidung in dieser Frage getroffen und ist sogar über die niedersächsischen und bayerischen Verwaltungsgerichte hinausgegangen. Es hat gesagt, dass es grundsätzlich als verfassungswidrig erachtet, bei gemeinnützigen Spendenlotterien überhaupt in eine Bedürfnisprüfung einzutreten, weil es in der Gesellschaft keinen Wertekonsens gebe, der gemeinnützige Spendenlotterien als sozial schädlich betrachte. Ich sage dazu, es ist eine sehr weitgehende Auslegung. Aber das, was Sie hier machen, ist der durchsichtige und untaugliche Versuch, ein Monopol zu bewahren, Umwelt- und Entwicklungsprojekte nicht zum Zuge kommen zu lassen. Es ist der Versuch, das, was unweigerlich kommen wird, nämlich die Zulassung der Postcode-Lotterie, noch ein wenig hinauszuzögern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich prophezeie Ihnen: Sie werden vor Gericht scheitern, und es wäre gut, wenn Sie auf diesen durchsichtigen Versuch hier und heute verzichten würden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner, Herr Kollege Hahn für die FDP-Fraktion.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der hessische Innenminister hat vollkommen Recht, dass er jetzt hierher kommt, weil zum Abschluss einer Debatte jeweils der zuständige Minister spricht. Ich will ihn auch gar nicht aufhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat nichts Neues zwischen der Debatte in der zweiten Lesung und der heutigen Debatte gegeben.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie die Anhörung verweigern und verhindern! Sie wollen nichts Neues hören!)

Ich glaube, Sie haben es auch nicht gut vorbereitet, Herr Kollege Kaufmann. Sie haben uns doch sonst nichts Neues zur Verfügung gestellt, sodass wir auch nicht das Interesse hatten und auch keinen Anreiz sahen, eine Anhörung durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Kaufmann, entspannen Sie sich doch. Wie man in eine solche Frage so viel Herzblut hineinbringen kann, das ist mir ein bisschen rätselhaft.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau das Problem!)

Es gibt nichts Neues zwischen der zweiten und der dritten Lesung. In der zweiten Lesung hat Herr Kollege Denzin die Auffassung der FDP noch einmal ausdrücklich kundgetan, dass wir das Gesetz in den beiden Positionen für richtig erachten. Aus diesem Grunde werden wir heute das tun, was wir bereits bei der zweiten Lesung getan haben. Wir werden nämlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Auch ich beziehe mich zunächst einmal auf die Ausführungen in zweiter Lesung. Ich bedanke mich bei den Fraktionen von CDU, SPD und FDP für die Unterstützung der Landesregierung.

Das Gesetz hat zwei Teile. Im ersten Teil sind wir uns einig. Das ist ein wichtiger Beitrag insbesondere für Bad Wildungen und die Umgebung. Dass wir dafür eine Veränderung des Spielbankgesetzes durchführen, darüber besteht Einigkeit.

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben sich dagegen gewandt, das Lotterierecht so zu ändern, wie wir das vorschlagen. Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Ich halte es für geboten, ich halte es für richtig, und ich halte die Argumente dagegen für falsch.

(Beifall des Abg. Armin Klein (CDU))

Ich will deutlich sagen: Sie erwecken den Eindruck, als seien die Erträge, die bei den derzeitigen Lotterien generiert werden, so irgendetwas, was wer weiß wo immer ankommt. Sie wissen doch ganz genau, was mit diesen Erträgen geschieht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bestreitet doch keiner!)

Sie dienen in aller Regel der breiten Palette des karitativen, des sozialen Engagements, des Sportes und der Kultur. Es war immer so und ist derzeit auch so, dass eine ganze Reihe von Einrichtungen und Initiativen aus diesen Mitteln unterstützt wird. Das halten wir auch für richtig.

Ich will sehr nachdrücklich sagen, dass ich es für falsch halte, dass am Schluss nicht dieses Haus, nicht dieses Parlament oder die Regierung darüber bestimmt, welche Lotterien wir eigentlich haben wollen, sondern dass im Prinzip eine Art Lotterieveranstaltungsfreiheit gefordert wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! Auswahlkriterien!)

Ich will darauf hinweisen: Ich teile nicht die Meinung des Verwaltungsgerichtshofs in München, nicht weil es juristisch richtig oder falsch wäre, sondern von der Zielsetzung her. Ich bin außerdem völlig anderer Auffassung als die Düsseldorfer. Wenn die Düsseldorfer Entscheidung um-

gesetzt würde, bedeutete das ganz schlicht: Jeder, der irgendeinen gemeinnützigen Zweck verfolgt, muss, wenn er einmal die Gemeinnützigkeit anerkannt bekommen hat, in der Folge auch das Recht bekommen, eine Lotterie zu veranstalten. – Das halte ich ganz klar und deutlich für falsch. Das wollen wir nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und wie sind die Auswahlkriterien?)

Deshalb wollen wir das Gesetz an dieser Stelle so fassen, dass der Wille des Gesetzgebers klar ist. Dann wird abzuwarten sein, was ein Gericht in seiner Bewertung sagt. Ich habe hier die dpa-Fassung. Ich weiß nicht, ob Sie etwas anderes haben. Ich kann nur zitieren, was sich der Rechtsanwalt der Postcode-Lotterie dazu hat einfallen lassen.

Damit wir nicht immer nur von Umwelt reden: Diejenigen, die die Postcode-Lotterie machen wollen, die in ihrer Zentrale in Rotterdam sitzen, das ist ein breites Bündnis aller möglichen, durchaus ehrenwerten Leute. Das will ich nicht in Zweifel ziehen. Aber es ist schon die Frage, ob wir für UNICEF, für Misereor, für den BUND – nach meiner Kenntnis stehen 14 verschiedene Organisationen dahinter –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Neun!)

generell öffnen. Ich bin ganz klar der Auffassung, dass das nicht richtig ist.

Eine letzte Bemerkung. Sie hatten mir zu Beginn meiner Amtszeit viel Gelegenheit gegeben, mich zu meinem eigentlichen Beruf zu äußern. Wenn ein Anwalt tatsächlich behauptet, das sei ein Problem der Berufsfreiheit, dann weiß ich, dass man juristisch fast alles vortragen kann. Aber wenn man das einmal zu Ende denkt, dann müssten wir auch jedem die Erlaubnis geben, eine Spielbank zu betreiben. Den Beruf eines Spielbankbetreibers könnte man in dieser Form genauso definieren. Allein der Vergleich zeigt schon, dass es arg weit hergeholt ist, was der Anwalt bringt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Er hat bisher jeden Prozess gewonnen!)

Deshalb bin ich durchaus nicht Ihrer Auffassung, dass das einer gerichtlichen Überprüfung zwingend nicht standhält. Wir haben genau deshalb, weil es Urteile in anderen Ländern gegeben hat, die diese klare Rechtslage, die wir jetzt schaffen, nicht hatten, die Aufgabe, hier eine klare Rechtslage zu schaffen.

Zum Schluss. Die Innenministerkonferenz hat einstimmig seit vielen Jahren – ich habe dem in jüngster Zeit immer wieder beigepflichtet – die Auffassung vertreten, wir sollten in allen Ländern den Versuch unternehmen, hier einem Wildwuchs entgegenzutreten. Genau diese Position versuchen wir mit dem Gesetz aufrechtzuerhalten. Wir haben jetzt die dritte Lesung, wir haben uns hinreichend ausgetauscht.

Wenn Sie mir jetzt noch eine persönliche Bemerkung, auch als Abgeordneter, erlauben: Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, als ich Sprecher der Opposition war und gelegentlich eine Anhörung gefordert habe. Ich weiß nicht, ob Sie es waren, aber einige Kollegen waren es schon, die mir dann erklärt haben: Passen Sie einmal auf, eine Anhörung ist gut und schön, aber unsere Meinungsbildung ist abgeschlossen, und wir stimmen heute ab. – Es mag einem nicht gefallen, wenn man keine Mehrheit hat, aber das muss man letztlich akzeptieren. Wenn in diesem Sachver-

halt neue Erkenntnisse nicht vorliegen, dann halte ich es für legitim und, ehrlich gesagt, im Interesse der Spielbankfrage, dass wir das heute abschließend beraten. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich lasse in dritter Lesung über den vorliegenden Gesetzentwurf, wie in der Beschlussempfehlung beschrieben, abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Gesetzentwurf in dritter Lesung angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 13** auf:

#### **Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend falsche Rechnungslegung durch die Hessen-CDU und den Ministerpräsidenten – Drucks. 15/2801 –**

Zehn Minuten Redezeit pro Fraktion. Das Wort zur Begründung des Antrags hat Herr Kollege von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 11. September haben wir alle gemeinsam die Erfahrung gemacht, dass es im Leben gelegentlich Wichtigeres gibt als die hessische Landespolitik inklusive oder exklusive Schwarzgeldsümpfen. Diese Einsicht haben wir, wie ich fand, gestern in würdiger Form gemeinsam formuliert.

Das ändert aber alles nichts daran, dass es nach wie vor und nichtsdestotrotz eine politische Wirklichkeit in Hessen und im Hessischen Landtag gibt, zu der leider Gottes nach wie vor die Geschichte eines Schwarzgeldsümpfes bei der Hessen-CDU gehört, dessen Tiefe nach wie vor nicht vollends ausgeleuchtet ist und über dessen Konsequenzen wir uns erst am Ende der Arbeit des zur Untersuchung der Vorgänge eingerichteten Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag auseinander setzen werden.

Aus Anlass der Finanzaffären bei der CDU, soweit die Bundesseite betroffen war, hat der Bundespräsident bekanntlich eine Kommission mit der Aufgabe berufen, festzustellen, ob und, falls ja, welche Defizite im Parteiengesetz diese Vorgänge begünstigt haben und welcher Art die Regelungen zu sein hätten, mit denen Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Kommission gehörten so unverdächtige Personen an wie z. B. die Vorsitzende der Kommission, die Präsidentin des Bundesrechnungshofes Hedda von Wedel. Die Arbeit dieser Kommission wurde durch einen Beirat begleitet, dem ebenfalls so unverdächtige Politikerinnen und Politiker angehörten wie z. B. der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher oder der frühere Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel.

Die Kommission hat eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Sie zu erörtern würde an dieser Stelle schon aus Zeitgründen zu weit führen. Allerdings hat sie ein Defizit beim geltenden Parteiengesetz festgestellt, das im Hessischen Landtag zu diskutieren wir bereits Gelegenheit hatten, nämlich das Faktum, dass es im jetzigen Parteiengesetz an jeglichen individuellen Sanktionsmöglichkeiten im Falle von vorsätzlichen Verstößen gegen die Regelungen und Pflichten aus dem Parteiengesetz fehlt.

Die Kommission schlägt deswegen vor – das ist der Punkt unseres Antrages, um den es uns geht –, in Analogie zum Straftatbestand der Bilanzfälschung, wie er wohl in § 331 des Handelsgesetzbuches geregelt ist, im Parteiengesetz einen Straftatbestand zu verankern, genannt vorsätzlich falsche Rechnungslegung. Es soll festgelegt werden, dass, wer vorsätzlich die finanziellen Verhältnisse seiner Partei auf Landes- oder Bundesebene, nicht darunter, in den für den Bundestagspräsidenten bestimmten Rechenschaftsberichten falsch darstellt und/oder verschleiert, in Zukunft mit strafrechtlichen Sanktionen zu rechnen hat.

Nun will ich zu später Stunde keine langen juristischen Ausführungen darüber machen, wie das denn konkret aussieht,

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

wenn jemand im Rechenschaftsbericht, der für den Präsidenten des Bundestages bestimmt ist, Finanzverhältnisse seiner Partei falsch darstellt oder verschleiert. Ich glaube, wir haben das Glück, wir alle, die wir Mitglieder des Hessischen Landtags sind, keine Juristen sein zu müssen, um zu begreifen, was damit an konkretem Lebenssachverhalt – wie die Juristen das nennen – ins Auge gefasst ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will auch gar nicht der Frage nachgehen, wer sich im Einzelnen für den Fall der Schaffung eines solchen Straftatbestandes im Parteiengesetz in Zukunft mit den strafrechtlichen Folgen auseinander zu setzen hätte. Das soll mir an dieser Stelle und um diese Stunde gar nicht das wesentliche Anliegen sein.

Etwas anderes aber erscheint uns in der Tat wichtig. In den korruptiven Vorgängen, mit denen wir es bis heute im Hessischen Landtag, was die Untersuchungsebene angeht, zu tun haben,

(Stefan Grüttner (CDU): Was, was, was?)

spielte und spielt Hessen leider Gottes eine ganz besonders trübselige Rolle. Das wird niemand bestreiten. Hessen und eine bestimmte hessische Partei, die CDU nämlich, ist in diesen Zusammenhängen besonders notorisch geworden. Ich glaube, deswegen besteht gerade vonseiten des hessischen Landesgesetzgebers eine Art Bringeschuld, wenn es darum geht, in Zukunft Prävention und Repression zu schaffen, um zu verhindern, was in Hessen geschehen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Einsicht hat im vergangenen Jahr sogar jemand formuliert, von dem man das so ohne Weiteres gerade zu dem Zeitpunkt, um den es damals ging, nämlich am 1. März 2000, gar nicht erwartet hätte. Nämlich der Hessische Ministerpräsident selbst hat im Rahmen einer Pressekonferenz, in der er für die hessische CDU als deren Landesvorsitzender der Frage nachgegangen ist, was denn so an Regelungen im Parteiengesetz renovierungsbedürftig sein könnte und was nicht, er-

klärt, dass er und seine Partei durchaus für die Schaffung einer individuellen strafrechtlichen Sanktion seien.

Das hat damals selbst die „FAZ“ – wie soll ich es nennen – in einem Kommentar zu einem gewissen Naserümpfen veranlasst. Das soll aber nicht unser Problem sein. Wenn die CDU im März des Jahres 2000 schon einmal so weit war, Ja zur Einführung einer solchen strafrechtlichen individuellen Sanktion zu sagen, dann vermögen wir nicht zu erkennen, was sie eineinhalb Jahre später, im September des Jahres 2001, gegen unser Bestreben haben könnte, diese Verankerung einer individuellen strafrechtlichen Sanktion auch von der Landesregierung aus im Bundesrat zu unterstützen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt, wir glauben, es gibt eine Bringschuld von hier aus, vom Hessischen Landtag aus, mehr als von anderen Landesparlamenten. Wir bitten um Ihre Zustimmung für unsere Forderung, dass die Hessische Landesregierung diese Einführung eines Straftatbestandes im Parteiengesetz unterstützt. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Grüttner für die CDU-Fraktion.

#### **Stefan Grüttner (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass Herr Kollege von Plottnitz zu Beginn seiner Rede gesagt hat, dass es auch noch politischen Alltag und politische Wirklichkeit in Hessen gibt. Mit seinem Redebeitrag hat er eindrucksvoll demonstriert, wie sich die politische Wirklichkeit für die Opposition hier darstellt. Das hat mittlerweile Tradition. Man kann das praktisch mit der Überschrift versehen: „Wir verleumdten Roland Koch und haben außer Polemik, Beleidigungen und Unterstellungen nichts zu bieten.“

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Umgang mit den Tatsachen ist hier mehr als erstaunlich. Herr von Plottnitz ist überhaupt nicht näher auf den Antragstext eingegangen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

Der Antrag ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so formuliert worden, dass eine „wissentlich falsche Rechnungslegung“, die vorgenommen worden ist, entsprechend den Vorschlägen der Kommission, die zurzeit diskutiert werden, einer individuellen strafrechtlichen Sanktion zugeführt werden soll.

Damit wird suggeriert, dass ein solcher Tatbestand vorhanden gewesen sei.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit wird ebenfalls suggeriert, dass damit eine strafrechtliche Relevanz für ein Handeln vorhanden sei, was in über 30 Sitzungen im Hessischen Landtag, in über 31 Sitzungen des Hessischen Untersuchungsausschusses und in unzähligen Pressemitteilungen mit immer dem gleichen Inhalt eindeutig widerlegt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wirklich an der Zeit, dass wir uns entweder überlegen, im Ältestenrat einmal darüber zu diskutieren, ob wir nicht einen Dauerpunkt für die Tagesordnung des Plenums aufnehmen sollten „Nichts Neues von der Opposition“ und die Redner dann ihre Beiträge zu Protokoll geben können, damit die Hand voll Menschen, die sich überhaupt noch für dieses Thema interessiert, bei Bedarf dann die Protokolle hier im Hessischen Landtag anfordern kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dann wäre den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen, aber insbesondere auch uns unglaublich viel gedient.

(Lachen bei der SPD)

Herr Kollege von Plottnitz, Sie wissen, dass die Vorschläge, die die Kommission erarbeitet hat, zurzeit zwischen den Fraktionen im Deutschen Bundestag und anderen abgestimmt werden. Insofern wollen wir erst einmal sehen, was dabei an durchaus interessanten Überlegungen als Ergebnis herauskommt.

Aber Sie haben in Ihrem Beitrag auch auf die entsprechende strafrechtliche Bewehrung rekuriert und dabei den § 331 des Handelsgesetzbuches

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Vorbild!)

als Vorbild genommen. Als ehemaliger Justizminister in Hessen müssen Sie dann doch wissen, dass mit diesem Paragraphen die unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung finanzieller Verhältnisse unter Strafe gestellt wird.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Dies setzt voraus, dass die betreffenden Beträge in den Rechenschaftsberichten wissentlich unrichtig eingestellt oder deren Herkunft wissentlich verschleiert worden sind.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Nun wollen Sie uns glauben machen, genau dies würde für den hier zugrunde liegenden Sachverhalt zutreffen. Als ehemaliger oberster Dienstherr auch der Staatsanwaltschaft in Hessen verstehen Sie nicht, dass die hessische Staatsanwaltschaft schon längst erklärt hat, dass gerade dieser Tatbestand nicht vorliegt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Zweite ist: Sie haben noch nicht zur Kenntnis genommen, was im Untersuchungsausschuss an Gutachten vorgelegt worden ist. Mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich noch einmal aus dem Gutachten der Kanzlei Beiten Burkhardt Mittl & Wegener vom 11. Februar 2000 zitieren – so lange ist das schon her –:

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die am 28. Dezember 1999 korrigierte Fassung des Rechenschaftsberichtes den Vorgaben des Parteiengesetzes sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Rechenschaftslegung entspricht.

Insofern ist es wiederum müßig, sich mit dieser Thematik inhaltlich weiter auseinander zu setzen, außer um nochmals den Finger in Ihre Wunden zu legen, indem man

deutlich macht, dass Sie immer wieder versuchen, mit neuen Unterstellungen und mit neuen Behauptungen wider besseres Wissen eine Verleumdungskampagne, die Sie in der Zwischenzeit seit über einem Jahr versuchen zu betreiben, fortzusetzen,

(Beifall der Abg. Eva Ludwig (CDU))

meine Damen und Herren, die Ihnen wirklich keiner mehr abnimmt, die insgesamt nicht mehr ernst genommen wird.

Wir werden – das ist vollkommen normal – die Empfehlungen einer Kommission einer entsprechenden Bewertung unterziehen, sofern sie vorliegen. Zurzeit, auf der Grundlage der Unterstellungen in Ihrem Antrag, sehen wir keine Chance, uns Ihrem Antrag anzuschließen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir aber überrascht!)

Insofern kann ich allenfalls vielleicht abschließend noch sagen, dass wir dann, wenn es entsprechende Kommissionsberichte und entsprechende Änderungen in diesem Bereich gibt, natürlich auch sehr stark darauf achten werden, inwiefern beispielsweise die Verschleierung von Parteivermögen in dreistelliger Millionenhöhe in den Rechenschaftsberichten der SPD zu sanktionieren sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Der Berliner Untersuchungsausschuss und die Auswertung der Vorschläge der Kommission werden dort noch für viel Vergnügen sorgen.

Wir sind natürlich auch sehr interessiert, wie beispielsweise mögliche Provisionserträge aus den neuen Versicherungsgeschäften der SPD – die in der Zwischenzeit mit Rundschreiben für Versicherungen wirbt, damit die Riefter-Rente angenommen wird, und dafür sicherlich auch entsprechende Provisionen kassiert – in den Rechenschaftsberichten der SPD aufgeführt werden und inwiefern hier eine konkrete Rechnungslegung erfolgen wird.

Meine Damen und Herren von der Opposition, insofern denke ich, Sie sollten wirklich überlegen, ob Sie bei diesem Thema weiterhin Zeit und Ressourcen in diesem Hause verschwenden.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Bevölkerung nimmt Sie in dieser Fragestellung sowieso nicht mehr ernst. Vor dem Hintergrund könnten wir uns eigentlich solche Diskussionen ersparen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sprache des Herrn Grüttner ist verräterisch. Sie haben vorhin gesagt, Ihnen wäre viel gedient, wenn dieses Thema hier nicht ständig behandelt werden müsste. – In der Tat, wir glauben, dass Sie vor diesem Thema immer wieder Angst haben.

(Lachen bei der CDU)

Dafür ist die Opposition aber in der Tat nicht da. Wir werden Sie mit diesem Thema beschäftigen, solange es notwendig ist und bis Herr Koch dafür politisch gestellt ist. Herr Kollege Grüttner, Sie sind wieder einmal – und zwar mit großem Anlauf – voll daneben gesprungen. Sie haben gesagt – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

die Staatsanwaltschaft in Hessen habe den § 331 Handelsgesetzbuch geprüft

(Nicola Beer (FDP): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass Herr Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Koch dagegen nicht verstoßen habe. – Welch eine irre Behauptung. Diese Vorschrift ist leider nicht im Parteiengesetz verankert. Der Vorstoß der Rau-Kommission sieht eben vor, dass dies nach dem Vorbild des § 331 Handelsgesetzbuch endlich in das Parteiengesetz eingeführt wird, damit man das verfolgen kann, was Herr Koch getan hat.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

In der Einstellungsverfügung der Staatsanwälte heißt es doch, dass ein Vorstoß gegen das Parteiengesetz nicht strafbewehrt ist. Ich füge hinzu: Deshalb kann Herr Koch wegen der Straftaten, die er begangen hat, leider nicht verfolgt werden.

Ein Kernpunkt der Rau-Kommission ist, dass eine neue Strafnorm eingeführt werden soll, nämlich das Verfälschen des Rechenschaftsberichts einer Partei. Die Kommission empfiehlt dazu, einen speziellen Straftatbestand der „vorsätzlichen falschen Rechnungslegung“ einzuführen. Diese Vorschrift soll dem Straftatbestand der Bilanzfälschung gemäß § 331 Handelsgesetzbuch nachgebildet werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum spricht nicht der Vertreter Walter?)

Herr Kollege Grüttner, dies ist übrigens eine Forderung, die Herr Koch – ich habe die Pressemitteilung vorliegen – kurz vor dem Landesparteitag der FDP erhoben hat.

(Abg. Volker Hoff (CDU) hält einen Zeitungsausschnitt in die Höhe.)

In der Pressemitteilung Ihrer Partei heißt es, Straftaten bei vorsätzlich falschem Handeln müssten verfolgt werden, die Abgabe vorsätzlich falscher Rechenschaftsberichte ebenso wie die Vorlage einer falschen Bilanz.

(Volker Hoff (CDU): Ich finde, die Zeitung hat Recht! – Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Wir kommen zu dem springenden Punkt: Was soll mit dem Strafrecht eigentlich verfolgt werden? Sozial schädliches Verhalten, besonders verwerfliches, unmoralisches Verhalten. Diese Merkmale erfüllt Herr Koch doch mit dem, was er mit dem Rechenschaftsbericht getan hat. Er war an einem Darlehensvertrag beteiligt, der fingiert wurde. Er wurde rückdatiert.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist falsch! Wir holen uns das Protokoll heraus! Welche Unwahrheiten Sie jetzt erzählen!)

Damit wurde versucht zu erreichen, dass Schwarzgeld wahrheitswidrig als Kredit des ehemaligen Schatzmeis-

ters von Wittgenstein deklariert wurde. – Herr Kollege Grüttner, da Sie dazwischenrufen, das würde nicht stimmen: Herr Koch sagt – sehen Sie sich seine Äußerungen an –, schweren Herzens habe er diesem zugestimmt. Das zu dem Vorwurf, es würde nicht stimmen, was ich hier vortrage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Leid von Herrn Koch wurde aber etwas gemildert, da die CDU Hessen mit dieser nachträglichen Änderung des Rechenschaftsberichts an die Staatsknete herangekommen ist. Das war der Hauptpunkt, warum das geändert worden ist, warum das Darlehen rückdatiert wurde.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo sind die 18 Millionen der SPD?)

Herr Koch hat einen Rechenschaftsbericht unterschrieben, obwohl er wusste, dass das angebliche Darlehen zweifelhaft war. Er versuchte, den tatsächlichen Lebenszusammenhang, der dahinter stand, zu vertuschen. Das ist der springende Punkt. Meine Damen und Herren, das wird in Zukunft strafbar sein.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Sehen wir uns den § 331 HGB an. Darin heißt es:

Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Mitglied des vertretungsberechtigten Organs

– also des Vorstandes –

... in Aufklärungen oder Nachweisen, die nach § 320 HGB einem Abschlussprüfer ... zu geben sind, unrichtige Angaben macht oder die Verhältnisse der Kapitalgesellschaft ... unrichtig wiedergibt oder verschleiert.

Sehen wir uns § 320 HGB an. Dort wird definiert, was die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft – also der Vorstand – dem Abschlussprüfer vorzulegen haben.

(Zurufe der Abg. Volker Hoff, Stefan Grüttner und Armin Klein (CDU))

In Abs. 2 wird festgehalten, dass der Abschlussprüfer „von den gesetzlichen Vertretern alle Aufklärungen und Nachweise verlangen“ kann.

In dem Fall war dies ein Wirtschaftsprüfer, der Jacobi hieß. Der wollte in der Tat Aufklärungen und Nachweise. Zu diesen Nachweisen gehören – gucken Sie sich den Kommentar zum HGB Baumbach/Hopt an – alle Schriften einschließlich der Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle und die Vorlage der Saldenbestätigung.

Herr Koch hat eben im Zusammenspiel mit der Landesgeschäftsstelle ein fingiertes Schreiben vorgelegt und einen Rechenschaftsbericht unterschrieben, der den tatsächlichen Sachverhalt nicht getroffen hat. Deswegen hat auch der Wirtschaftsprüfer Jacobi gesagt, er fühle sich davon getäuscht.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Meine Damen und Herren, was wurde gemacht? Sie haben die tatsächlichen Verhältnisse Ihrer Partei verschleiert. Das ist das Stichwort. Der Kommentar von Schaal in Erbs/Kohlhaas „Strafrechtlichen Nebengesetzen“ trifft das Verhalten von Herrn Koch gut.

(Volker Hoff (CDU): Ihr seid richtig aufmerksam dort drüben! Wo ist denn die SPD? – Stefan Grütt-

ner (CDU): Fragen Sie doch einmal, wer bei Ihnen zuhört!

Dort heißt es:

Verschleiert werden die Verhältnisse, wenn sie anders dargestellt werden, als sie in der Wahrheit sind. Das Merkmal des Verschleierns hat im Strafverfahren vorwiegend beweiserleichternde Bedeutung, weil dem Täter damit häufig die Einlassung abgeschnitten wird, seine Darstellung sei zwar geschickt, aber nicht unwahr.

Meine Damen und Herren, da denkt man zwangsläufig an Koch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Stefan Grüttner (CDU): Versicherungsvertreter!)

„Geschickt, aber nicht unwahr“. Spätestens nach der Zeu-  
genaussage von Herrn Jacobi im Untersuchungsausschuss wird klar: Herr Koch ist reif für eine Verurteilung in einem Strafverfahren.

Was rettet denn Herrn Koch? – Herrn Koch rettet doch eigentlich nur die Tatsache, dass sein Tun, sein sozial schädliches Verhalten, von dem er selbst ausgeht, bisher nicht unter Strafe gestellt ist. Es gab einmal einen Bundeskanzler, der von der Gnade der späten Geburt sprach. Koch hat das Glück der späten Strafrechtssanktion. Ihn rettet in der Tat tatsächlich nur das Gesetzlichkeitsprinzip, dass es nämlich kein Rückwirkungsverbot in Strafgesetzen gibt.

(Zuruf von der CDU: Zu wem reden Sie eigentlich? Es hört doch gar keiner zu!)

– Es hören sehr viele Menschen zu, und sie sind übrigens sehr enttäuscht darüber, wie Sie sich hier aufführen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Wir wissen auch, warum Sie sich hier so aufführen. Denn all das, was hier vorgetragen wird, betrifft den Kernbereich von Herrn Koch. Er selbst sagt, dass sein Verhalten, sein sozial schädliches und unmoralisches Verhalten, nämlich das Fälschen einer Bilanz, das Fälschen eines Rechenschaftsberichts, die Mitwirkung an einem fingierten Darlehen, das Unterschreiben eines fingierten Darlehensschreibens an den Abschlussprüfer, zukünftig unter Strafe gestellt werden soll.

Dafür werden wir Sorge tragen. Tragen wir noch einmal für Herrn Hoff vor, was der Wirtschaftsprüfer dazu gesagt hat und was künftig, wenn diese Vorschrift im Parteiengesetz eingeführt wird, gelten wird. Seien Sie sicher, diese Vorschrift wird im Parteiengesetz eingeführt.

(Stefan Grüttner (CDU): Die Zeit ist abgelaufen!)

Es wird zu dem kommen, was die Rau-Kommission vorschlägt: Dieses Verhalten wird in § 331 HGB sanktioniert werden.

(Stefan Grüttner (CDU): Vom 19. Juni!)

Ich lese Ihnen noch einmal vor, was Herr Jacobi gesagt hat. Bei dem angeblichen Wittgenstein-Darlehen, das auf den 6. Februar 1998 zurückdatiert worden ist, hätte er, wenn er gewusst hätte, dass es zurückdatiert worden war und dass es zu diesem Zeitpunkt nicht existiert hat, kein Testat erteilt.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Frau Beer, schauen Sie sich einmal die Vorschrift genau an: § 331. Es geht um Äußerungsdelikte. Allein dies genügt, dass Koch künftig unter Strafe gestellt wird. Er fin-

det, wie gesagt, möglicherweise die Gnade der späten Sanktionsbewehrung. Das bedauern wir in der Tat. Aber wir werden dafür sorgen, dass sein Verhalten vor den Wählern in Hessen keine Gnade findet. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin Beer spricht für die FDP-Fraktion.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Beiträge der Kollegen von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gezeigt, dass der vorliegende Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein typisches Beispiel für fehlende Einsicht und Lernfähigkeit darstellt und daher von uns heute natürlich keine Zustimmung finden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, Sie behaupten in Ihrem Antrag, der Ministerpräsident habe in dem korrigierten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1998 wissentlich falsche Rechnungslegung praktiziert. Diese Behauptung, Herr Kollege von Plottnitz, ist falsch, und das wissen Sie auch.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege von Plottnitz, Ihnen unterstelle ich, dass Sie das wissen. Beim Kollegen Schmitt ist das wahrscheinlich anders.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bereits im Dezember des vergangenen Jahres, Herr Kollege Schmitt, haben wir hier im Landtag einen Entschließungsantrag von Ihnen behandelt, in dem Sie behaupteten, der Hessische Ministerpräsident habe einen Rechenschaftsbericht manipuliert.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Bereits damals habe ich Sie, Herr Kollege Schmitt, darauf hingewiesen, dass sich sowohl in den von der CDU Hessen übersandten Unterlagen als auch in den staatsanwaltlichen Ermittlungsunterlagen eine gutachterliche Stellungnahme vom 11.02.2000 befindet, die auf 17 Seiten nebst Anlagen zur Frage Stellung nimmt, ob die CDU Hessen am 18.12.1999 eine unrichtige und nicht dem Parteiengesetz sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Rechnungslegung entsprechende korrigierte Fassung des Rechenschaftsberichtes für das Jahr 1998 abgegeben hat. Da Sie aber offensichtlich die Neigung besitzen, Ihnen unbequeme und nicht in Ihr Weltbild passende Tatsachen und Rechtsauffassungen auszublenden – das gilt gerade für Sie, Herr Kollege Schmitt –, wiederhole ich hier gern noch einmal den wesentlichen Satz aus diesem Gutachten und verweise im Übrigen, um uns angesichts der Uhrzeit die Zeit zu ersparen, auf das Plenarprotokoll vom Dezember 2000.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In diesem Gutachten der Rechtsanwaltssozietät BBLP heißt es nämlich:

(Norbert Schmitt (SPD): Wer war der Auftraggeber dieses Gutachtens?)

– Hören Sie erst einmal zu, Herr Kollege Schmitt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege, erstens bin ich hier vorn mit dem Mikrofon lauter, und zweitens habe auch ich mich zusammengenommen, auch wenn Ihre Redebeiträge meistens sehr schwer zu ertragen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott!)

Also noch einmal und ganz speziell für den Kollegen Schmitt. In dem Gutachten heißt es:

Die von der CDU Hessen vorgenommene Qualifizierung der auf dem Konto in der Zeit bis 31. Dezember 1998 eingezahlten 796.000 DM als unverzinsliches Darlehen des Casimir Prinz Wittgenstein und demzufolge die Ausweisung dieses Betrages in der Vermögensrechnung der korrigierten Fassung des Rechenschaftsberichtes

(Norbert Schmitt (SPD): Rückdatierung!)

vom 28. Dezember 1999

– das ist die Sache mit der Rückdatierung –

... als „Sonstige Verbindlichkeiten“ war aufgrund des Kenntnisstandes vom 28. Dezember 1999 rechtmäßig.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Stuss! Das war doch nicht rechtmäßig!)

– Herr Kollege Schmitt, wenn Sie noch Redezeit haben, können Sie anschließend hierher kommen und behaupten, das sei anders. Natürlich war das rechtmäßig, Herr Kollege Schaub. Ihnen gebe ich gern eine Kopie des Gutachtens. Dann haben Sie heute Nacht noch etwas zu lesen.

Das heißt, um das einmal zu übersetzen: Weder nach heutigen Straftatbeständen – genau das ist die Aussage der Staatsanwaltschaft, Herr Kollege Schmitt, und nichts anderes hat auch Herr Kollege Grüttner hier vorgetragen – noch nach einer neuen zukünftigen, dem HGB nachgebildeten Regelung wäre diese Handlung des Ministerpräsidenten strafbar.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber sicher!)

Das ganze Theater, das Sie hier machen, Herr Kollege Schmitt, ist also für die Füße.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das war die Sache mit dem Vereinbarungsdarlehen, wenn ich Sie noch einmal daran erinnern darf. Das ist § 607 Abs. 2 BGB – Zivilrecht, erstes Semester, auch an der Universität Frankfurt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): So etwas Doofes gibt es gar nicht mehr! Schlicht doof! Juristisch doof!)

Weder heute noch in der Vergangenheit habe ich von Ihnen demgegenüber irgendetwas Substanzielles dazu gehört, weshalb die auf der Grundlage des damaligen Kenntnisstandes rechtmäßige Rechnungslegung wesentlich falsch sein soll. Ich kann daher nur feststellen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN: Ihr Antrag ist

reine Polemik und stellt eine Täuschung der Öffentlichkeit dar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie uns jetzt noch einmal etwas zu dem sachlicheren Teil sagen. Ich möchte noch ein paar Worte zu den Empfehlungen der vom Bundespräsidenten eingesetzten Parteienfinanzierungskommission sagen, die Sie hier als Aufhänger für Ihren polemischen Antrag und die Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten benutzt haben.

Die FDP hat in ihrem Umgang mit den geltenden Regeln der Parteienfinanzierung gezeigt, dass es auch ohne Finanzaffären geht. Gleichwohl sehen auch wir aufgrund der gemachten Erfahrung die Notwendigkeit der Reform des Parteiengesetzes. Auch wenn es sich in den Grundprinzipien bewährt hat, bedarf es an maßgeblichen Stellen der Verbesserung. Die FDP hat hierzu ein Reformpapier vorgelegt, das zum Teil deutlich über die Empfehlungen der Parteienfinanzierungskommission hinausgeht. Denn für mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung reicht es nicht aus, sich auf die Schaffung von Strafvorschriften, die wir als Liberale auch unterstützen, die aber nicht das allein selig Machende sind, zu konzentrieren und zu beschränken.

Der Ansatz, den Herr Kollege von Plottnitz hier mündlich vorgetragen hat, der sich aber nicht in dem Antrag findet, dementsprechend eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, ist also zu kurz gesprungen. Neben der aus unserer Sicht im Hinblick auf das Gebot der Transparenz selbstverständlichen Einzelauflistung von Erträgen aus Vermögen unter Angabe der jeweils korrespondierenden Aufwendungen ist es für uns als FDP nämlich wichtig, dass das Verbot der Beteiligung von Parteien an Medien- und Tendenzunternehmen normiert wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit einhergehen muss natürlich auch der sehr kurzfristige Abbau derartiger bestehender Beteiligungen von Parteien an Medien- und Tendenzunternehmen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Aus unserer Sicht kann es keinerlei Rechtfertigung dafür geben, dass eine Partei, die erhebliche öffentliche Mittel erhält, diese dann dazu verwendet, ein unübersichtliches Netz von Medienbeteiligungen zu errichten oder zu unterhalten. Dies hat mit der Aufgabe von Parteien in einem demokratischen Rechtsstaat absolut nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In Hessen haben wir bereits gehandelt, Herr Kollege Becker. Wir haben im Rahmen der Landeskompetenz für Funk und Fernsehen entsprechende Regelungen ergriffen. Auf der Bundesebene – da sind Sie von der SPD und von den GRÜNEN am Zuge – fehlen solche Regelungen leider noch.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Becker?

(Nicola Beer (FDP): Bitte schön!)

#### **Günther Becker (Gießen) (SPD):**

Können Sie mir erklären, warum sich Parteien, die den Auftrag haben, an der Meinungsbildung des Volkes mitzuwirken, nicht im Medienbereich betätigen sollen?

(Lachen bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): „Bayern-Kurier“!)

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Kollege Becker, ich glaube, dass Parteien in der Lage sind, offen bei der Meinungsbildung des Volkes mitzuwirken, und dass sie sich dafür keine gekauften Pressevertreter besorgen müssen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Schaub (SPD): Das war jetzt gut, da war die Antwort hilfreicher als die Frage! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, zu Ihnen komme ich nachher noch. Ich mache jetzt erst einmal weiter, weil sonst die Redezeit zu knapp wird.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt aber die SPD angesichts ihrer eigenen vielfältigen und unübersichtlichen Unternehmensbeteiligungen diese Forderung nach mehr Transparenz und Reduzierung der Tätigkeit der Parteien auf ihr eigentliches Aufgabengebiet ablehnt – die Nachfrage von Herrn Becker hat es ja gezeigt –, wenn die SPD-Bundesschatzmeisterin Frau Wettig-Danielmeier ausweislich der „FAZ“ vom 21.07.2001 Bedenken gegen den Vorschlag der Finanzierungskommission, dass die Bundesregierung regelmäßig einen Politikfinanzierungsbericht vorlegen solle, mit der Begründung erhebt – die muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen –, auf keinen Fall dürften die Tätigkeiten von Verbänden und Gewerkschaften zugunsten politischer Parteien in solch einen Bericht einfließen – der DGB lässt grüßen –, und wenn dann auch noch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – damit komme ich zu Ihnen, Herr Kollege von Plottnitz, auch wenn Sie gerade gehen –, die sonst sehr schnell im Erheben von Forderungen sind, zu all dem zumindest auf Bundesebene schweigen, dann zeigt das doch nur eines: Transparenz in der Parteienfinanzierung ist eine Veranstaltung, an der sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN offensichtlich nicht beteiligen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir bemühen uns gerade, Sie mitzunehmen!)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz. Dreieinhalb Minuten Redezeit.

**Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe drei Anmerkungen zu dem, was wir gerade von den Sprecherinnen bzw. Sprechern der Mehrheitsfraktionen vernommen haben.

Wer vorhin zugehört hat, müsste eigentlich bemerkt haben, dass ich aus, wie ich finde, in diesen Tagen eigentlich nachvollziehbaren Gründen versucht habe, eher eine rechtspolitische als eine – um es einmal so zu sagen – „Koch-politische“ Debatte zu diesem Thema zu führen.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist Ihnen aber nicht gelungen!)

Sie haben dieses Angebot nicht angenommen. Sie haben sich hierhin gestellt und Ihren Ministerpräsidenten als den potenziellen Angeklagten in einem zukünftigen Er-

mittlungsverfahren wegen vorsätzlich falscher Rechnungslegung verteidigt. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen, kann ich nur sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Kollegin Beer, wenn Sie der Meinung sind, Sie könnten den Herrn Koch mit Gutachten freisprechen, darf ich Sie nur daran erinnern: Dazu brauchen wir keine Gutachten; vielmehr reicht uns der Ministerpräsident selbst mit dem, was er voriges Jahr erklärt hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Justizminister außer Diensten, die Staatsanwaltschaft reicht uns! Er ist freigesprochen worden!)

– Sie haben völlig Recht. Hätten wir es in Zukunft mit einem Ermittlungsverfahren zu tun, dann hätte die Staatsanwaltschaft diese Bewertung vorzunehmen.

Aber ich brauche doch kein Gutachten in dieser Frage, wenn ich einen Ministerpräsidenten habe, der voriges Jahr der Öffentlichkeit laut und deutlich erklärt hat, er habe schweren Herzens zugestimmt, in einem Rechenschaftsbericht die Unwahrheit zu sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn alles korrekt war, fragt man sich natürlich, warum das Herz so schwer war. Dann braucht das Herz nicht schwer zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern geht das alles fehl, was Sie hier gesagt haben. Ansonsten kann ich nur feststellen: Ich finde es außerordentlich aufschlussreich, dass Sie hier der Initiative, die immerhin die Kommission, die der Bundespräsident eingesetzt hat, für notwendig hält, ein glattes Nein entgegenzusetzen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein höfliches Nein!)

Das lässt wieder tiefe Einblicke in Ihre politische Glaubwürdigkeit zu. Wenn Ihr Ministerpräsident von einem solchen zukünftigen Gesetz nicht gemeint sein kann, wie Sie uns hier klarzumachen versuchen, dann fragt man sich natürlich: Was hindert Sie denn daran, zuzustimmen? Wenn er nicht gemeint sein kann, dann müssten Sie ja erst recht zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Wahrheit ist aber – das kann ich ja verstehen, Frau Beer; man müsste es allerdings eher der CDU sagen –: Natürlich würde auch ich ungern mit einem Ministerpräsidentenkandidaten in den Wahlkampf ziehen, von dem es heißen würde, dieser Mann hätte vor dem Kadi gestanden, wenn wir schon das Gesetz gehabt hätten, das der Bundestag später verabschiedet hat. – Das ist nicht schön, und insofern habe ich für Ihre Motive Verständnis.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

**Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe nur dreieinhalb Minuten Redezeit. Anschließend gern. – Das lässt also tiefe Einblicke in Ihr Verhältnis zur politischen Glaubwürdigkeit zu. Meine Damen

und Herren, dieses Verhältnis ist nach wie vor schlecht. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Ich schließe die Aussprache und lasse über den Entschließungsantrag abstimmen. Wer ihn annehmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt die Tagesordnung bereinigen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 37** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherheitslücken beim Verfassungsschutz – Drucks. 15/2895 zu Drucks. 15/2844 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Schaub. – Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 38:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Europäisches Jahr der Sprachen 2001 – Drucks. 15/2896 zu Drucks. 15/2583 –**

Berichterstellerin: Frau Kollegin Velte. – Berichterstattung und Aussprache sind nicht gewünscht.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 43:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verlässliche Festlegung der maximalen Zahl an Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt – Drucks. 15/2938 zu Drucks. 15/2656 –**

Berichtersteller: Herr Kollege Prof. Hamer. – Berichterstattung und Aussprache sind nicht vorgesehen.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 44:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend zügiger Ausbau der A 66 – Drucks. 15/2939 zu Drucks. 15/2810 –**

Berichterstellerin: Frau Kollegin Pfaff. – Berichterstattung und Aussprache sind nicht gewünscht.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD ebenfalls angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 45:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend integriertes Verkehrskonzept für den Verkehrskorridor Frankfurt – Wiesbaden/Mainz – Drucks. 15/2940 zu Drucks. 15/2848 –**

Berichterstattung durch Frau Kollegin Pfaff. – Berichterstattung und Aussprache sind nicht gewünscht.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen ebenfalls beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 46:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beteiligung des Landtags bei der Reform der föderalen Finanzverfassung – Drucks. 15/2942 zu Drucks. 15/85 –**

Berichtersteller: Herr Kollege Lortz. – Berichterstattung und Aussprache sind nicht gewünscht.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 47:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Abg. Kahl, Fischer (Hohenroda), Fuhrmann, Hartmann, Pawlik, Wagner (Angelburg), Haupt und des ehemaligen Abg. Karwecki (SPD) und Fraktion betreffend Maßstäbengesetz zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs – Drucks. 15/2943 zu Drucks. 15/1253 –**

Berichterstattung: Herr Kollege Lortz. – Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 48:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Rekordzahlung im I. Quartal 2001 in den Länderfinanzausgleich – der Strick um den Hals Hessens wird immer enger – Drucks. 15/2944 zu Drucks. 15/2678 –**

Auf die Berichterstattung durch Herrn Kollegen Lortz und die Aussprache wird verzichtet.

Wer stimmt für Annahme der Beschlussempfehlung? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 49:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend unverzügliche Vorlage eines Nachtragshaushaltes 2001 – Drucks. 15/2945 zu Drucks. 15/2798 –**

Die Berichterstattung durch Herrn Kollegen von Hunnius und eine Aussprache sind nicht vorgesehen.

Wer möchte für Annahme der Beschlussempfehlung stimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Abgeordneten der Oppositionsfraktionen ist die Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend drastische Schwächung des Naturschutzes durch geplante Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes (HeNatSchG) – Drucks. 15/2947 zu Drucks. 15/2805 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Dietz. – Die Berichtserstattung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache wird ebenfalls nicht gewünscht.

Wer stimmt für Annahme der Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Abgeordneten der Oppositionsfraktionen angenommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesordnungspunkt 41!)

Zum Schluss kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 41:**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 15/2892 –**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer stimmt für Annahme? – Gegenstimmen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit heute am Ende unserer Sitzung angekommen. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Schluss: 17.52 Uhr)